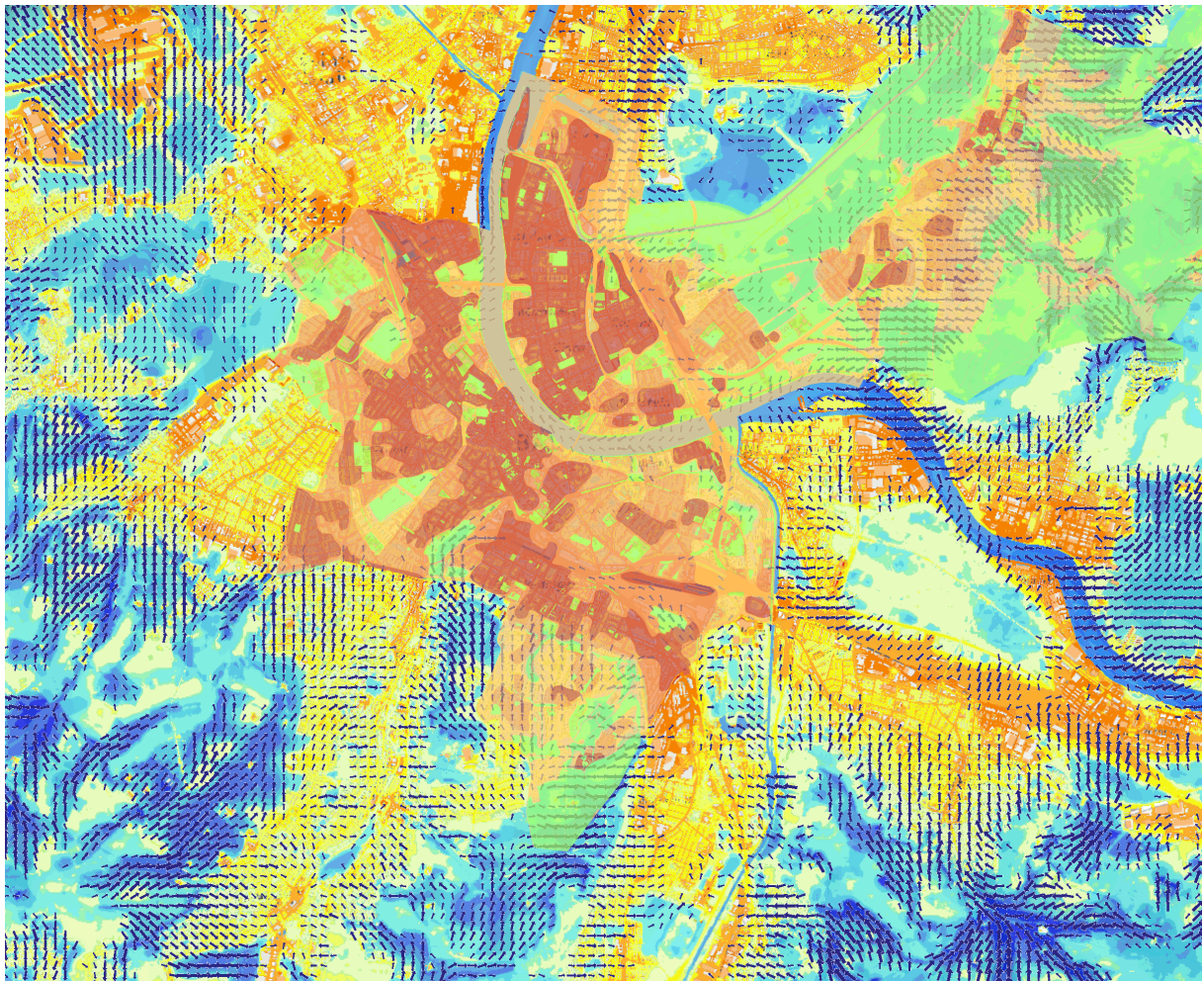


Basler Stadtbuch
Dossier 2023

Basel auf dem Weg zu Netto-Null

Michelle Isler



Basel auf dem Weg zu Netto-Null

Michelle Isler

Kurz vor Weihnachten 2018 gingen in Basel über tausend Schüler:innen auf die Strasse. Nach dem Vorbild der schwedischen Klimaaktivistin Greta Thunberg schwänzten sie an diesem Freitagvormittag die Schule und versammelten sich vor dem Rathaus. Ihre Forderung: die Ausrufung des Klimanotstandes. Zwei Monate später verzeichneten sie ihren ersten grossen Erfolg, als am 20. Februar 2019 der Grosse Rat mit deutlicher Mehrheit als erstes Parlament der Schweiz eine «Resolution zur Ausrufung des Climate Emergency («Klimanotstand»)» annahm. Ende 2019 setzte der Grosse Rat eine Spezialkommission Klima ein, deren Aufgabe es war, die bisherige Klimapolitik des Kantons zu überprüfen und Massnahmen zur Verbesserung des Klimaschutzes zu erarbeiten.

Das Parlament nahm das Thema auf seine Agenda – und die Menschen in Basel waren parat. Nach dem unerwarteten eidgenössischen Nein zum CO₂-Gesetz in der Abstimmung vom 13. Juni 2021 blieb trotz Ernüchterung und Enttäuschung beim Klimastreik ein Funken Hoffnung. Denn: Die Basler Stimmberechtigten hatten den verbindlichen Klimazielen zugestimmt. «Basel will, Basel kann und Basel soll vorwärts machen», sagte damals ein junger Klimastreikender. Der Rückhalt der Bevölkerung sei «klar da».¹

Er sollte Recht behalten: Eineinhalb Jahre später, am 27. November 2022, steht Grünen-Nationalrätin Sibel Arslan vor einem vollen Saal im Quartiertreffpunkt St. Johann. Viele der Anwesenden tragen pinke Westen, das Erkennungszeichen all jener, die sich für die Klimagerechtigkeitsinitiative «Basel 2030» engagieren. «Ihr habt Geschichte geschrieben», sagt Arslan ins Mikrofon, der Saal antwortet mit Jubel. Die Politikerin bedankt sich im Namen der ganzen Schweiz für das Engagement. «In einem Kanton war so ein Ergebnis möglich, also muss es in anderen Kantonen auch möglich sein», fährt sie fort. Erneut jubelt der Saal.²

«Klima-Loki» Basel

Nach diesem Abstimmungssonntag hat Basel das ambitionierteste Klimaziel der Schweiz: Bis 2037 soll der Kanton Netto-Null erreichen. Die Klimagerechtigkeitsinitiative, initiiert von «Menschen aus Basel, die dort etwas gegen die Klimakrise tun wollen»,³ verfolgte das Ziel Netto-Null bis 2030. Die Basler Regierung setzte diesem Vorhaben jedoch einen Gegenvorschlag entgegen: Netto-Null bis 2040, mit dem Argument, dass kürzere Fristen nicht machbar seien. Doch die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) des Grossen Rates meinte im Juli 2022, angesichts der sich verschärfenden Klimakrise

¹ <https://bajour.ch/a/YeBOGinHhJEyg8F/klimastreik-basel-plant-neue-aktionen> (Zugriff am 04.07.2023). Zu «Basel auf dem Weg zu Netto-Null» siehe vor allem: <https://www.klimaschutz.bs.ch/> (Zugriff am 29.06.2023).

² <https://bajour.ch/a/clazgai0e61192154fn5jzcxo4d/bewegung-fuer-klimagerechtigkeit-feiert-ihren-erfolg> (Zugriff am 29.06.2023).

³ <https://basel2030.ch/ueber-uns/> (Zugriff am 07.07.2023).

(Hitzesommer) und der geopolitischen Lage (Krieg in der Ukraine) müsse das Ziel «so ambitioniert wie möglich» sein, konkret Netto-Null bis 2037.⁴

Eine deutliche Mehrheit – 64 Prozent der Basler Abstimmenden – spricht sich für diesen Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative aus. Basel soll ab 2037 nicht mehr CO₂ ausstossen dürfen, als natürliche oder technische Speicher wieder aufnehmen können. Auch das Netto-Null-Ziel 2030 findet eine Mehrheit. Knapp 57 Prozent sagen Ja zur Initiative. Der Stichentscheid fällt jedoch zugunsten des Gegenvorschlags aus.

Da ist sie also, die vielbeschworene «Klima-Loki»⁵ Basel. Möglich wurden diese Mehrheiten nicht zuletzt, weil der Vorschlag von Parteien von links über die politische Mitte bis ins bürgerliche Lager unterstützt wurde. Und so schrieb sich Basel an diesem Tag Klimagerechtigkeit und Netto-Null bis 2037 in die Verfassung und verpflichtete sich zu verbindlichen Fünfjahreszielen sowie zu Absenkpfeilen für Treibhausgase.

Der Weg zu erneuerbaren Energien

Ein Blick auf die kantonale Energiestatistik zeigt: Seit 2010 geht der CO₂-Ausstoss im Kanton zurück. Waren es damals noch 4,7 Tonnen CO₂ pro Einwohner:in, sind es Stand 2020 noch rund 3,1 Tonnen, eine Abnahme von einem Drittel innert zehn Jahren. Der grösste Teil der CO₂-Emissionen, 41 Prozent, geht 2020 auf die Kappe von Erdgas, doch auch dieser Anteil verzeichnet seit 2010 einen Rückgang von 45 Prozent. Dafür ist der Anteil erneuerbarer Energien, die in den Kanton importiert oder hier produziert werden, zwischen 2010 und 2020 um rund zehn Prozent gestiegen.

Dass die Emissionen sinken müssen, war indes schon vor der Klimagerechtigkeitsinitiative ein verpflichtendes Ziel. Mit dem revidierten kantonalen Energiegesetz von 2017⁶ begann der Kanton den Weg in Richtung Dekarbonisierung. Bis zum Jahr 2050 soll sich der CO₂-Ausstoss pro Person auf höchstens eine Tonne CO₂ beschränken, und das per Gesetz. Ausserdem sollen bis dann 90 Prozent der Energie im Kanton aus erneuerbaren Quellen stammen. Mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Klimagerechtigkeitsinitiative sind diese Vorgaben nun allerdings schon wieder veraltet – noch ist nicht klar, welche Massnahmen der Regierungsrat vorlegen wird, um das Netto-Null-Ziel bis 2037 zu erreichen.

⁴ «Netto-Null bedeutet, dass in einem definierten Territorium nicht mehr Treibhausgase ausgestossen werden dürfen, als natürliche und technische Speicher aufnehmen können. Die restlichen verbleibenden Emissionen müssen der Atmosphäre durch sogenannte Negativemissionstechnologien entzogen und dauerhaft gespeichert werden. Dabei wird zwischen biologischen (z.B. Holzwachstum in Wäldern) und technischen Ansätzen (z.B. CO₂-Abscheidung aus der Luft und Speicherung im Untergrund) unterschieden. In Bezug auf die technischen Lösungen bestehen noch grosse Unsicherheiten hinsichtlich der Potentiale, Kosten und Risiken. Aufgrund des kleinen Territoriums des Stadtkantons sind im Kanton Basel-Stadt die Möglichkeiten für biologische Negativemissionsmassnahmen wie z.B. grossflächige Aufforstungen nur sehr begrenzt umsetzbar. Aktuell muss also davon ausgegangen werden, dass das Ziel Netto-Null für den Kanton Basel-Stadt praktisch ein Brutto-Null-Ziel ist. Das heisst, dass möglichst alle Treibhausgasemissionen im Kanton zu eliminieren sind.» Quelle: <https://grosserrat.bs.ch/dokumente/100397/000000397703.pdf> (UVEK, Bericht vom 29.06.2022, Zugriff am 04.07.2023).

⁵ Das Copyright für diese Wortschöpfung beansprucht der Basler Journalist Peter Knechtli, <https://www.onlinereports.ch/News.117+M57060d3f419.0.html> (Zugriff am 07.07.2023).

⁶ https://www.gesetzessammlung.bs.ch/app/de/texts_of_law/772.100 (Zugriff am 28.06.2023).

Adieu, fossile Heizungen

Einer, der sich intensiv mit dieser Thematik beschäftigt, ist Till Berger. Er leitet seit Juni 2022 die neu geschaffene Fachstelle Klima im Präsidialdepartement, bei ihm laufen die Fäden aus den verschiedenen Departementen und Abteilungen punkto Klima zusammen. Er überblickt auch, bei welchen Themen der Kanton aktuell schon gut unterwegs ist: «Positiv zu nennen wären sicher die Gebäude. Bei den Heizsystemen war schon vor dem aktuellen Netto-Null-Ziel mit dem Kantonalen Energiegesetz von 2017 vieles aufgegleist.» Das Gesetz schreibt vor, dass Hausbesitzer:innen mit Öl- und Gasheizungen bei einer Erneuerung auf eine umweltfreundlichere Alternative umsteigen müssen. 2022 gab es im Kanton noch rund 12'500 fossil betriebene Heizungen, die bis Ende 2035 zum Beispiel auf Wärmepumpen, Solaranlagen oder Fernwärme umgestellt werden müssen.

Dass Heizungen ein wichtiger Baustein bei der Reduktion der Treibhausgas-Emissionen sind, spiegelt sich auch in einem der Vorstösse, die aus der Spezialkommission Klima hervorgingen. Sie forderte, dass bis 2035 alle fossil betriebenen Heizungen im Kanton ersetzt werden müssen. Also nicht nur «fertig fossil» bei Ersatz, sondern ein Enddatum: 2035 ist Schluss. Die Kommission schlug auch eine Restwertentschädigung für Hausbesitzer:innen vor, deren fossile Heizungen bis dann noch nicht das Ende der Lebenszeit erreicht haben. Zusammen mit zwölf weiteren Vorstössen aus der Spezialkommission⁷ hiess der Grosse Rat diesen Vorschlag Ende 2021 gut.

Vollgas für Fernwärme

Wer die fossile Heizung ersetzt, kann zum Beispiel auf eine Wärmepumpe umsteigen oder – bei gegebenem Anschluss – das Fernwärmenetz anzapfen. Heute stammt diese Wärme gemäss den aktuellen Zahlen der Energiestatistik 2022⁸ hauptsächlich aus Abfallverbrennung (44,5 Prozent), Erdgas (33,5 Prozent) und Holzheizkraftwerken (16,5 Prozent). Das IWB-Fernwärmenetz ist aktuell gut 120 Kilometer lang. Bis spätestens 2035 wollen die IWB dieses Netz um 60 Kilometer verlängern, rund 80 Prozent des gesamten Energiebedarfs mit Fernwärme abdecken und zusätzliche 6'700 Kund:innen anschliessen. Im besten Fall soll die Wärme dann zu 100 Prozent aus Abwärme und erneuerbaren Energieträgern kommen. Der erwartete Effekt: Eine Reduktion der CO₂-Emissionen ab 2035 um 70'000 Tonnen pro Jahr.

Auch wenn es bis dahin also noch grosse Baustellen geben wird – wortwörtlich, in den nächsten fünfzehn Jahren ist mit 50 Prozent mehr Baustellen zu rechnen –, ist Basel schon heute Vorreiterin bei dieser Art der Energieversorgung. Der Stadtkanton hat das grösste Fernwärmenetz in der Schweiz, und das nicht erst seit Kurzem: Schon 1978 halten Hellmut Schweikert und Felix Herzog

⁷ <https://groserrat.bs.ch/mitglieder/15004015-> (Zugriff am 28.06.2023).

⁸ <https://www.statistik.bs.ch/analysen-berichte/raum-umwelt/energiestatistik.html> (Zugriff am 28.06.2023).

im Basler Stadtbuch⁹ fest, was heute noch so ist: «Wie immer auch der politische Entscheid über den Weiterausbau dieses Systems lautet, wird sie (die Fernwärme) ihren festen Platz in der Energieversorgung unserer Stadt behaupten», schreiben die beiden Autoren damals – und sie haben Recht behalten.

Elektromobilität hinkt nach

Im Gegensatz zum sichtbaren Fortschritt bei der Energieversorgung von Gebäuden verläuft der Ausbau der E-Mobilität zögerlicher. Der Anteil von elektrisch betriebenen Personenwagen (inklusive Plug-in-Hybride) in Basel-Stadt betrug 2021 unter drei Prozent. Till Berger von der Fachstelle Klima erklärt, es sei schwierig, «als Kanton den Anteil der E-Mobilität zu erhöhen. Zwei Drittel der Autos, die durch Basel fahren, sind nicht von hier.» Man könne zwar für die Autos im Kanton Anreize setzen und damit E-Mobilität attraktiver machen, zum Beispiel über den Ausbau der Infrastruktur: 200 öffentlich zugängliche Ladestationen wollen die IWB bis Ende 2026 in den Basler Quartieren errichten. Der grosse Hebel punkto E-Mobilität liege aber beim Bund, der zum Beispiel festlegt, wie viel CO₂ neu zugelassene Autos ausstossen dürfen. «Solche Flottengrenzwerte gelten auch für Basel», so Berger.

Beim kantonalen Fuhrpark sattelt Basel bereits um: Bis 2027 müssen gemäss ÖV-Gesetz die Fahrzeuge der Basler Verkehrs-Betriebe zu 100 Prozent mit erneuerbarer Energie betrieben werden. Der allererste E-Bus fuhr 2019 testweise durch die Stadt, seit Dezember 2022 sind die ersten E-Busse regulär in Betrieb. Wenn die Umstellung auf erneuerbare Energien vollständig vollzogen ist, rechnet der Kanton mit einer Reduktion von jährlich rund 6'700 Tonnen CO₂.

Städtische Hitzeinseln

Neben den Massnahmen zur Reduktion von Emissionen und zur Annäherung an das Netto-Null-Ziel versucht sich der Kanton mit zahlreichen Mitteln an die veränderten klimatischen Bedingungen anzupassen. Denn die Erhitzung ist schon heute in der Stadt spürbar: Wie Klimadaten belegen, ist die mittlere Jahrestemperatur auf dem Stadtgebiet seit Mitte des 19. Jahrhunderts um 2,1 °C gestiegen.¹⁰

Bereits 2019 zeigte eine Stadtklimaanalyse auf, wo es besonders heiss ist und wie sich die Situation im Jahr 2030 darstellen wird. Der Blick auf die interaktive Karte im Geoportal der Stadt macht den Handlungsbedarf überdeutlich. Im Kleinbasel ist zwischen Clara und Klybeck fast alles durchgehend rot eingefärbt, was «hoher Handlungsbedarf» heisst. Auch in anderen dicht bebauten Quartieren mit wenig Grünflächen – wie Innenstadt, St. Johann oder Gundelringen – gibt es grosse rote Flecken. Als «Fokusgebiete» werden diese Quartiere

⁹ http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1978/1978_1502.html (Zugriff am 04.07.2023).

¹⁰ Siehe dazu auch das Faltblatt «Klimawandel im Kanton Basel-Stadt», herausgegeben vom Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie MeteoSchweiz (2021), https://www.nccs.admin.ch/dam/nccs/de/dokumente/website/regionen/kantone/faktenblaetter/Faktenblaetter_Klimawandel_BS_d_2110.pdf.download.pdf/Faktenblaetter_Klimawandel_BS_d_2110.pdf (Zugriff am 23.06.2023).

in der Folge im Stadtklimakonzept¹¹ bezeichnet, das vor zwei Monaten in zweiter Auflage erschien und eine «klimaangepasste Siedlungsentwicklung» anstrebt.

Basel, eine Schwammstadt?

Der Regierungsrat hat das Konzept im Jahr 2021 verabschiedet. Dazu gehören breit gefächerte Massnahmen, von neuen Grünflächen über die Entsiegelung von asphaltierten Flächen bis zu Sofortmassnahmen wie Sprühnebel oder mobile Pflanzkübel, wie sie in diesem Sommer zum Beispiel auf der Dreirosenbrücke zu sehen sind. Anwendung findet auch das Schwammstadt-Prinzip.¹² Statt versiegelter Böden sollen wasserdurchlässige Oberflächen (z.B. auf Parkfeldern) dabei helfen, dass Regenwasser versickern kann und Starkregen nicht in einem Schwall abfließt. Dies wiederum versorgt die Vegetation mit mehr Wasser und trägt via Verdunstung zur Kühlung der Umgebung bei. Ausprobiert wird das vorerst nur im Kleinen;¹³ richtig zum Tragen kommen soll das Schwammstadt-Prinzip bei den grossen Entwicklungsarealen wie aktuell bei VoltaNord.

Der Regierungsrat ist gemäss Stadtklimakonzept aber grundsätzlich bei jeder Planung verpflichtet, eine Begrünung zu prüfen. Und so schaut die Bevölkerung (und mit ihr die Medien) der Grünliberalen Bau- und Verkehrsdirektorin Esther Keller genau auf die Finger und muss dabei immer wieder feststellen, dass «prüfen» nicht gleichbedeutend mit «umsetzen» ist. Beispiel: die von 2023 bis 2025 erneuerte Clarastrasse. Wer sich hier eine grüne Allee wünschte, wird enttäuscht. Drei zusätzliche Bäume sind geplant, mehr sei aufgrund der bestehenden Trottoirnutzungen und der unterirdischen Leitungen nicht möglich, heisst es beim Bau- und Verkehrsdepartement.¹⁴

Diese Einschränkungen gelten auch andernorts, zum Beispiel beim Bankverein oder in der Gundeldingerstrasse. Eine weitere Hürde ist die Dauer solcher Sanierungsprojekte. Man müsse sich bewusst sein, sagte Esther Keller mit Blick auf den grau sanierten Wielandplatz in einem Interview,¹⁵ dass Basel während Jahrzehnten «als autogerechte Stadt geplant» worden sei. «Diese Planung können wir nicht auf die Schnelle rückgängig machen, so etwas braucht Zeit.»

Zivilgesellschaftliche Initiativen

Aus der Zivilgesellschaft erklingen derweil andere Töne: Der Verein umverkehr setzt sich in verschiedenen Städten der Schweiz mit seinen zwei Stadtklimainitiativen für einen Paradigmenwechsel in der Verkehrs- und Stadtplanung bis 2030 ein. Er fordert, dass bis dann 480'000 Quadratmeter der Basler Strassen-

¹¹ <https://www.stadtklima.bs.ch/stadtklimakonzept.html> (Zugriff am 28.06.2023).

¹² <https://www.bvd.bs.ch/nm/2022-basel-wird-schwammstadt-bd.html> (Zugriff am 05.07.2023).

¹³ <https://www.medien.bs.ch/nm/2022-die-suche-nach-dem-besten-untergrund-fuer-entsiegelte-parkplaetze-bd.html> (Zugriff am 28.06.2023)

¹⁴ Zu der von Grünen-Grossrat Béla Bartha eingereichten Baum-Motion siehe u.a.: <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/grosser-rat-ich-bin-skeptisch-gegenueber-architektur-gruen-diese-motion-will-basler-stadtklima-veraendern-id.2474306> (Zugriff am 28.06.2023)

¹⁵ <https://www.bazonline.ch/es-ist-beim-besten-willen-nicht-immer-moeglich-baeume-zu-pflanzen-755592943744> (Zugriff am 07.07.2023).

fläche hälftig in Grünflächen mit Bäumen sowie für Langsam- und öffentlichen Verkehr umgewandelt werden. Der Regierungsrat hält mit Gegenvorschlägen dagegen, auch eine Mehrheit der UVEK betrachtet die Initiativen derzeit als zu ambitioniert.¹⁶

Trotz insgesamt sechs Gegenvorschlägen von Regierungsrat und UVEK werden jedoch auf dem Stimmzettel dereinst nur die beiden Initiativen stehen: Der Grosse Rat schickte an seiner diesjährigen «Bündelitagssitzung» vom 28. und 29. Juni sowohl die Gegenvorschläge als auch mit knapper Mehrheit die Initiativen bachab – zur «sichtlichen» Irritation von Baudirektorin Esther Keller.¹⁷ Der Regierungsrat hätte es «gerne gesehen», sagte sie nach der intensiven Ratsdebatte, «wenn die Bevölkerung eine Auswahl gehabt hätte». ¹⁸ Doch sowohl die Bürgerlichen als auch die Linken setzten aufs Ganze. Und so wird sich voraussichtlich im November 2023 zeigen, auf welche Seite sich die Stimmbevölkerung ohne Gegenvorschlag stellt.

Eine weitere Initiative beschäftigt sich mit dem Thema Bauen: Der von jungen Architekturschaffenden gegründete Verein Countdown 2030 setzt sich dafür ein, dass Planen und Bauen bis 2030 deutlich nachhaltiger wird. Das Problem ist nicht von der Hand zu weisen: 500 Kilogramm Bauschutt werden in der Schweiz durch den Abriss bestehender Gebäude produziert – pro Sekunde. 30 Prozent der Treibhausgasemissionen weltweit und so auch in der Schweiz entstehen allein in der Baubranche. Im Herbst 2022 lancierte der Verein deshalb eine Petition «Fertig mit dem Abrisswahn, zukunftsfähig bauen jetzt!» während einer Ausstellung im Schweizerischen Architekturmuseum SAM in Basel.¹⁹ Knapp 11'000 Personen unterzeichneten die Petition online und vor Ort, Ende November 2022 wurde sie dem Bundesrat und dem Parlament in Bern übergeben. Der von Countdown 2030 online eingerichtete Abriss-Atlas²⁰ verzeichnet aktuelle Schweizer Projekte, bei denen in Gebäuden gebundene graue Energie durch Abriss vernichtet wird.

Wie weiter bis 2037?

Wie Basel bis 2037 Netto-Null erreichen will, ist noch nicht beschlossene Sache. Die entsprechenden Massnahmen sollen in einer Klimaschutzstrategie aufgezeigt werden, die der Kanton derzeit erarbeitet und noch in diesem Jahr veröffentlichen will. Konkrete Massnahmen sollen gemäss Till Berger dann in einem Klimaaktionsplan Anfang 2024 folgen.

2023 hat sich erneut gezeigt, dass die Basler Stimmberechtigten klimatechnisch eine «Ja, wir wollen»-Haltung einnehmen. Bei den nationalen Abstimmungen zum Klimaschutzgesetz im Juni sagte Basel mit 73,3 Prozent Ja

¹⁶ <https://www.bazonline.ch/dieser-konflikt-spaltet-basler-umwelt-und-verkehrspolitiker-107385731778> (Zugriff am 28.06.2023).

¹⁷ <https://www.bzbasel.ch/basel/basel-stadt/klimawandel-zocken-gegen-das-klima-buergerliche-bekaempfen-die-basler-stadtklimainitiativen-ohne-gegenvorschlag-ld.2481634> (Zugriff am 03.07.2023).

¹⁸ <https://www.bazonline.ch/basler-buergerliche-hoffen-auf-einsicht-der-stimmebevoelkerung-501589060756> (Zugriff am 05.07.2023).

¹⁹ <https://www.sam-basel.org/de/ausstellungen/die-schweiz-ein-abriss> (Zugriff am 28.06.2023).

²⁰ <https://www.abriss-atlas.ch/de/> (Zugriff am 28.06.2023).

zur Vorlage. Noch deutlicher war das Resultat nur in Genf (74,5 Prozent). Allerdings ging es bei dieser Abstimmung nicht um Verbote, sondern um Förderung. Ob die Politik und die Bevölkerung gewillt sind, angesichts der Klimakrise zu radikaleren Mitteln zu greifen, wenn es um handfeste Massnahmen geht, wird sich zeigen. Die alles entscheidende Frage lautet nicht mehr, ob etwas für den Schutz des Klimas getan wird, sondern wie konsequent.

Über die Autorin

Michelle Isler ist Journalistin und arbeitet beim Basler Onlinemedium Bajour. Ausserdem ist sie Co-Kommunikationsleiterin des Basler Festivals der Wissenschaften «science+fiction».

Beiträge zum Thema im Basler Jahrbuch/Stadtbuch

«Basler Grund und Boden und was darauf wächst» (Hermann Christ-Socin, Basler Jahrbuch 1890, S. 20–39)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1890/1890_0097.html

«Ja zu einem anderen Basel» (Gian-Reto Plattner, Basler Stadtbuch 1989, S. 26–31)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1989/1989_2013.html

«Das Regio-Klima-Projekt REKLIP» (Paul Nyffeler, Basler Stadtbuch 1989, S. 131–135)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1989/1989_2044.html

«Vom Umgang mit grenzüberschreitender Umweltverschmutzung. Ein Thema des 42. Deutschen Geographentages in Basel» (Monika Jäggi, Basler Stadtbuch 1991, S. 265–267)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1991/1991_2208.html

««Basel natürlich» – Naturschutz im Stadtraum» (Daniel Küry, Basler Stadtbuch 1995, S. 98–101)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1995/1995_2401.html

«Sommerissimo – der Jahrhundertsommer» (-minu Hanspeter Hammel, Basler Stadtbuch 2003, S. 23–25)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2003/2003_2825.html

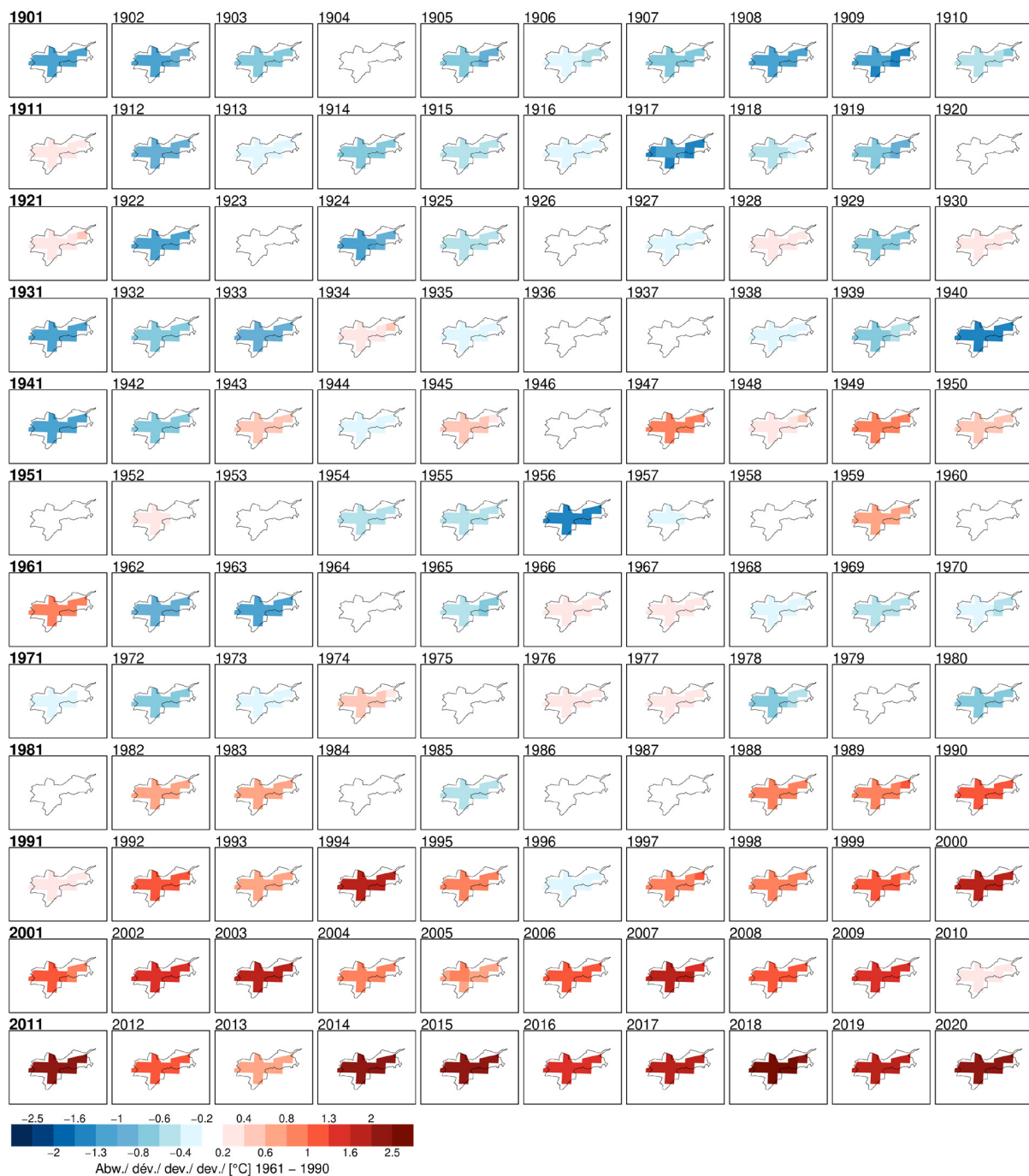
«2003 – ein «Jahrhundertsommer»». Der wärmste Basler Sommer seit 250 Jahren» (Hans-Rudolf Moser, Basler Stadtbuch 2003, S. 26–30)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2003/2003_2826.html

«Basel sorgt vor – Schutzmassnahmen gegen mögliche Folgen des Klimawandels» (Dominique Spirgi, Basler Stadtbuch 2011, S. 172–173)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2011/2011_3185.html

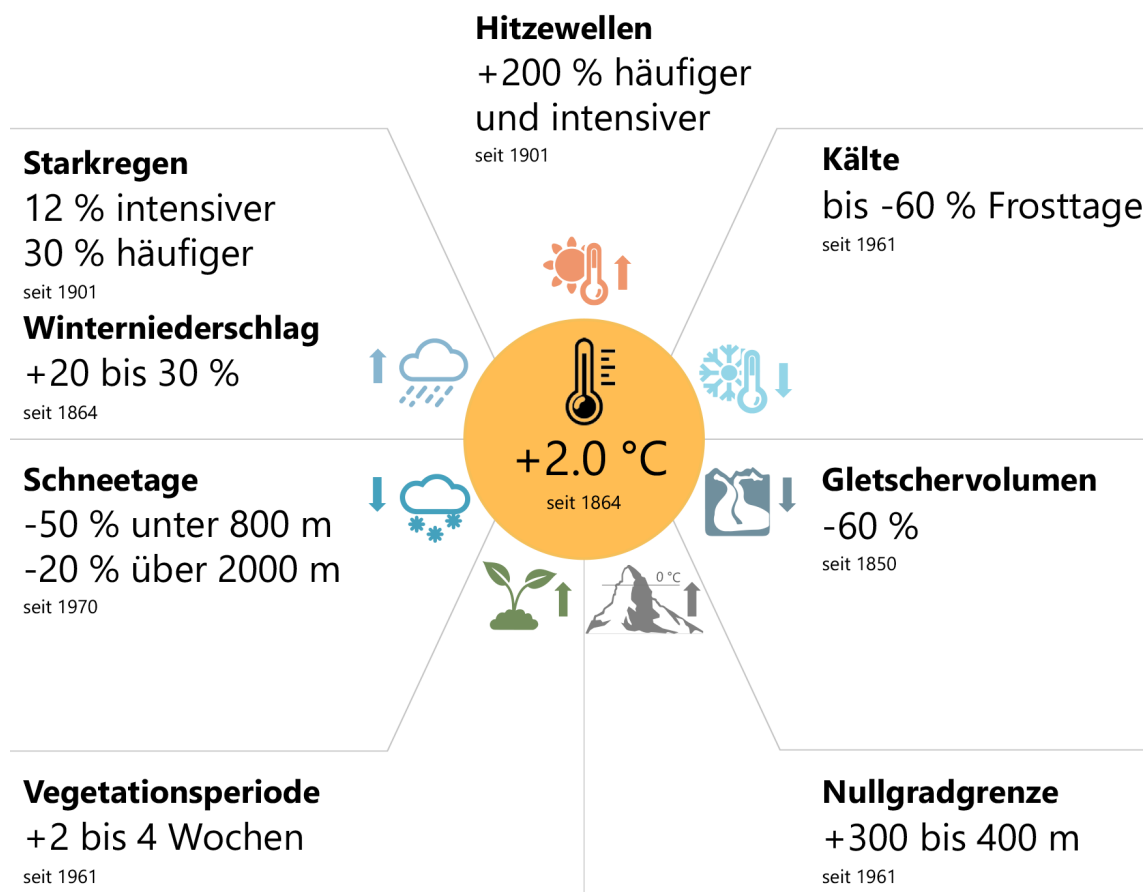
Stadtgrün: Die Buche geht, der Zürgelbaum kommt (Elias Kopf, Basler Stadtbuch 2013, S. 152–159)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2013/2013_3294.html

«Kein Ozeanium auf der Heuwaage» (Helen Weiss, Stadtbuch-Dossier 2019, 33 Seiten)
<http://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2019/2019-07.html>

«Von der Klimademo zum Klimanotstand» (Hanna Girard, Stadtbuch-Dossier 2020, 43 Seiten)
<http://www.baslerstadtbuch.ch/dossier/2020/2020-05.html>

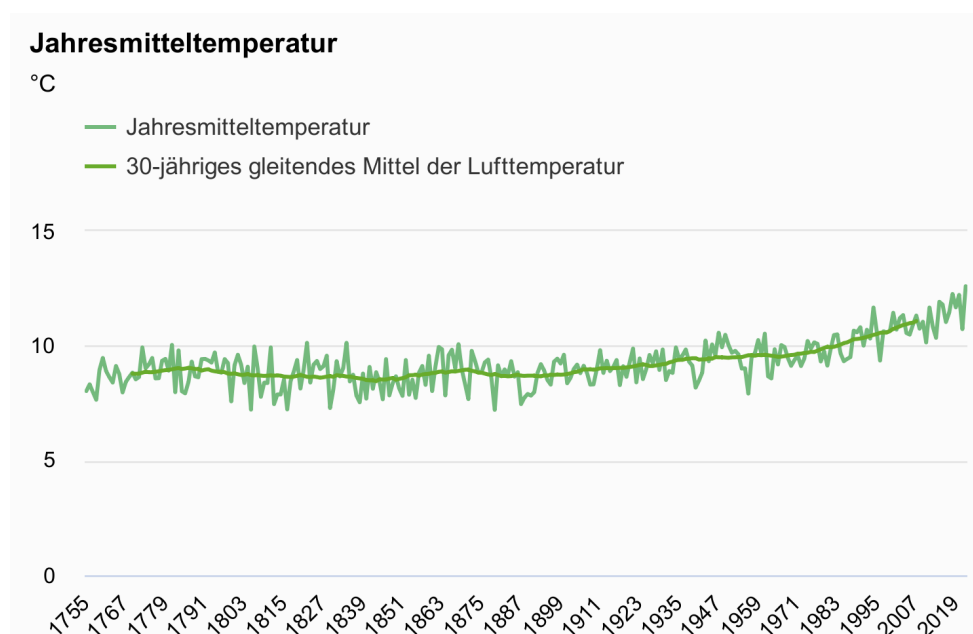


Jährliche Temperaturabweichungen vom Mittel 1961–1990 [°C] für die Jahre 1901–2020 im Kanton Basel-Stadt.
 Quelle: Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie MeteoSchweiz, NCCS (Hg.): Klimawandel im Kanton Basel-Stadt
 – Was geschah bisher und was erwartet uns in Zukunft? National Centre for Climate Services, Zürich 2021, S. 1.



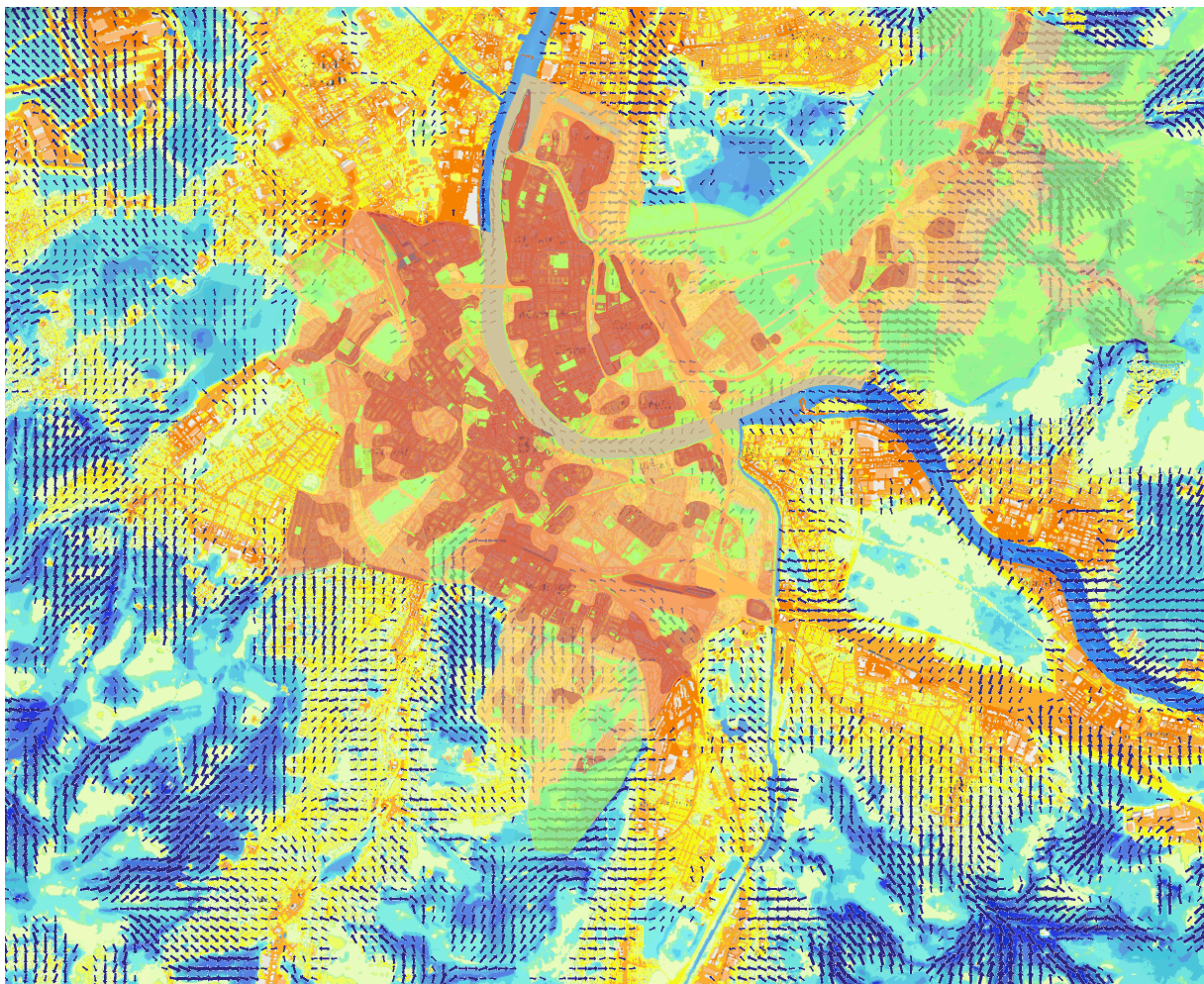
Übersicht der bisher beobachteten klimatischen Veränderungen in der Schweiz. Die bisherige Erhöhung der Schweizer Jahresmitteltemperatur (Mitte) beträgt seit 1864 circa 2 °C. Zusätzlich dargestellt sind die Änderungen einer Auswahl weiterer Klimaindikatoren mit der jeweils zugehörigen beobachteten Zeitspanne.

Quelle: Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie MeteoSchweiz, NCCS (Hg.): Klimawandel im Kanton Basel-Stadt – Was geschah bisher und was erwartet uns in Zukunft? National Centre for Climate Services, Zürich 2021, S. 4.

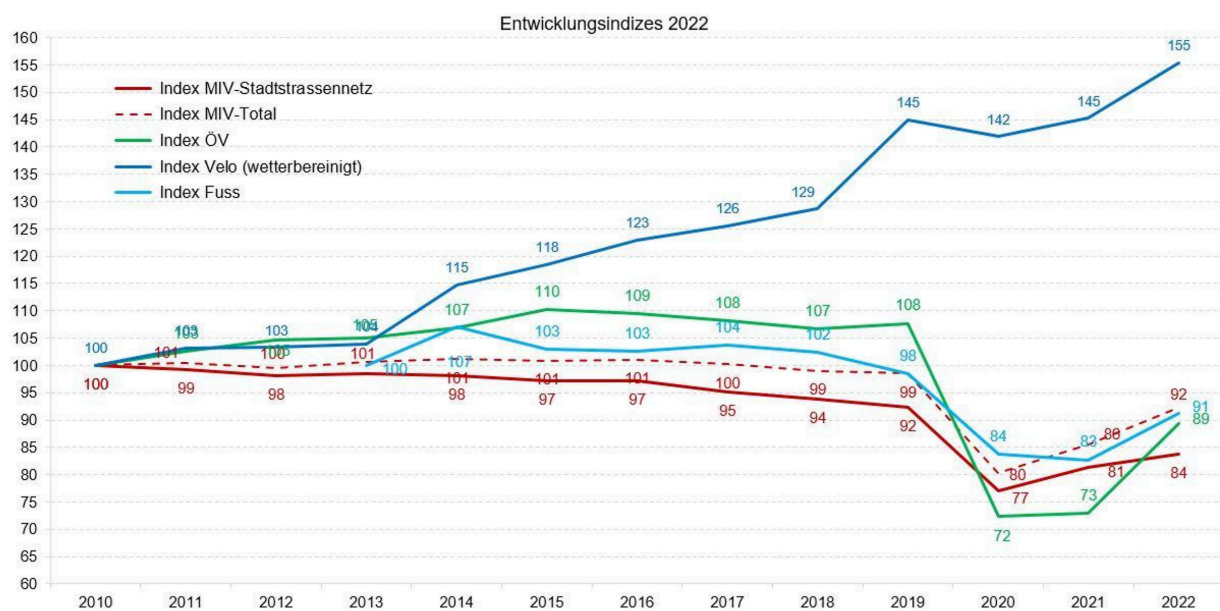


Basler Jahresmitteltemperatur in °C, 1755–2019.

Quelle: Meteorologischer Verein der Region Basel, Lufthygieneamt beider Basel



Stadtklima Basel, Stadtklimakonzept. In den dunkel markierten Fokusgebieten besteht hoher Handlungsbedarf, um künftiger verstärkter Hitzeentwicklung vorzubeugen. Quelle: Geoportal Basel-Stadt, Stadtklimakonzept



Verkehrsindex Basel-Stadt, 2010–2022: Quelle: Kanton Basel-Stadt, Bau- und Verkehrsdepartement, Mobilität

3700 Basler und Baslerinnen wollen einen emissionsfreien Kanton

Initiative eingereicht Mehr Unterschriften als nötig sind für die Klimagerechtigkeit zusammengekommen. «Basel ist prädestiniert für die Pionierrolle», sagt SP-Grossrätin Sarah Wyss. Doch wie stellt sie sich das vor?

Jan Amsler

Mittwoch, 15 Uhr, Marktplatz: Ein Dutzend Tänzerinnen und Tänzer bewegt sich, begleitet von Trommel und Akkordeon, in übergrossen Schritten nach vorn. Sie drehen sich zur Seite in die Hocke. Wieder aufgerichtet, tänzeln sie in kleinen Schritten zurück.

Diese Showeinlage umrahmt einen sonst eher trockenen Vorgang: Das Komitee der Klimagerechtigkeitsinitiative Basel 2030 reicht seine gesammelten Unterschriften ein. In den vergangenen vier Monaten konnte es 3700 Menschen aus dem Kanton davon überzeugen, für das Anliegen einzustehen. Das ist respektabel, wenn man bedenkt, dass die Corona-Pandemie nicht nur zu Zurückhaltung im zwischenmenschlichen Austausch führte, sondern auch von der Klimathematik ablenkte.

Erstaunlich ist das Sammelergebnis auch, weil die Initiative Radikales fordert. So soll in der Verfassung festgeschrieben werden, dass Parlament und Regierung dafür sorgen, den Treibhausgasausstoss in Basel-Stadt auf netto null zu senken – und das bis 2030. Weiter soll der Kanton nach seinen Möglichkeiten dazu beitragen, dass die globale Erwärmung 1,5 Grad nicht übersteigt.

Zuschauer weichen zurück

Im zweiten Teil der Aufführung auf dem Marktplatz vernetzen sich die einzelnen Tänzer mit einem Seil. Kinder singen «Laufed e bitzli, Biireschnitzli», während sich das Netzwerk auf den Weg ins Rathaus macht, wo die Initiative überreicht wird.

Die Botschaft ist klar: Gemeinsam für die Kinder, die Welt von morgen. «Beim Tanz ging es auch darum, Hindernisse zu überwinden, der Realität ins Auge zu blicken und in Aktion zu treten», fasst David Metzger zusammen, der Fragen zur Aktion beantwortet. Ob es so gewollt war, dass das Publikum von den Tänzern mit ihren grossen Schritten auch zurückgedrängt



Am Ende sind alle vernetzt: Ein Tanz umrahmt die Einreichung der Klimagerechtigkeitsinitiative beim Rathaus in Basel-Stadt. Foto: Kostas Maros

wurde? Jedenfalls sind die Zuschauer in den vorderen Reihen gewichen, und manch einer dürfte sich angegriffen gefühlt haben. Das gilt auch für jene, die sich im Moment nicht vorstellen können, wie das Ziel denn erreicht werden soll, ohne dass man die eigenen Bedürfnisse massiv zurückschrauben muss.

Die Initiative selber gibt keine konkreten Massnahmen, sondern nur Leitprinzipien vor. In den Augen von Sarah Wyss, SP-Grossrätin und Mitglied des Initiativkomitees, liegt der Ball jetzt bei der Politik: «Nun sind Parlament und Regierung am Zug für Vorschläge.» Eine erste Reaktion müsse in spätestens sechs Monaten erfolgen. Sollte

«Nun sind Parlament und Regierung am Zug für Vorschläge.»

Sarah Wyss
SP-Grossrätin und Mitglied des Initiativkomitees

ein Gegenvorschlag unterbreitet werden, wolle das Komitee überprüfen, ob sein Ziel damit erreicht werden könne.

Wie man mit der Initiative dann weiter verfahren will, ob sie etwa zur Volksabstimmung gelangt oder zurückgezogen wird, sei bewusst offengelassen, sagt Wyss.

«Müssen in Basel beginnen»

Sie sehe zwar die Problematik, dass die Umsetzung noch unklar ist. Doch als utopisch will sie die Zielsetzung nicht bezeichnen: «Wir müssen dort anfangen, wo wir können, und in Basel beginnen. Wir waren der erste Kanton, der den Klimanotstand ausgerufen hat – Basel ist prädestiniert

für die Pionierrolle.» Ideen lägen vor, nun müsse die Politik «das Bouquet an Vorschlägen» zusammenstellen. Sie selber setzt auf den technologischen Fortschritt und dessen Einfluss etwa auf Mobilität, Energiegewinnung, Recycling und Gebäudebewirtschaftung.

Die andere Möglichkeit, nämlich dass die Politik die Initiative einfach zur Ablehnung empfiehlt und es auf einen Volksentscheid ankommen lässt, scheint für sie keine Option zu sein. Wie es weitergeht, hängt wesentlich von den Mehrheitsverhältnissen in Regierung und Parlament ab – deren Vertreter am 25. Oktober bekanntlich neu gewählt werden.

Basel Stadt Land Region

Kaserne soll Fontänen erhalten und der Marktplatz einen Springbrunnen

Mehr Wasseranlagen für Basel Eine Projektgruppe will mehr offene Wasserflächen in Basel realisieren. Brunnen, Kanäle und Seen sollen entstehen. Grossrätin Esther Keller lanciert dazu einen Vorstoss im Parlament.

Im Sommer zeigt sich in Basel ein immer gleiches Bild: Wird es warm, sammeln sich die Menschenmassen am Rheinbord, um die Sonne zu geniessen. Vor allem aber auch, um sich bei heissen Temperaturen im kühlen Fluss zu erfrischen. Diese Konzentration auf das Rheinufer könnte sich in naher Zukunft verschieben, und zwar gleich auf mehrere Orte in der Stadt. Darauf zielt das neue Projekt @HOC ab, das mehrere offene Wasserflächen in Basel realisieren will.

Insgesamt sieben Standorte sollen mit Wasser aufgewertet werden. Ins Auge stechen dabei vor allem grosse Fontänen auf dem Kasernen-Areal oder ein Springbrunnen auf dem Marktplatz, aber auch ein geplanter See beim Horburgpark oder Teiche im St.-Alban-Quartier.

Dabei sollen keine neuen Wasserquellen generiert werden. Vielmehr sollen bestehende Wasserläufe, die nach der Industrialisierung aus dem Stadtbild verschwunden sind, reaktiviert oder durch Umleitungen neu aufbereitet werden. Der Plan sieht vor, Kanäle offen zu legen und das



Werden sich dereinst Kinder auf dem Kasernen-Areal unter Fontänen abkühlen können? Visualisierung: @HOC

Wasser an Orte zurückzuführen, wo es konzentriert war, bevor in Basel das Stromnetz aufgebaut wurde. Genutzt werden sollen die Gewässer Wiese, Allschwilerbach, Dorenbach und Birsig.

Die Steigerung der Attraktivität im öffentlichen Raum ist da-

bei nicht die einzige Motivation, die die Projektleitung antreibt. «Wir wollen der Klimaerwärmung in Basel entgegenwirken. Vor allem in den Sommermonaten sollen die Wasseranlagen angenehme Kühle bringen», sagt Nicole Wirz von der Raumplan

Wirz GmbH, die das Konzept mitentwickelte.

Es handelt sich dabei um sogenannte blaue Massnahmen, die das Stadtklima verbessern sollen. «Unser zentrales Thema ist, das Wasser in der Stadt effizienter zu nutzen», so Wirz. Man wolle

damit eine Strategie zur Entwicklung solcher Anlagen in der Stadt anstossen und das Wasser in die Quartiere führen. Um im Sommer dem «Dichtstress» am Rhein entgegenzuwirken.

Kosten noch nicht absehbar

Ein genauer Plan für die Realisierung des Projekts liegt noch nicht vor. «Zunächst muss die Machbarkeit der Anlagen geprüft werden», sagt Wirz. Einige der geplanten Neugestaltungen sind in aktuelle Arealentwicklungen eingebettet, andere wiederum sind unabhängiger und könnten schneller umgesetzt werden. Einen genauen Zeitplan und ein Budget zu erstellen, sei daher im jetzigen Stadium schwierig, so Wirz. Diese sollen folgen, wenn die einzelnen Konzepte eingehend geprüft werden.

Rückenwind erhält das Projekt von Regierungsratskandidatin Esther Keller. Sie bewarb das Konzept auf den sozialen Medien und will kommende Woche einen Anzug zu dieser Thematik im Parlament lancieren. Konkret möchte sie von der Regierung wissen, ob sie es als sinnvoll

erachte, im Rahmen der Stadtentwicklung auf solche Vorschläge zu setzen, und ob ähnliche Projekte bereits in Planung sind.

Keller ist sich sicher: Wasseranlagen sind ein Anliegen der Bevölkerung. «Viele vermissen Wasserstellen in allen möglichen Formen in der Stadt», so Keller. Mehrere Plätze in Basel würden dadurch aufgewertet. «Und diese Orte werden so auch attraktiver für das Gewerbe und für die Gastronomie», ist Keller überzeugt. Sie wird nun auf die verschiedenen Parteien zugehen und für Unterschriften weibeln. Mit dem Ziel, eine echte Alternative zum Rheinbord zu schaffen.

Robin Rickenbacher

Das Projekt @HOC wurde von einer unabhängigen Projektgruppe aus Raumplan Wirz GmbH, Studio Urbane Landschaften und GEO Partner A entwickelt. Die Gruppe stellt das Konzept in einer Stadttour detaillierter vor. Diese startet am Sonntag, 18. Oktober, um 14 Uhr auf der Dreirosenbrücke. Anmelden kann man sich unter mail@visionadhoc.com.

Was 10 Millionen Bäume bringen würden

CO₂ reduzieren Die jüngste Umweltinitiative der Grünen Partei ist gut für das Stadtklima und die Artenvielfalt, doch für die Kompensation von Treibhausgasen spielt sie eine kleine Rolle.

Martin Läubli

Die Sommerlinde war gut 20 Meter hoch. Stamm, Äste und Blätter ergaben eine Biomasse von über 4 Tonnen. Sie stand in der Stadt Bern. Forschende der Berner Fachhochschule und der Universität Zürich haben sie ausgemessen, dann wurde sie gefällt. Sie wurde 125 Jahre alt. In dieser Zeit hat sie rund 2 Tonnen Kohlenstoff im Holz gebunden und dafür der Umgebungsluft etwa 7 Tonnen Kohlendioxid entzogen. Der Baum war nicht nur ein willkommener Schattenspender in der aufgewärmten Stadt im Sommer – er filterte auch die Stadtluft, war Lebensraum und Klimaschützer.

Die Grüne Partei will mit einer neuen Umweltinitiative diese lebenswichtigen Eigenschaften der Bäume nutzen und 10 Millionen Bäume ausserhalb der Schweizer Wälder pflanzen – etwa hochstämmige Obstbäume auf dem Land und Stadtbäume in Parks.

Gefragte Eigenschaft

Bäume spielen längst eine klimapolitische Rolle. Sie produzieren sogenannte negative Emissionen, weil sie für die Fotosynthese der Umgebungsluft CO₂ entziehen; der Kohlenstoff wird für die Holzproduktion verwendet, und der Sauerstoff wird bei der Atmung wieder an die Luft abgegeben. Und diese Eigenschaft ist wohl in den nächsten Jahrzehnten gefragt: Denn die Schweiz hat sich wie viele andere Staaten das Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutral zu sein. Das heisst: Sie will die CO₂-Emissionen aus Verkehr, Heizungen und Industrieanlagen durch Elektrifizierung der Energieversorgung möglichst auf null reduzieren.

Wo dies nicht vollumfänglich möglich ist, etwa in der Stahlindustrie und der Landwirtschaft, braucht es Instrumente wie die Bäume, mit deren Hilfe die restlichen Treibhausgas-Emissionen kompensiert werden können. Und dieser Rest ist gemäss einem Bericht des Bundesamts für Energie beträchtlich: Rund 12 Millionen Tonnen Treibhausgase würden 2050 aus heutiger Perspektive immer noch produziert werden, das ist etwa ein Viertel der heutigen Emissionen.

55 Kilogramm pro Jahr

Die Initiative der Grünen Partei könnte helfen. Aber wie stark ist denn der Klimaeffekt von Bäumen überhaupt? Die Grünen gehen davon aus, dass mit 10 Millionen zusätzlich gepflanzten Bäumen etwa 10 Millionen Tonnen CO₂ gebunden werden können. «Das ist eine robuste Schätzung», sagt Bastien Girod, Zürcher Nationalrat der Grünen und ETH-Dozent. Er beruft sich dabei auf eine ältere Schätzung, nach der ein 40-jähriger Baum im Durchschnitt rund 1 Tonne CO₂ speichern kann. «Bei einheimischen Bäumen kann es je nach Art auch 100 Jahre dauern, bis sie 1 Tonne CO₂ gebunden haben», sagt Girod.

Tatsächlich ist es schwierig, abzuschätzen, welchen Klimaeffekt etwa ein Stadtpark mit verschiedenen Baumarten unterschiedlichen Alters hat. Einen detaillierten Einblick gibt nun eine neue Arbeit des Umweltbüros Nategra, der Berner Fachhoch-



Bäume bringen im Sommer eine willkommene Abkühlung in der Stadt: Der Park West in Rheinfelden. Foto: Keystone

Bei Hitze speichert der Schweizer Wald weniger CO₂

Im Schweizer Wald wachsen mehr als 500 Millionen Bäume – gut 46 Millionen stehen ausserhalb der Waldgrenzen. Diese Zahl schätzten die Forschenden des Schweizerischen Landesforstinventars (LFI) aufgrund stichprobenmässiger terrestrischer Aufnahmen. Für das LFI werden regelmässig Erhebungen mithilfe von Luftbildern gemacht. Dabei werden jeweils 21'000 Probeflächen fotografisch aufgenommen und nach einem bestimmten Katalog verschiedener Bodenbedeckungsklassen interpretiert. Das letzte Inventar wurde 2020 veröffentlicht. Der Holzvorrat ist in den letzten acht Jahren um etwa 3 Prozent gestiegen – unter

anderem weil der Wald von starken Stürmen wie beim Orkan Lothar 1999 verschont blieb. Der Schweizer Wald ist insofern ein wichtiger CO₂-Speicher, der bisher auch eine Rolle spielte, um die internationalen Klimaverpflichtungen der Schweiz zu erfüllen. Neuere Studien zeigen aber auch, wie empfindlich er auf Hitze reagiert. Eine Untersuchung der ETH, der Universität Zürich und des Forschungsinstituts WSL zeigen, dass der Schweizer Wald in ungewöhnlichen Hitze- und Dürreperioden – wie zum Beispiel 2018 – weniger CO₂ speichert als sonst. Das beobachteten sie an zwei Waldstandorten in Davos und auf der Lägern bei Zürich. (*lae*)

schule, der Universität Zürich und des Forschungsinstituts WSL. Das Ziel der Untersuchung war, die Biomasse von Bäumen ausserhalb des Waldes besser abschätzen zu können. Dafür wurden 55 Bäume unterschiedlicher Arten aus sieben Städten untersucht. Die Bäume wurden traditionell forstlich von Hand sowie mit neusten terrestrischen Laserscannern ausgemessen und anschliessend gefällt. So konnte durch die Jahrringe das Alter bestimmt werden. Als Nebenprodukt entstand eine Datenbank, wie viel CO₂ die Bäume während ihrer Lebensdauer gebunden hatten.

Die Bandbreite ist gross: von der Esche, die im Jahr rund 16 Kilogramm CO₂ aufnimmt, über die Buche mit etwa 37 Kilogramm bis zum Spitzahorn mit 192 Kilo-

gramm CO₂. Nimmt man die Daten aller untersuchten Bäume, so kommt man auf ein mittleres Alter von 68 Jahren. In dieser Zeit haben die einzelnen Bäume jährlich durchschnittlich 55 Kilogramm CO₂ aufgenommen – das macht über die Lebensdauer gerechnet für einen einzelnen Baum ungefähr 3700 Kilogramm.

Würde man nun die Initiative der Grünen mit dem Artenquerschnitt der untersuchten Bäume umsetzen und 10 Millionen Bäume pflanzen, käme man nach 40 Jahren auf etwa 22 Millionen Tonnen CO₂ – doppelt so viel, wie die Grünen schätzten. Nun ist diese Rechnung letztlich auch eine Zahlenspielerei – in Wirklichkeit ist alles etwas komplizierter. «Für den positiven Klimaeffekt dürfen nur die zusätzlichen Bäume angerechnet

werden», sagt Esther Thürig, Waldforscherin an der WSL und Mitautorin der Studie. Ersetzt ein Teil der neu gepflanzten Bäume alte Exemplare, kompensieren sie nur die alten Bäume, weil diese nach dem Fällen bei der Entsorgung den gespeicherten Kohlenstoff wieder an die Atmosphäre abgeben.

Hinzu kommt, dass Bäume nicht gleichmässig wachsen. Zuerst ist das Wachstum langsam, dann wird es schneller, und wird schliesslich im höheren Alter wieder gebremst. «Der Hauptzuwachs der Bäume ist je nach Baumart etwa nach 20 bis 40 Jahren», sagt Esther Thürig. Wie alt Stadtbäume künftig werden, hängt jedoch von der Klimaentwicklung und der Zusammensetzung der Baumarten ab.

Die Grünen rechnen damit, dass die Umsetzung ihrer Initiative etwa 2 Milliarden Franken kosten würde.

Forschende der Berner Fachhochschule gehen im Projekt «Urban Green & Climate» für 2060 im Schweizer Mittelland von einem Klima aus, das der heutigen kontinentalen Balkanregion entspricht. Das hätte Folgen für die Artenzusammensetzung: Einheimische Bäume würden abnehmen, angepasste Arten aus Südeuropa hätten einen Vorteil, die Baumvitalität würde unter Hitze- und Trockenstress reduziert, und die Lebenserwartung wäre tiefer. Unter den aktuellen Bäumen gehören zum Beispiel der Feldahorn, die Silberlinde und die Zerreiche zu den klimafittesten.

Beschränkter Nutzen

Ein schneller Klimaeffekt ist also durch die Bäume nicht zu erwarten. «Die Schätzung der Grünen ist gar nicht so schlecht, wenn man die besagten Faktoren berücksichtigt», sagt Esther Thürig.

Aber: Die Schätzungen zeigen auch auf, wie beschränkt der Nutzen der Baumpflanzung ist, um das Netto-Null-Ziel des Bundes zu erreichen. Bleiben wir beim Querschnitt der untersuchten Stadtbäume, so würden 10 Millionen zusätzliche Bäume im Jahr durchschnittlich etwa eine halbe Million Tonnen CO₂ binden. Zur Erinnerung: Auch 2050 müssen noch rund 12 Millionen Tonnen Treibhausgase jährlich kompensiert werden. «Der Klimaschutz kann ein Grund sein, Bäume in der Stadt zu pflanzen», sagt Thürig. Aber wichtiger findet sie die anderen Effekte: Kühlung, Stadtbild, Erholungsraum, Biodiversität. «Das ist doch eigentlich wunderbar – eine multiple Ökosystem-Dienstleistung.»

Die Grünen rechnen damit, dass die Umsetzung der Initiative etwa 2 Milliarden Franken kosten würde.

Wissen

Tabubruch fürs Klima

Abstimmung über CO₂-Gesetz Eigentlich hält sich die Wissenschaft aus der Politik raus. Mehr als hundert Forschende machen jetzt eine Ausnahme und setzen sich für ein Ja ein. Werden Wissenschaftler so zu Aktivisten?



Bei ihren Forderungen beriefen sich die Jugendlichen stets auf die Wissenschaft: Klimastreik in Bern im Mai 2019. Foto: Dominique Meienberg

Stefan Häne und **Martin Läubli**

Es kommt selten vor, dass sich die Wissenschaft in politische Prozesse einmischt, ja sogar eine Abstimmungsparole abgibt. Eigentlich gilt das als tabu im Kreis der Wissenschaft. Nun haben mehr als hundert Forschende, darunter die bekanntesten Klimaforscher der Schweiz, öffentlich die Ja-Parole zur CO₂-Gesetzesvorlage abgegeben, über die am 13. Juni abgestimmt wird. Das ist ein ungewohntes Vorgehen.

Für die Wissenschaftler sind die Fakten für den menschengemachten Klimawandel schon lange bekannt. «Die Dringlichkeit der Klimaveränderung rechtfertigt entschiedenes Handeln», schreiben sie in der Mitteilung. Sie sehen im breit abgestützten verschärften CO₂-Gesetz «einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung», um das Klimaziel der Schweiz zu erreichen – bis 2050 praktisch keine fossilen Treib- und Brennstoffe mehr zu verbrennen, also klimaneutral zu sein. Das Gesetz setze der Wirtschaft und der Bevölkerung einen «klaren Rahmen, innerhalb dessen die Wirtschaft die besten Lösungen erarbeiten kann».

Fakt oder Meinung?

Die Klimaforschung ist ein gebranntes Kind. Klimälügner und Skeptiker gegenüber der Klimaforschung prangerten den Weltklimarat (IPCC) immer wieder an, die Wissenschaft sei viel zu nahe am politischen Prozess der internationalen Klimapolitik. Tatsäch-

lich gab es Interessenkonflikte bei einzelnen Forschern. Doch renommierte Klimaforscher wie Thomas Stocker erklärten stets, dass die Forscher nie Kompromisse eingehen mussten, die wissenschaftlich unhaltbar waren. Inzwischen sind nur noch vereinzelte Stimmen zu hören, die den Vorwurf der Abhängigkeit aufrechterhalten.

Dennoch: Der aktuelle Positionsbezug der Wissenschaftler zum CO₂-Gesetz löst unterschiedliche Reaktionen aus. Es sei der Wissenschaft unbenommen, sich in eine öffentliche Debatte einzumischen, auch in einen Abstimmungskampf, sagt Michael Hermann vom Forschungsinstitut Sotomo. Eine andere Frage sei jedoch, ob dies sinnvoll und zweckdienlich sei. Für Hermann ist die Antwort darauf «nicht so eindeutig». Zwar

sei es wichtig, dass die Bevölkerung beim Klimathema die Fakten genau kenne. Aber: Je politischer die Wissenschaft werde, desto verhandelbarer könnten ihre Positionen werden, sagt der Politgeograf. «Es besteht die Gefahr, dass wissenschaftliche Fakten plötzlich als Meinung angesehen werden.» Diese Gefahr sei umso grösser, wenn die Wissenschaft zu apodiktisch aufträte und signalisiere, dass nur sie die Wahrheit kenne. «Im vorliegenden Fall scheint mir der Ton jedoch gut getroffen.»

Harsche Kritik der SVP

Geteilt sind die Meinungen in der Politik. «Ich bin – wie bei der Covid-19-Taskforce – gegen einen Maulkorb für die Wissenschaft», sagt SP-Fraktionschef Roger Nordmann. Andere Parlamentarier, die das CO₂-Gesetz ebenfalls

gutheissen, äussern sich ähnlich. Dazu gehören auch solche, welche die Öffentlichkeitsarbeit der Covid-19-Taskforce in der Vergangenheit selbst kritisiert haben, etwa Damian Müller.

«Es gibt da einen entscheidenden Unterschied», sagt der FDP-Ständerat. Für ein beratendes Gremium wie die Taskforce habe das Prinzip der Loyalität zur politischen Entscheidungsebene – also dem Bundesrat – eine ganz andere Bedeutung als für private Gruppierungen zu einer öffentlichen Frage, wie dies nun bei den Wissenschaftlern und der Abstimmung über das CO₂-Gesetz der Fall sei. Im Übrigen stehe es auch jenen Wissenschaftlern frei, öffentlich zu werden, die den Klimawandel anders einschätzen und die deshalb das CO₂-Gesetz für falsch halten würden.

Harsche Kritik kommt dagegen aus dem gegnerischen Lager. SVP-Nationalrat Christian Imark nennt die Wissenschaftler «Aktivisten»: «Unter dem Deckmantel der Wissenschaft soll in der Schweiz ein sozialistisches System etabliert werden.» Darum gehe es ihnen. Der CO₂-Ausstoss sinke in der Schweiz schon unter der heutigen Gesetzgebung, argumentiert Imark.

«Die Wissenschaftler indes erwähnen mit keinem Wort, dass Treibhausgase reduziert werden können, ohne Milliarden umzuverteilen sowie neue Verbote und viel Bürokratie zu etablieren», sagt Imark. Damit würden sie sich unglaublich machen. Die

Gegner der Abstimmungsvorlage haben bisher allerdings nicht dargelegt, wie die Alternativen zum CO₂-Gesetz aussehen. Um die Reduktion der Treibhausgase zu beschleunigen, gebe es sehr viel sinnvollere Massnahmen, sagt Imark. Welche das sind, wollen die Gegner des Gesetzes Anfang Mai präsentieren.

Die Massnahmen wirken

Gegen solche Anschuldigungen wehrt sich Reto Knutti, ETH-Klimaforscher: «Es geht überhaupt nicht um Sozialismus, sondern um die Zukunft unseres Planeten. Weil wir bewiesen haben, dass Eigenverantwortung und Markt allein bei weitem nicht ausreichen, um gesellschaftliche Krisen zu lösen, braucht es gewisse Rahmenbedingungen, an die sich alle halten.» Das sei bei Abfall, Abwasser, Ozonloch, Luftreinhaltung, Phosphat, Asbest und Pestiziden so gewesen, und es sei auch beim CO₂ so.

Die Akademien der Wissenschaft haben bereits verschiedentlich aufgezeigt, warum Instrumente wie Lenkungsabgaben und Preisaufschläge, die im CO₂-Gesetz vorgesehen sind, auf das Verhalten im Klimaschutz wirken. Die Forschenden nehmen in ihrer Mitteilung Bezug darauf: Fossile Brenn- und Treibstoffe würden zwar etwas teurer, aber ein grosser Teil der Lenkungsabgaben etwa auf Brennstoffen werde der Bevölkerung zurückverteilt. Wer sich klimafreundlich verhalte, werde deshalb belohnt.

«Haben das Feld zu lange Lobbyisten überlassen»

Herr Knutti, Sie sagten einmal, politische Forderungen kämen für Sie als Wissenschaftler nicht infrage. Nun haben Sie die Ja-Parole für das CO₂-Gesetz unterschrieben. Ist das eine Kehrtwende?

Nein, ich bin grundsätzlich nach wie vor dieser Meinung. Aber in diesem Fall geht es um eine Sache, bei der die wissenschaftlichen Fakten eindeutig sind und die Schweiz die Weichen gestellt hat. Sie hat das Pariser Klimaabkommen ratifiziert, sie will bis 2050 die CO₂-Emissionen auf netto null reduzieren. Industriestaaten wie die Schweiz müssen dabei vorangehen.

Die Ja-Parole ist aber eine direkte Einflussnahme in einen politischen Prozess, was für die Wissenschaft als tabu gilt.

Die Abstimmungsvorlage ist von den Kantonen, den Verbänden bis zum grössten Teil der Wirtschaft abgestützt. Trotzdem ist der Ausgang noch längstens nicht sicher, die Erdöllobby und auch die SVP haben genug Geld, um die Stimmung gegen die Vorlage beeinflussen zu können. Die Ja-Parole ist ein Fingerzeig, dass wir uns nicht von den Interessen der Auto- und Öllobby irreführen lassen dürfen. Wir haben das Feld zu lange den Lobbyisten überlassen.

Warum haben die Klimaforscher so lange zugewartet?

Vermutlich haben wir zu lange an eine strenge Separierung zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik geglaubt. Deutschland ist uns da voraus. Da gibt es den «Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale



Reto Knutti
Klimaforscher
an der ETH Zürich

Umweltveränderungen», der direkt die Bundesregierung auch in Fragen des Klimawandels berät und politisch völlig losgelöst an die Öffentlichkeit gehen kann. Derzeit ist es in der Schweiz wirkungsvoll, direkt mit Medien zu kommunizieren. Ich versuche auch, direkt gewissen Leuten im Parlament faktenbasierte Informationen zu liefern.

Damit gehen Sie das Risiko ein, als Aktivist zu gelten.

Das hat doch nichts damit zu tun. Ich verliere dabei nicht die Unabhängigkeit, ich vermittele nur wissenschaftlich gesicherte Informationen. Es gibt das Beispiel vom Erdbeben von 2009 in Italien. Da wollte man Wissenschaftler wegen Totschlags vor Gericht stellen, weil sie nicht gewarnt hatten. Wenn die Gefahr besteht, dass Menschen leiden oder sterben, dann ist es unsere Aufgabe, das laut zu sagen.

Martin Läubli



Schätzungsweise 1500 Teilnehmer zählte der Demonstrationzug bei trübem Wetter. Foto: Dominik Plüss

Sie wollen Klimagerechtigkeit: Gleich, jetzt, sofort

«Strike for Future» in Basel Rund 1500 Aktivisten haben am Freitag mit einem Demonstrationzug, einem Riesenplakat und Hunderten Steinen zum Handeln aufgerufen.

Daniel Aenishänslin

«Wir kämpfen für eine Zukunft für alle und nicht nur für einige», rief Helma Pöppel vom Klimabündnis Basel kämpferisch ins Mikrofon. Und weiter: «Wir stehen für einen Wandel in der Gesellschaft, für eine gerechtere und ökologische Zukunft.» Sie begrüßte um die 1500 Klimabewegte auf dem Theaterplatz zum «Strike for Future». Die Demo führte über die Wettsteinbrücke, die Mittlere Brücke und den Marktplatz zurück zum Theaterplatz.

Man wolle eine lebenswerte und gerechte Zukunft, in der kein Lebewesen ausgebeutet, sondern jedes wertgeschätzt werde, sagte Pöppel, «wir wollen eine Politik, welche die Klimakrise endlich ernst nimmt und dementsprechend handelt». Die Teilnehmen-

den waren vorwiegend weiblich und jung. Doch waren in geringerer Anzahl auch ältere Semester anzutreffen. Beispielsweise die Klimagrosseltern und die Klimaseniorinnen. Dabei waren auch kurdisch-türkische Gruppierungen und Pazifisten. Die Klimakrise lasse sich nur überwinden, wenn man auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit, Genderthemen und Geopolitik einbinde, machten verschiedene Redner deutlich.

«Viel zu wenig passiert»

Pazifisten platzierten ihr Transparent prominent: «Krieg – das grösste Verbrechen an Menschheit und Klima». Ein schwarzer Sarg wurde mitgetragen. Darauf zu lesen: «Kein Wandel – keine Zukunft». Till Rechsteiner vom Klimabündnis Basel forderte, in der Klimafrage als reiches Land

«Jene, die am meisten zum Problem beitragen, sollen endlich Verantwortung übernehmen.»

Till Rechsteiner
Klimabündnis Basel

vorauszugehen. «Jene, die am meisten zum Problem beitragen, sollen endlich Verantwortung übernehmen», sagte er. Bis jetzt sei in der institutionellen Politik «viel zu wenig passiert».

Bereits im Vorfeld war es zu Aktionen gekommen. So hatte die Gruppierung Extinction Rebellion ein riesiges Transparent an die Pfalz-Mauer gehängt. Vom Kleinbasler Rheinufer aus war zu lesen: «Untätigkeit tötet – Klimarebellion jetzt».

Um die Mittagszeit hatten Klimaaktivistinnen die Installation «Bausteine fürs Klima» aufgebaut. Sie reichte vom Spalenberg bis in die Schneidergasse: Hunderte von Steinen mit Botschaften und Forderungen wie «Klimatransparenz für Finanzinstitute» oder «Index für nachhaltige Entwicklung». Weitere Botschaften waren auf die Strasse gemalt wor-

den. Hingewiesen wurde unter anderem auf den «Climate Action Plan», den Aktivisten, Expertinnen und Forscher erarbeitet hatten. Enthalten darin sind 138 Vorschläge, wie ein CO₂-Ausstoss von netto null bis im Jahr 2030 Tatsache werden könnte. Der «Strike for Future» fand auch in anderen Schweizer Städten statt.

Zerstörung wird toleriert

Eine flammende Rede hielt Elena Kasper, Vorstandsmitglied der Juso Baselland, auf dem Marktplatz. «Im Kapitalismus richtet sich alles nach den Interessen der Reichen und Mächtigen», prangerte sie an. Für ständig wachsenden Profit werde die Zerstörung und Ausbeutung von Menschen und Umwelt in Kauf genommen. Den teuersten Preis zahlten die Menschen, die den Klimawandel am wenigsten be-

förderten, sagte sie, «wenn Dürren, Extremwetterereignisse und steigende Meeresspiegel ihre Lebensgrundlage zerstören».

Auch in der Schweiz würden die finanziell Benachteiligten die Folgen demnach am stärksten zu spüren bekommen. «Es sind die, die sich keine Minergie-Eigenheime leisten können, kein Demeter-Gemüse kaufen können, und die, die keine Dividende von Glencore ausgeschüttet bekommen.»

«Umfassende» Klimagerechtigkeit forderte Axel Schubert von der Klimagerechtigkeitsinitiative Basel 2030. «Wir erwarten vom Regierungsrat, was in einer Krise zu erwarten ist», rief er der Menge zu, «nehmt die wissenschaftlichen Warnungen und Hilferufe ernst, brecht mit Routinen.» Mit rotgrün gefärbten Departementen könne manches möglich sein.



Aktion der Jungen Grünen am Zugersee: «Das Wasser steht uns bis zum Hals.» Foto: Thomas Egli

Ein radikaler Vorschlag

Neue Klimainitiative Sie ist weit einschneidender als das abgelehnte CO₂-Gesetz: die Umweltverantwortungsinitiative der Jungen Grünen. Mit Zwängerei habe das Anliegen dennoch nichts zu tun, heisst es in der Partei. Es herrsche eine Jetzt-erst-recht-Stimmung.

Sandro Benini

«Geht es los?» Ja, es geht los. Acht junge Grüne steigen an diesem Samstagnachmittag im Juli bekleidet in den Zugersee. Zwei junge Frauen stehen auf Paddle-Boards, den anderen reicht das Wasser bis zur Hüfte oder zur Brust. Sie halten Plakate hoch mit Aufschriften wie: «Keine Wirtschaft auf einem toten Planeten», «Zukunft wär scho no geil», «Act now or swim later». Dreimal rufen sie während der zehn Minuten, die sie im Wasser stehen, den Slogan: «What do we want? Climate justice! When do we want it? Now!»

Planetare Grenzen einhalten

«Das Wasser steht uns bis zum Hals», heisst die Aktion. Sie will vor den Folgen des Klimawandels warnen und wirbt für eine Initiative mit einem monströsen Namen: Umweltverantwortungsinitiative – in Anlehnung an die Konzernverantwortungsinitiative, die am 29. November 2020 lediglich am Ständemehr gescheitert ist.

Kurz bevor er ins Wasser steigt, sagt der 22-jährige Samuel Zbinden, der für die Jungen Grünen im Luzerner Kantonsrat sitzt: «Wir stellen mit dieser Initiative die Frage: «Was für eine Welt wollen wir eigentlich?»»

Das Anliegen der Jungen Grünen orientiert sich an den «planetaren Grenzen», einem Konzept, das eine 28-köpfige Gruppe von Erdsystem- und Umweltwissenschaftlern unter der Leitung des schwedischen Agronomen Johan Rockström vor gut zehn Jahren begründet hat. Demnach gibt es in insgesamt neun Bereichen – CO₂-Ausstoss, Versauerung der Ozeane, Süsswasserverbrauch und andere – globale ökologische Grenzen. Werden sie überschritten, gefährdet dies die

Stabilität des Ökosystems und damit die Lebensgrundlage der Menschen.

Die Initiative der Jungen Grünen fordert: Die Schweiz baut ihr Wirtschafts- und Gesellschaftssystem so um, dass sie die planetaren Grenzen einhält. Wir konsumieren und verschmutzen höchstens so viel, wie es – einem Modewort zufolge – nachhaltig ist. Dieses Ziel soll in zehn Jahren erreicht werden, die notwendigen Massnahmen legen Bund und Kantone fest.

Am Zugersee werfen ein paar Passanten erstaunte Blicke auf die im Wasser stehenden Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker, einige lachen, andere schütteln den Kopf, ein asiatischer Tourist filmt. «Was schaut ihr so ernst? Baden macht doch Spass», sagt ein Vorübergehender. Die Aktion bemerken nur ein paar Dutzend Leute, und die meisten von ihnen reagieren, wie man auf einen Flyer reagiert, den man im Vorübergehen überreicht bekommt und in den nächsten Papierkorb wirft. Ein solcher Aufwand, und das ist die ganze öffentliche Reaktion?

Die Frage reisst einen Graben zwischen der Generation des Fragens und derjenigen der Jungen Grünen auf, den Jasmin Bärtschi, die Kampagnenleiterin der Initiative, mit den Worten zuschüttet: «Wir machen das nicht für die Leute hier vor Ort. Sondern für die sozialen Medien. Und dort stossen solche Aktionen auf grosse Beachtung.»

Start der Unterschriftensammlung ist Ende August. Laut Zbinden läuft die sogenannte Pledge-Phase sehr gut – es haben sich im Internet bereits 8000 Sympathisanten verpflichtet, mindestens fünf andere Personen zur Unterschrift zu bewegen.

Julia Küng, die Co-Präsidentin der Jungen Grünen, ist noch



Julia Küng, Co-Präsidentin der Jungen Grünen.

«Das Risiko ist gross»

Der Zürcher Wissenschaftsjournalist Marcel Hänggi hat mehrere Bücher zu den Themen Klimawandel und Energie verfasst. Zum Anliegen der Jungen Grünen sagt er, es sei «inhaltlich vollkommen richtig». Die Schweiz – und die meisten anderen Länder – seien aber so weit entfernt von einer nachhaltigen Wirtschaft, dass die Umweltverantwortungsinitiative radikale Massnahmen bedingen würde.

Einschneidend müsste der Wandel laut Hänggi etwa in der Landwirtschaft sein, einschneidender noch, als es die Agrarinitiativen vorgesehen hätten. Ein grosses Risiko einzugehen, biete auch grosse Chancen, und laut dem jüngsten Bericht des Weltklimarates IPCC seien weltweit «systemische Reformen und Eingriffe in beispiellosem Ausmass» notwendig, um die Klimakatastrophe abzuwenden. Hänggi sagt aber auch: «Ob diese Initiative politisch sinnvoll ist, da bin ich mir nicht sicher. Das Risiko, dass sie an der Urne scheitert, ist gross.» (ben)

in den Ferien, als ihre Parteigefährtinnen und Parteigefährten in Zug demonstrieren. Später nimmt sie per Video Stellung zum naheliegendsten Einwand gegen die Initiative: jenem der Zwängerei, um nicht zu sagen: der Geringschätzung des Volkswillens. Wenn im Juni eine Mehrheit das CO₂-Gesetz abgelehnt hat und die Skepsis dagegen gerade bei den Jungen gross war – warum lancieren die Jungen Grünen dann kurz darauf eine Initiative, die noch viel einschneidender ist?

«Wir werden die Klimakrise nicht los, bloss weil wir ein Gesetz abgelehnt haben», sagt Küng. Ja, nach dem Abstimmungsergebnis seien die «Umweltkräfte» einen Moment lang in Schockstarre verfallen, aber die sei ziemlich schnell einer Jetzt-erst-recht-Stimmung gewichen. «Das CO₂-Gesetz ist ganz knapp gescheitert – vielen Befürworterinnen und Befürwortern gibt unsere Initiative wenigstens wieder etwas Hoffnung.»

Betrifft nicht bloss das Klima

Ausserdem habe man sich bei der Diskussion um das CO₂-Gesetz in Details verrannt, in den leidigen Streit um 12 Rappen mehr oder weniger für den Liter Benzin. Der Vorzug der Umweltverantwortungsinitiative, sagt Küng, liege gerade darin, dass sie nicht einzelne Massnahmen in die Verfassung schreiben will, sondern das Prinzip, nicht mehr zu verbrauchen und zu verschmutzen, als es die Natur verkraften kann.

Das Anliegen betreffe nicht bloss das Klima, sondern alle neun Bereiche der ökologischen Grenzen. Und: «Abgestimmt über unsere Initiative wird ohnehin erst in ein paar Jahren. Bis dahin wächst hoffentlich das Bewusstsein, welche Katastrophe uns droht, wenn wir nicht

sehr schnell sehr entschlossene Massnahmen treffen.» Es sei ihr und den anderen jungen Grünen wirklich ernst, sagt die junge Politikerin, und gewaltfreier ziviler Widerstand, wie ihn die Organisation Extinction Rebellion einsetze, halte sie für ein legitimes Mittel.

Auch mit den Aktivistinnen und Aktivisten, die Anfang der Woche den Paradeplatz besetzt haben, fühle sie sich solidarisch. «Solche Aktionen nützen unserer Initiative, wir haben dasselbe Ziel. Um die Katastrophe abzuwenden, müssen wir auf allen Ebenen kämpfen – durch Blockaden, mit Initiativen und in Parlamenten.» Bei der Paradeplatz-Besetzung war Küng nicht dabei, weil sie in Deutschland gegen ein neues Gastertinal protestierte.

Ein Treffen der Kerngruppe der Initiative in einem Lokal im Zürcher Niederdorf, fünf Frauen, unter ihnen die Kampagnenleiterin Jasmin Bärtschi. Einziger Mann ist Samuel Zbinden, der Luzerner Kantonsrat und Kommunikationsverantwortliche der Jungen Grünen.

Dafür, dass die jungen Politikerinnen und Politiker einen Umsturz der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Schweiz planen, verläuft die Diskussion sehr pragmatisch. Keine Verbitterung, kein umstürzlerisches Wort, niemand attackiert den politischen Gegner. Die Teilnehmenden sitzen vor ihren Laptops, sie lassen einander ausreden. Streit gibt es keinen, nicht einmal Meinungsverschiedenheiten.

Wer übersetzt den Text für einen Flyer ins Italienische, wer kümmert sich um Testimonials? «Die Sammelplakate-Offerte habe ich nicht auf dem Schirm gehabt, sorry.» «Goodies für Menschen, die viele Unterschriften sammeln, wären nice.» «Kannst du kurz ein Update geben?»

«Yesss!» Statt von Personen, Leuten oder Mitgliedern ist stets von Menschen die Rede, der genderkorrekte Glottisschlag («Wissenschaftler-Pause-Innen») ist selbstverständlich, und nach einer Stunde fragt Samuel Zbinden: «Will jemensch die Leitung der Sitzung übernehmen?»

«System muss sich ändern»

Julia Küng studiert Psychologie und Geschichte, Samuel Zbinden Wirtschaft und Philosophie, Jasmin Bärtschi Politologie – getreu dem Klischee von der linksgrün-kosmopolitischen Jeunesse dorée, die sich um die Rettung der Welt kümmern kann, weil sie materielle Sorgen nur aus Filmen und Romanen kennt.

«Natürlich sind viele von uns privilegiert aufgewachsen», antwortet Zbinden. Aber der Klimawandel treffe vor allem die Ärmsten – deshalb stehe man als Privilegierte in der Verantwortung, dagegen zu kämpfen. Dass man als Lohnarbeiter mit 100 Prozent-Pensum für politisches Engagement kaum Zeit habe, dass man dafür schlicht zu müde sein könne – ein Grund mehr, etwas am System zu ändern.

Balthasar Glättli, der Präsident der Grünen, schreibt auf Anfrage, Geschäftsleitung und Vorstand stünden hinter der Initiative. Die Gremien werden der Delegiertenversammlung vom 21. August beantragen, das Anliegen zu unterstützen.

Die 20-jährige Julia Küng sagt: «Klar ist unsere Initiative radikal – aber der Klimawandel ist auch ein radikales Problem.» Sie sei seit ihrem 17. Lebensjahr nicht mehr geflogen, obwohl sie die Familie, bei der sie in Chile ein Austauschjahr verbracht hatte, gerne wiedersähe. «Ich verurteile aber niemanden, der ins Flugzeug steigt. Was sich ändern muss, ist das System.»

Basel-Stadt soll 2040 klimaneutral sein

Neue Klimaziele Der Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative sieht vor, dass der Stadtkanton zehn Jahre länger Zeit hat für «netto null». Die Initianten empfinden das Ziel des Regierungsrats als ambitionslos.

Leif Simonsen

Die Klimagerechtigkeitsinitiative will, dass die Treibhausgasemissionen in Basel-Stadt bis 2030 auf netto null gesenkt werden. Das ist ambitioniert. Zu ambitioniert, findet der Basler Regierungsrat. Kaspar Sutter (SP), Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltschweizerdepartements, präsentierte am gestern den Gegenvorschlag. Dieser sieht vor, dass das Ziel bis 2040 erreicht wird.

«Netto null» bedeutet, dass weniger Treibhausgase ausgestossen werden, als mit natürlichen oder technischen Speichern aufgenommen werden. Der Handlungsspielraum ist gerade im Stadtkanton gering. Es fehlt der Raum für natürliche Speicher wie Wälder, bei den künstlichen Speichern steckt die Technologie noch in den Kinderschuhen. Und: Ein grosser Teil der Emissionen fällt in Bereiche, welche nicht durch kantonale Massnahmen gesteuert werden können. Allein beim Konsum, etwa durch den Kauf von Kleidern, fallen pro Kopf und Jahr sechs Tonnen CO₂ an, und auch bei den Flugreisen (0,8 Tonnen) sind dem Kanton die Hände gebunden.

Mehr Velos, weniger Autos

Die Regierung muss sich deshalb auf die 3,5 Tonnen pro Kopf und Jahr fokussieren, welche in ihrem Einflussbereich liegen. Will heissen: das Wohnen – etwa das Heizen – oder den motorisierten Verkehr.

Vom Ziel, bis 2030 klimaneutral zu sein, will die Regierung auch aus ökologischen Gründen Abstand nehmen. Was ironisch klingt, ist bei näherem Hinsehen nachvollziehbar. Würden beispielsweise sämtliche Heizungen mit fossilen Energieträgern bis 2030 ausgewechselt, müssten viele neue, funktionsfähige Geräte ersetzt werden – was auch eine Verschwendung von Ressourcen ist. Auch das Fernwärmenetz kann erst bis 2035 vollständig ausgebaut werden.

Konkrete Massnahmen, wie «Netto null 2040» zu erreichen ist, wollte Sutter nicht präsentie-



Die Linken fordern Klimagerechtigkeit und sind mit dem nun präsentierten Vorschlag «Netto null 2040» nicht zufrieden. Foto: Dominik Plüss

ren. Diese unterlägen den ordentlichen Entscheidungsverfahren des Kantons, etwa dem Grossen Rat. Der Gegenvorschlag der Klimagerechtigkeitsinitiative besagt nur, dass «Regierung und Parlament im Rahmen ihrer Kompetenz dafür sorgen, dass der Ausstoss an Treibhausgasemissionen im Kanton Basel-Stadt in allen Sektoren bis 2040 auf netto null sinkt».

Um dies zu erreichen, plant die Regierung unter anderem einen raschen Ausbau der Ladestationen für E-Fahrzeuge – die zuständige Kommission des Grossen Rats fordert beispielsweise den Bau 4000 solcher Stationen auf dem Stadtgebiet. Da-

rüber hinaus sollen Wasserstofftankstellen gefördert werden – insbesondere für den Schwerverkehr. Auch lässt die Regierung keinen Zweifel aufkommen, dass das Velo in Zukunft einen höheren Stellenwert geniessen wird als das Auto.

«Forderungen verwässert»

So ist dem Ratschlag zu entnehmen, dass das Mobility-Pricing sowie eine «konsequente Verkehrsberuhigung» angestrebt würden – will heissen: Tempo-30-Zonen werden ausgebaut.

Wenig konkret sind die Ideen zur Senkung der Emissionen im Bereich des Wohnens. Unter anderem peilt die Regierung an,

«den Ausschöpfungsgrad für Fotovoltaik gegenüber 2020 deutlich zu erhöhen». Dazu zählt die Regierung auf den Ausbau des Fernwärmenetzes sowie nicht beeinflussbare Trends wie etwa den «sinkenden Wärmebedarf im Bereich Wohnen und Nicht-Wohnen», wie dem Bericht zu entnehmen ist. Immerhin: Bei den Verwaltungsgebäuden strebt die Regierung bereits bis 2030 netto null an.

Das Ziel, «Netto null 2030» in «Netto null 2040» umzuwandeln, kommt bei den Initianten der Klimagerechtigkeitsinitiative schlecht an. Die linke Partei Basta übte harsche Kritik. «Dass der Regierungsrat die Zeit zur

Umsetzung der Klimagerechtigkeitsinitiative mehr als verdoppelt, ist eine enorme Verwässerung der Forderungen und wird der Klimakrise nicht gerecht», schrieb die Partei in einer Mitteilung.

Je später das Ziel netto null angestrebt werde, desto entscheidender sei, dass sogenannte Absenkpfade definiert würden. Nur: «Konkrete Absenkpfade fehlen und werden auf später und auf Verordnungsebene verschoben», schreibt Basta. Sie appelliert stattdessen an den Grossen Rat, Druck zu machen und Absenkpfade zu definieren, damit der Kanton seiner Vorbildrolle gerecht werde.

Basler Regierung soll Gegenvorschlag zu Klima-Initiativen prüfen

Volksbegehren Die Initiativen wollen mehr Grünflächen und mehr Nutzungsfläche für den ÖV und den Langsamverkehr.

Der Basler Grosse Rat hat gestern zwei Stadtklima-Initiativen der Umweltorganisation Umverkehr für rechtlich zulässig erklärt und der Regierung zur Berichterstattung überwiesen. Die Initiativen wollen Teile des Strassenraums zu Grünflächen und zu mehr Nutzungsfläche für den ÖV und den Langsamverkehr umwandeln.

Die rechtliche Zulässigkeit der beiden Volksbegehren, die unter dem Titel Stadtklima-Initiativen zusammengefasst werden, war unbestritten. Der Grosse Rat bestätigte diese entsprechend mit grossem Mehr.

Nicht einig war sich der Rat aber über die Inhalte der Initiativen. Die Initiative «Für ein gesundes Stadtklima» will 5 Prozent des Strassenraums zugunsten eines angenehmen Stadtklimas im Sommer zu Grünflächen mit Bäumen umwandeln. Die «Zukunfts-Initiative» will ebenfalls

5 Prozent des Strassenraums für den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr reservieren.

Die Sprecherin der LDP und ihr Kollege von der FDP plädierten

dafür, die Initiativen ohne den Umweg eines Regierungsberichts oder gar der Ausarbeitung eines Gegenvorschlags dem Volk direkt und mit der Empfehlung auf Ab-

lehnung zur Abstimmung vorzulegen. Der FDP-Sprecher brandmarkte die Begehren als «Ausdruck der Fantasielosigkeit» einer links-grünen Mobilitätspolitik,

die nur auf Abbau des motorisierten Strassenverkehrs setze.

Die Sprecherin des Grün-Alternativen Bündnisses stellte sich voll und ganz hinter die Begehren der Initianten. Sie sprach sich aber dennoch für die Überweisung an die Regierung aus, die damit die Chance erhalten solle, mit einer griffigen Klimapolitik ernst zu machen.

Nicht so einfach umsetzbar

Die SP und die GLP plädierten ebenfalls für eine Überweisung der ihrer Ansicht nach nicht einfach umzusetzenden Forderungen an die Regierung.

Für eine Überweisung an die Regierung sprach sich auch der SVP-Sprecher aus – dies aber nicht aus Sympathie für die Begehren. Mit einem Bericht der Regierung oder allenfalls einem Gegenvorschlag könnte ein Scherbenhaufen vermieden wer-

den, den eine zu befürchtende Annahme der Volksbegehren hinterlassen würde.

Die Regierung möchte Gegenvorschläge zu den beiden Begehren prüfen, wie Bau- und Verkehrsdirektorin Esther Keller (GLP) sagte. Bei einer vollumfänglichen Umsetzung der Forderungen würde der Strassenraum zu sehr beschnitten. Die verbleibenden Strassenverkehrskapazitäten wären ungenügend, der systemrelevante motorisierte Verkehr für die Entsorgung, Anlieferung, Handwerker- und Rettungsdienste wäre beeinträchtigt, sagte sie.

LDP und FDP blieben also mit ihrer Opposition gegen eine Überweisung an die Regierung allein. Entsprechend sprach sich der Rat mit jeweils einem Zweidrittelmehr für die Überweisung der Initiativen zur Berichterstattung und Prüfung von Gegenvorschlägen aus. (sda)

Auch die SVP sprach sich für die Überweisung aus – aber nicht aus Sympathie für die Begehren.



Die Stadtklima-Initiativen möchten unter anderem die Nutzungsfläche für den Langsamverkehr vergrössern. Foto: Georgios Kefalas (Keystone)

Region

So soll der Regen künftig Segen bringen

Konzept gegen Horror-Hitze Basel will Niederschläge nicht mehr in der Kanalisation versickern lassen, sondern der Vegetation besser zuführen und damit das Klima verbessern. Vor zu grossen Hoffnungen sei aber gewarnt.

Basel kennt viele Etiketten: Kulturstadt etwa, Museumsstadt oder Fasnachtsstadt. Neuerdings nennt es sich auch «Schwammstadt». Das heisst nicht, dass Basel seine Bürger finanziell auszupressen gedenkt wie einen Schwamm. Im Gegenteil: Die Stadt will in eine intelligente Infrastruktur investieren, mit der künftig das Regenwasser nicht mehr einfach so wie heute in die Kanalisation abgeleitet, sondern im Boden gespeichert wird.

Wie mit einem Schwamm also soll das kostbare Nass, das in letzter Zeit oft auch als Starkregen über der Stadt niedergeht, aufgesaugt und der Vegetation zugeleitet werden.

So könne das Stadtklima verbessert werden, erklärte Esther Keller, Vorsteherin des Bau- und Verkehrsdepartements (BVD), am Donnerstag an einer Medienorientierung: «Mehr Wasser be-

deutet vitalere Grünflächen und gesunde Bäume für mehr Schatten und mehr Verdunstung.» Zudem werde dadurch auch die Kanalisation entlastet und Überflutungen vorgebeugt.

Methoden zur Umsetzung des Konzepts gibt es viele. Etwa der Ersatz von Asphalt-Wüsten durch wasserdurchlässige Oberflächen. Das geschah kürzlich im Kleinbasel an der Erlenmattstrasse, wie Frieder Kaiser, Projektleiter Schwammstadt der Basler Stadtgärtnerei, erläuterte. Dort befand sich bis 2020 ein breiter Asphaltstreifen vor der Anlage «Im Triangel». Die Stadtgärtnerei trug den Asphalt ab und ersetzte ihn durch einen Kiesbelag mit Kies aus dem Schwarzwald. Ausserdem pflanzte sie 18 Bäume. Das Resultat: weniger flirrende Hitze im Sommer und eine natürliche Bewässerung des umgebenden Grüns.



Regenwasser könnte dank cleverer Infrastruktur künftig besser dem städtischen Grün zugeführt werden. Foto: Henry Muchenberger

Denkbar sind auch offene Wasserrinnen in Parks oder Fussgängerzonen und die Entsiegelung von Parkplätzen mit Fugensteinen, in deren Ritzen Gras wachsen kann. Oder die Schaffung von Wasser-Rückhaltemulden, in denen Regenwasser verzögert versickert und beim Verdunsten einen Kühleffekt erzielt.

Sonnensegel und Sprühnebel

Wer jetzt allerdings hofft, im Rahmen des Fernwärme-Ausbaus, welcher der Stadt in den nächsten Jahren ohnehin ein Drittel mehr Baustellen beschert, würden auch gleich überall Versickerungsflächen oder Regenwasser-Rinnen erstellt, dürfte enttäuscht werden.

So schnell wird die Schwammstadt Basel dann doch nicht verwirklicht. Auch weil gewisse grosse Bauprojekte politisch eine lange Vorlaufzeit hatten und das

BVD dort nicht nachträglich noch einen ganz neuen Regenwasser-Kreislauf realisieren kann. Damit das Flanieren durch die Freie Strasse in Zukunft nicht zum sommerlichen Survival-Parcours wird, denkt das Bau- und Verkehrsdepartement laut Esther Keller eher an das Anbringen von Sonnensegeln oder kühlenden Sprühnebel-Sprinklern. Aber das ist Zukunftsmusik.

Viel besser geeignet zur Verwirklichung der Schwammstadt-Idee seien hingegen die grossen Entwicklungsareale der Stadt, betonten Keller und Kaiser. Etwa das Gebiet Volta-Nord (ehemals Lysbüchel-Areal). Dort sollen bis etwa 2026 ein Regenwasser schluckender Quartierpark und Versickerungsflächen entlang der Weinlager-, Lysbüchel- und Kabelstrasse entstehen.

Martin Furrer

Basel Stadt Land Region

«Es geht um ein Ökosystem Wasserstoff in Basel»

Neuer Hub für Rheinhäfen Die Industriellen Werke Basel verabschieden sich vom Erdgas. CEO Claus Schmidt will die Rheinhäfen zur wichtigsten Schweizer Drehscheibe für die Wasserstoff-Technologie ausbauen.

Kurt Tschan

Herr Schmidt, wird Wasserstoff der neue Diesel?

Es geht um mehr als den Ersatz von Diesel. Es geht um die Dekarbonisierung der Energieversorgung in Europa. Da wird kaum jemand um das Multitalent Wasserstoff herumkommen. Keine andere Energie bietet so viele Möglichkeiten. Sie lässt sich einfach herstellen, speichern und transportieren. Und Wasserstoff dekarbonisiert in Bereichen, wo es sonst keine Alternativen gibt: beim Schwerverkehr, aber auch bei industriellen Prozessen.

Ab wann wird Wasserstoff richtig wichtig?

Grüner, aus erneuerbarer Energie produzierter Wasserstoff soll bis 2030 zu einer ausgereiften Technologie werden. Die EU plant für dessen Entwicklung Investitionen von 500 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren.

Und die Schweiz?

Im Elsass ist bereits heute eine teilweise Umwandlung von Erdgasleitungen geplant. Hier geht es um die Produktion und den Transport von grossen Mengen an Wasserstoff entlang des Rheins in die industriellen Zentren im Elsass. Die Schweiz kann hier andocken. Dadurch ergibt sich eine grosse Chance für den Wirtschaftsstandort Basel. Die Wasserstoff-Roadmap Baden-Württemberg beschreibt neun- und zwanzig Massnahmen, wie dieses Bundesland zum führenden Standort der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie werden kann. Wir als IWB wollen von einer möglichen Anbindung an diese grenzüberschreitenden Strukturen profitieren. Deshalb beteiligen wir uns aktiv an den verschiedenen Plattformen und positionieren uns dort als Produzent.



IWB-CEO Claus Schmidt geht davon aus, dass Wasserstoff als Technologie von der Bevölkerung rasch akzeptiert werden wird. Foto: Pino Covino

Welche Chancen bieten sich den Schweizerischen Rheinhäfen?

Basel ist der ideale Standort für einen «H2-Hub Schweiz». Es geht um ein Ökosystem Wasserstoff in Basel. Wir arbeiten dafür bereits eng mit verschiedenen Unternehmen wie dem Energiedienstleister Getec, den Mineralöl-Unternehmen Fritz Meyer und Varo sowie den Schweizer Rheinhäfen zusammen. Gemeinsam bilden wir eine Koordinationsplattform für Produktion, Absatz und Verteilung von Wasserstoff. Dadurch können die Rheinhäfen

in den nächsten Jahren zur wichtigsten Schweizer Drehscheibe für Wasserstoffproduktion und -logistik werden.

Wie viel Geld nehmen Sie dafür in die Hand?

Die Höhe dieser Investitionen ist noch offen. Der Grosse Rat wird darüber im Rahmen der nächsten Leistungsaufträge entscheiden. Wenn wir die Projekte in Birsfelden und Augst realisieren können, reden wir von Aufwendungen im einstelligen Millionenbereich. Aktuell wird konzeptionell gearbeitet.

Haben Sie falsch entschieden, als Sie das Generationenprojekt Fernwärme beschlossen haben?

Entschieden hat das mit nur einer Gegenstimme der Grosse Rat der Stadt Basel, und ich finde diesen Entscheid aus energie-wirtschaftlicher Sicht richtig. Der Ratschlag ist die Basis dafür, eine unnötige Parallel-Infrastruktur von Erdgas und Fernwärme in Basel zu beenden. Falsch wäre, diese beiden Technologien gegeneinander auszuspielen, weil Wasserstoff eine ideale Ergänzung überall dort ist, wo es heute noch keine Al-

ternative zum Erdgas gibt. Bei den Heizungen gibt es diese Alternativen heute.

Die Erfahrungen auf der Kraftwerkinsel in Birsfelden zeigen, dass Wasserstoff auf Ablehnung stösst ...

Unbekanntes stösst vielfach auf Ablehnung. Die Wasserstoffinfrastruktur hat den Vorteil, dass sie ähnlich der Gasinfrastruktur ist. Und diese ist ja weitgehend akzeptiert.

Braucht es eine Lex Wasserstoff?

Es wird klare nationale Regelungen brauchen. Vor allem technische Standards müssen entwickelt werden. Handlungsbedarf auf politischer Ebene ist gegeben.

Warum brauchte es den Ukraine-Krieg, um vorwärts-zumachen?

Der russische Angriff führt zu einer Beschleunigung bei der Entwicklung. Die EU hat es sich auf die Fahne geschrieben, energie-unabhängig zu werden. Dazu braucht es jetzt eine ausgefeilte Wasserstofftechnologie. Letztlich geht es aber auch um Lösungen bei der Klimakrise. Auch hier ist grüner, aus erneuerbarer Energie produzierter Wasserstoff essenziell.

Sind Gaskraftwerke der richtige Weg, um Mangellagen zu bewältigen?

Ja, es geht nicht anders. Die Strommangellage ist ein aktuelles Problem, das sich nicht mit einer Zukunftstechnologie lösen lässt. Es braucht schon heute neue Reserven im Energiesystem Schweiz. Bis verlässliche Mengen an Wasserstoff in der Schweiz zur Verfügung stehen, kann es noch gut zehn Jahre dauern.

Wie sicher ist die Gasversorgung in Basel?

Das käme einem Blick in die Glaskugel gleich. Niemand kann heute garantieren, dass wir im Winter über genügend Gas verfügen werden. Ein russischer Lieferstopp oder ein Embargo der EU lässt offen, wie die Gasversorgung der Schweiz aussehen wird. Deshalb arbeitet der Bund an Plänen, wie wir im Fall einer Gasmangellage vorgehen werden. Über die Prioritäten in einem solchen Notfallplan entscheidet nicht IWB, sondern der Bund, der diese Pläne kürzlich vorgestellt hat. Demnach gehören Haushalte zu den geschützten Verbrauchern.

Die wichtigsten Fragen und Antworten zur Wasserstoff-Revolution

Energiewende Rund um die Schweiz wird es bis 2030 enorme Investitionen in Wasserstoff geben, den die EU als unverzichtbar für die grüne Energietransformation betrachtet.

— Wie wird Wasserstoff hergestellt?

Grüner Wasserstoff wird aus erneuerbarem Strom hergestellt, blauer entsteht aus fossilen Quellen mit Speicherung des CO₂. Grauer Wasserstoff hat ebenfalls fossile Quellen, aber ohne Speicherung des CO₂. Grüner Wasserstoff kann durch die Power-to-Gas-Technologie (Umwandlung von erneuerbarem Strom zu Biogas) klimafreundlich erzeugt werden, da erneuerbare Energien zum Einsatz kommen. Regenerativ erzeugter und überschüssiger Strom wird genutzt, um Wasser in Sauerstoff und Wasserstoff aufzuspalten. Als Nebenprodukt entsteht Sauerstoff. Der so erzeugte CO₂-freie Wasserstoff ist gasförmig und kann in die bestehende Gas-Infrastruktur eingespeist, gespeichert und zu den Verbrauchern transportiert werden.

— Wozu dient Wasserstoff?

Als Treibstoff für Lastwagen, Busse und Schiffe. Als Prozessenergie und Rohstoff in der Industrie. Zur Stromgewinnung oder als klimaneutraler Energieträger in Heizkraftwerken.

— Welche konkreten Projekte verfolgen die IWB?

In Augst planen die IWB zusammen mit der AEW Energie AG und der Kraftwerk Augst AG eine Anlage mit 2,5 Megawatt Leistung. Mit dabei ist auch die Fritz Meyer AG, die als Betreiberin von 200 Avia-Tankstellen ein Tankstellennetz für Wasserstoff aufbaut. Die IWB und die Fritz Meyer AG treiben den Bau einer weiteren Elektrolyseanlage beim Kraftwerk Birsfelden voran. Beide Anlagen befinden sich im Bewilligungsverfahren. Die Standorte liegen in der Nähe von Laufwasserkraftwerken, die die nötigen Mengen

an CO₂-neutralem Strom für die Produktion von Wasserstoff liefern werden. Abwärme, die bei der Elektrolyse entsteht, wird in die lokalen Fernwärmenetze eingespeist. Das macht die grüne Wasserstoffproduktion effizienter und ökologischer.

— Was läuft im Dreiländereck?

Bis 2028 wird das Industriegebiet Chalampé-Ottmarsheim mit dem Gebiet Fessenheim verbunden. Anschliessend erfolgt eine Netzerweiterung zum Euro-Airport und Richtung Norden nach Markolsheim. Von 100 Kilometern Wasserstoffnetz werden mindestens 60 Kilometer aus umgebauten bisherigen Erdgasleitungen bestehen. Der Transport von Wasserstoff in Pipelines ist günstiger als die Produktion von Strom. Der Oberrhein-Cluster für Nachhaltigkeit besteht aus 17 Firmen und Forschungseinrichtungen. Ziel ist

es, im Dreiländereck eine grenzüberschreitende grüne Wasserstoffinfrastruktur aufzubauen (HTWin). Das Projekt ist eingebunden in die europäische Grundidee, einen Transportkorridor entlang der Achse Rotterdam bis Genua aufzubauen.

— Wie teuer wird Wasserstoff?

Langfristig wird ein Preisniveau wie beim Erdgas erwartet. Der Transport von Wasserstoff in Pipelines ist wesentlich günstiger als der Stromtransport. Wegen der Netzgebühren ist dies ein Preisvorteil für Wasserstoff. Heute wird der Strompreis weitgehend vom Erdgaspreis bestimmt. Zukünftig dürfte Wasserstoff den Platz von Erdgas einnehmen. Sind die Wasserstoffspeicher im Winter voll, ist der Strom günstig. Sind sie leer, steigt der Strompreis.

Kurt Tschan

Der Rhein soll grün werden

Lang blieb er nicht. Nur etwa 45 Minuten dauerte seine Anwesenheit am ersten grossen Wasserstoffgipfel auf der Île du Rhin zwischen dem deutschen Breisach und dem elsässischen Vogelgrun. Aber die liessen aufhorchen: Denn der Basler Regierungsrat Kaspar Sutter lanciert nach der Transformation der Basler Energieversorgung auf Fernwärme nun auch die Idee eines grünen Rheins.

Tatsächlich ist die Rheinschiffahrt gegenwärtig alles andere als nachhaltig. Die Schiffe verkehren zwischen Rotterdam und Basel mit fossilen Energieträgern, zu meist Diesel. Transportiert wird graue Energie, Kohle, aber auch flüssige Brenn- und Treibstoffe. Schon in absehbarer Zeit soll der Rhein aber zu einer wichtigen europäischen Achse beim Transport von Wasserstoff werden.

Dafür müssen gemäss Sutter entlang der ganzen Flussstrecke Hubs gebaut werden. In Basel sind diese in den Schweizerischen Rheinhäfen in Birsfelden, Muttentz und Basel geplant. «Wir brauchen synthetische Treibstoffe, die eine hohe Energiedichte erreichen und erneuerbar hergestellt werden»,

sagte Sutter vor den Hunderten Teilnehmern des Gipfels.

Nicht die lokale Herstellung sei entscheidend, sondern ein gutes Transportnetz. Das müsse aber nicht irgendwann, sondern jetzt gebaut werden, forderte der Basler Ökonom und Politiker.

Pipelines sind vorhanden

Christopher Hebling, deutscher Vertreter in der Internationalen Energieagentur, propagiert, dass Wasserstoff dort hergestellt wird, wo es erneuerbare Energie im Überfluss gibt. Milliarden würden in Australien in die Hand genommen, um riesige erneuerbare Kraftwerke für die Produktion von Wasserstoff zu bauen.

«Wasserstoff aus Australien, produziert und geliefert mit Wasserstoff, das wäre am besten», sagte Helbing. Dass nicht alle Transportwege neu gebaut werden müssen, erleichtert die Versorgung mit Wasserstoff. Drei Viertel der Erdgaspipelines können dafür genutzt werden. Dies eröffne Europa auch Chancen, mit nordafrikanischen Staaten Verträge abzuschliessen, da solche Leitungen bereits bestünden. (kt)

Basel Stadt Land Region

Das Geheimnis der Basler Flachdächer

Triste Vegetation Luftaufnahmen zeigen Dachlandschaften, die einer Wüste gleichen – eine Ödnis in Braun und Ocker. Klappt es nicht mit der Begrünung? Die Wahrheit ist verblüffend.

Martin Furrer

Kürzlich liess der prominente Landschaftsarchitekt Enzo Enea im 31. Stock des Messeturms seinen Blick über Basel schweifen. Da stach ihm etwas ins Auge: In der Stadt gibt es zwar einige grüne Inseln – viele Dächer aber erscheinen im Kontrast dazu kahl und abweisend wie eine Mondlandschaft. Das lang gezogene Flachdach der Messehalle 1 beispielsweise sieht aus der Vogelperspektive aus wie ein Streifen Wüste inmitten der flirrenden Hitze – leblos, erstarrt, tot. «Auf diesem Dach könnte man etwas anpflanzen», sagte Enea, «Thymian zum Beispiel. Es wäre ein Paradies für Bienen inmitten der Stadt.»

Paradiese auf Basels Dächern – das wünscht sich nicht nur Enzo Enea. Auch die grünliberale Baudirektorin Esther Keller versprach, als sie 2021 ihr Amt als Regierungsrätin antrat, sie werde Basel angesichts des Klimawandels «begrünen, beschatten und bewässern».

Grüne Dächer per Gesetz

An Versprechen und Ankündigungen, die Welt über unseren Köpfen zu beleben, fehlt es nicht. Bereits 1996 lancierte der damalige CVP-Baudirektor Christoph Stutz eine Kampagne mit dem Titel «Das bessere Flachdach». Er versprach Hausbesitzern Subventionen, wenn sie ihre Kiesdächer isolieren und in begrünte Oasen umwandeln. Der damalige LDP-Nationalrat und Direktor des Gewerbeverbandes, Christoph Eymann, prophezeite gar: «Basel wird zu einer Stadt werden, die ihre eigene Klimaanlage besitzt, weil begrünte Flachdächer einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des Stadt- und Wohnklimas liefern.»

Auch konkrete Vorgaben existieren. Seit 1999 steht im Basler Bau- und Planungsgesetz, ungenutzte Flachdächer ab einer Fläche von zehn Quadratmetern seien mit einer Vegetationsschicht zu überdecken und zu begrünen. Dies gilt für Neubauten und für Flachdächer, sobald sie saniert werden.

Die Stadtgärtnerei zeichnet auf ihrer Website beinahe schon ein Idyll: «Begrünte Dachgärten geben der Natur schöne Entfaltungsmöglichkeiten. Sie verbessern das Mikroklima und beherbergen gleichzeitig eine vielfältige Fauna und Flora. Für das Haus bedeutet die Begrünung eine Art schützende Decke, die im Winter isoliert und im Sommer kühlt.»

Der Eindruck täuscht

Klingt alles wunderbar. Doch die Realität sieht – zumindest auf den ersten Blick und für das Auge des Laien – ernüchternd aus. Das zeigen Fotografien, welche die BaZ dieser Tage mit einer Drohne aufgenommen hat. Das Flachdach des neu erbauten Amtes für Umwelt und Energie beim Fischmarkt beispielsweise, das als Vorbild für ökologisches Bauen gilt: eine Ödnis in Braun. Dasjenige des Bau- und Verkehrsdepartements (BVD) an der Dufourstrasse: eine Ödnis in Ocker.



Dach des Kirschgarten-Schulhauses: Eine attraktive Begrünung sähe anders aus. Fotos: Dominik Plüss



Das Bau- und Verkehrsdepartement an der Dufourstrasse, von oben betrachtet: eine Ödnis in Ocker.



Das Flachdach des neu erbauten Amtes für Umwelt und Energie beim Fischmarkt: eine Ödnis in Braun.

Ähnlich trist ist die Situation auf dem Dach des Kirschgarten-Schulhauses: Eine attraktive Begrünung, die diesen Namen verdient, sieht anders aus. Noch krasser das Bild, das sich einem bietet, wenn man den Spiegelhof, Sitz des Justiz- und Sicherheitsdepartements, aus der Luft betrachtet: Das Flachdach gleicht einer Flugpiste aus Beton. Begrünung? Sie existiert nicht mal im Ansatz.

Läuft da etwas schief? Erfüllt Basel seine eigenen gesetzlichen Vorgaben nicht?

Eine erstaunliche Antwort kommt von Stephan Brenneisen, Leiter der Forschungsgruppe Stadtökologie an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Brenneisen ist so etwas wie ein Guru für Flachdach-Begrüner, ein ausgewiesener Experte, der unter anderem



Der Spiegelhof, Sitz des Justiz- und Sicherheitsdepartements: Das Dach gleicht einer Flugpiste aus Beton. Bald soll es begrünt werden.

auch die Basler Stadtgärtnerei berät.

Brenneisen sagt, viele Flachdächer sähen zwar tatsächlich so aus, als wären sie bloss spärlich mit Moos bewachsen. Doch der Eindruck täusche. «Basel ist so etwas wie die Welthauptstadt der Dachbegrünung», sagt er. 46 Prozent aller rund 6000 Flachdächer der Stadt seien bereits mit einer Vegetationsschicht bedeckt. Allerdings habe diese meist noch ein geringes Wasserspeichervermögen und trockne früh aus. Die heute empfohlene minimale Humus-Mindestschichtdicke von zwölf Zentimetern sei deshalb auf 15 Zentimeter zu erhöhen, empfiehlt der Fachmann.

Auch nach Ansicht von Emanuel Trueb, Leiter der Stadtgärtnerei, ist das Basler Flachdachparadies noch lange nicht verwirklicht, die 46-Prozent-Quote nicht zufriedenstellend. «Es gibt noch viel zu tun», sagt er in seinem Büro im BVD-Verwaltungsgebäude an der Dufourstrasse. «Auf manchen Dächern wachsen heute noch eher anspruchslose, robuste Pflanzen, zum Beispiel Dickblattgewächse wie das Sedum oder die Hauswurz. Das Pflanzensubstrat ist

mager und kiesig, denn ursprünglich wollte man zusätzlichen Lebensraum für Pflanzen und Insekten schaffen, um einen Beitrag zur Artenvielfalt zu leisten.»

Eine braune Vegetation auf dem Dach, wie sie dieser Tage zu sehen ist, bedeute aber nicht, dass sie tot sei. «Die Pflanzen versamen. Sobald die Trockenheit vorbei ist, beginnen sie wieder zu wachsen.»

Angestrebt werde heute jedoch ein neuer Begrünungstypus, sagt Trueb: «Flachdächer sollen einen Beitrag zur Schwammstadt liefern, also Wasser zurückhalten und so einen kühlenden Effekt aufs Stadtklima haben. Ideal dazu wäre eine höhere Humusschicht, wie sie Stadtökologe Brenneisen empfiehlt.»

Jetzt kommt Trueb fast schon ins Schwärmen: «Man könnte auf Flachdächern, sofern sie nicht höher als etwa 60 Meter über dem Boden liegen, sogar Bäume pflanzen. Dazu müsste allerdings die Statik der Gebäude entsprechend ausgelegt sein.» Im Prinzip könne man künftig sogar «jedes neue Tramhäuschen begrünen, vorausgesetzt, die Konstruktion ist entsprechend stabil».

Nun setzt man in Basel ja auch vermehrt auf erneuerbare Energien. Zum Beispiel mit Solarzellen auf dem Dach. Kommen sich da ökologische und energietechnische Ziele in die Quere? Trueb verneint: «Die Installation von Fotovoltaikanlagen und eine Dachbegrünung schliessen sich nicht aus. Wenn Solarzellen nicht direkt am Boden ausgelegt, sondern als Paneelen installiert werden, hat es genügend Platz für eine Begrünung.»

Vorbildliches Biozentrum

Bleibt die Frage: Sollte nicht gerade das BVD mit gutem Beispiel vorangehen und auf dem Flachdach der Liegenschaft, in der es domiziliert ist, mehr Grün wagen? Ein erster Schritt sei bereits gemacht, sagt Trueb. Er führt uns an ein Fenster: «Da, schauen Sie», sagt er und zeigt auf eine etwas versteckte Dachfläche. Dort wächst Gras, altes Holz ist aufgeschichtet. Es sieht tatsächlich schon mehr nach Garten als nach Wüste aus.

Auch auf dem Dach des Spiegelhofs ist ein Ende der Tristesse absehbar: Im Rahmen einer Dachsanierung werden in nächster Zeit rund 1400 Quadratmeter begrünt und weitere 700 Quadratmeter Fläche mit einer Fotovoltaikanlage versehen.

Vorbildlich gestaltet ist übrigens das Flachdach des neuen Biozentrums an der Spitalstrasse. Hier hat der Verein Dachbegrünung Region Basel Hand angelegt und auf 73 Meter Höhe eine Art kleinen Park eingerichtet, auf dem es spriesst und wächst, kreucht und fleucht.

Anfänglich lagen auf dem Biozentrum-Dach auch Kieselsteine. Raben schnappten sie sich und liessen die Steine in die Tiefe sausen, wo sie Schäden an Glasplatten verursachten, die rund ums Biozentrum im Boden eingelegt sind. Die Lösung des Problems war schnell gefunden: Man legte einen Rasenteppich über die Steine. Seither herrscht Ruhe – und das Grün gedeiht.

«Man könnte auf Flachdächern sogar Bäume pflanzen.»

Emanuel Trueb
Leiter Stadtgärtnerei Basel

Region

Kletterpflanzen an Fassaden sind heikel

Grüne Architektur Viele ungenutzte Dachlandschaften sind bepflanzt und haben einen positiven Einfluss auf das Stadtklima. Für die Begrünung sind zwar auch vertikale Gebäudeflächen geeignet. Sie bergen aber Tücken.

Seraina Graf

Auf vielen Flachdächern in Basel geht es lebendig zu und her: Moos, Blumen, Spinnen und Käfer finden dort oben ein Zuhause. Seit 1999 besteht in Basel die gesetzliche Pflicht, ungenutzte Dachflächen von über zehn Quadratmetern zu begrünen. Dies gilt sowohl für Neubauten als auch für Gebäude, die saniert werden. Heute sind laut Stefan Brenneisen, Leiter der Forschungsgruppe Stadtökologie an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, 46 Prozent der rund 6000 Flachdächer in Basel begrünt.

Nicht nur in der Horizontale, sondern auch in der Vertikale sind in der Stadt zahlreiche ungenutzte Flächen zu finden. Karge Gebäudefassaden tragen im Sommer dazu bei, dass sich die Stadt aufheizt, und sind darüber hinaus nicht besonders ästhetisch. Im Vergleich zu den Flachdächern ist für diese Flächen im Basler Bau- und Planungsgesetz jedoch keine Begrünungspflicht festgehalten.

Schlingen und haften

Laut Emanuel Trueb, Leiter der Stadtgärtnerei Basel, sind aber vertikale Flächen – wie beispielsweise Brandmauern, die das Übertreten von Feuer auf das nächste Gebäude verhindern sollen – für die Begrünung geeignet. Für die Fassadenbegrünung gibt es laut Trueb zwei Arten von Kletterpflanzen: diejenigen, die sich dank Haftwurzeln oder -zäpfchen selbst an der Wand festhalten (sogenannte Selbstklimmer), und Schlingpflanzen, die an einem Rankerüst hochwachsen. «Bei den Selbstklimmern entfällt eine Trag- oder Kletterkonstruktion, was alles sehr viel einfacher macht», ordnet er ein und fügt hinzu: «Allerdings stören sich viele Leute an den Haftwürzelchen und fürchten eine Beschädigung des Verputzes.»

Trueb nennt weitere Punkte, die einer Fassadenbegrünung widersprechen können. So sei an Gebäuden, die unter Denkmalschutz stehen oder – wie es heute



Die Glyzinienallee an der Johanniterbrücke ist ein Projekt des Vereins Ökostadt Basel. Foto: Nicole Pont

«Offener Boden wie in Vorgärten und grosse Bäume sind ein besserer Klimavorteil.»

Katja Hugenschmidt
Präsidentin Ökostadt Basel

vermehrt der Fall ist – grosse verglaste Flächen aufweisen, oftmals keine Begrünung möglich.

Waldreben und Glyzinien

Die Begrünung von Fassaden funktioniert grundsätzlich anders als die Dachbegrünung. «Auf Dächern haben Pflanzen eine dünnschichtige, bodenähnliche und durchwurzelbare Auflage auf der ganzen Fläche. Für die Begrünung einer Fassade

werden klassischerweise Kletterpflanzen eingesetzt, die im Boden verwurzelt sind und an den Mauern in die Höhe wachsen», benennt Stefan Brenneisen den Hauptunterschied. Der positive Einfluss auf das Stadtklima beider Varianten sei vergleichbar. Jedes Pflanzenblatt trage durch Verdunstung von Wasser dazu bei, dass die Luft gekühlt werde.

Für die klassische Fassadenbegrünung sind laut Brenneisen

Kletterpflanzen wie Waldreben, Efeu, Hopfen und Kletterrosen beliebt. «Sehr viele der heute eingesetzten Kletterpflanzen sind aber nicht einheimisch», sagt er und nennt als Beispiel Glyzinien. Diese auch als Blauregen bekannten Pflanzen wachsen seit Jahrzehnten an mehreren Hausfassaden an der Feldbergstrasse. Das Projekt Glyzinienallee hat der Verein Ökostadt Basel in den 1990er-Jahren lanciert.

Katja Hugenschmidt, langjährige Präsidentin des Vereins, nennt zwei Gründe, weshalb im Vergleich zur Dachbegrünung nur wenige Projekte für Fassaden bestehen: Fassadenbegrünungen sind nicht gesetzlich vorgeschrieben und brauchen sehr viel Pflege. Vor allem Kletterrosen, wie sie Ökostadt Basel 2005 an der Elsässerstrasse gepflanzt hat, seien nicht pflegeleicht. Andere Kletterpflanzen wie Efeu oder Wilder Wein gedeihen laut Hugenschmidt zwar ohne grossen Aufwand, verwachsen aber auch mit allem, was ihnen in die Quere kommt. So können sie rasch und unkontrolliert wuchern. «Die Fassadenbegrünung hat ihre Tücken und muss klug geplant werden», fasst sie zusammen.

Vorgaben und Vorteile

Die Begrünungspflicht auf ungenutzte Fassaden auszuweiten, hält Hugenschmidt für wenig sinnvoll. «Offener, das heisst bepflanzt Boden wie in grünen Vorgärten oder Hinterhöfen und vor allem genug grosse Bäume sind ein besserer Klimavorteil als begrünte Fassaden.»

Brenneisen ist anderer Meinung. Gesetzliche Vorgaben zur Fassadenbegrünung seien «in Anbetracht der dringend notwendigen Klimaanpassung von Basel mehr als ein Gebot der Stunde».

Obschon für Fassaden keine Begrünungspflicht besteht, hat sich die Basler Regierung im Rahmen des Stadtklimakonzepts vorgenommen, vertikale Grünflächen zu fördern. Neben der Feldbergstrasse ist im Massnahmenkatalog auch das Einkaufszentrum Stüchi als Vorzeigebispiel aufgeführt.

Wissen

Stadt kühlen? Schwamm drunter!

Innovation wegen Klimawandel Zubetonierte Gebiete heizen sich auf, Niederschläge überfluten die Kanalisationen. Forschende erklären, wie die Speicherung von Regenwasser gegen Hitze und Fluten in Städten helfen kann.

Barbara Reye (Text) und **Mathias Bader** (Infografik)

Das Schwitzen hat vorerst noch kein Ende. «Bis zum Wochenende bleibt es heiss», sagt Stephan Bader von Meteo Schweiz. Besonders an einigen Hotspots in den Städten sind Temperaturen von über 45 Grad Celsius keine Seltenheit mehr. Vor allem die Dauer der Hitzeperioden ist im laufenden Sommer aussergewöhnlich.

Ein Jahr zuvor gab es das andere Extrem: Im Juli 2021 trat aufgrund heftiger, lang anhaltender Regenfälle der Zürichsee etwa am Bellevue über die Ufer, in Luzern mussten mobile Dammschläuche zum Schutz der Stadt aufgestellt werden, in Belinzona wurde ein Kindergarten rund eineinhalb Meter hoch mit Wasser sowie Schlamm überschwemmt und unbenutzbar gemacht, in Basel die Rheinschiffahrt zum Teil blockiert.

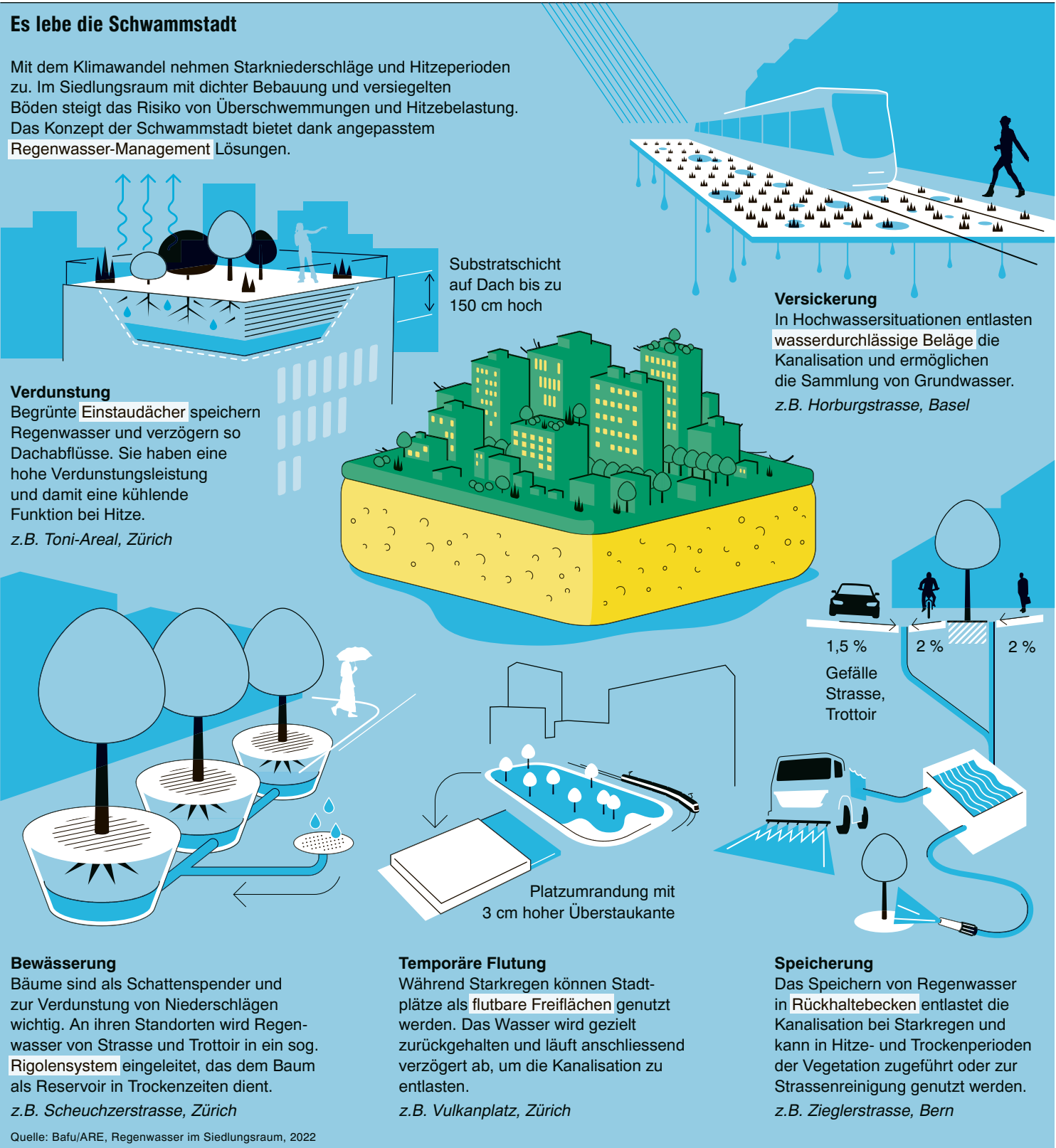
Durch den Klimawandel häufen sich Extremereignisse wie Starkniederschläge, längere Hitze- und Trockenperioden. Um die damit verbundenen Risiken wie Überschwemmungen sowie extrem heisse und trockene Sommer in den dicht bebauten Gegenden besser in den Griff zu bekommen, suchen Architekten, Ingenieurinnen, Stadtplaner, Landschaftsarchitektinnen, Behördenvertreter und Biologinnen gemeinsam nach neuen Lösungen mit deutlich mehr und klimaangepassten Pflanzen und einem besseren Regenwassermanagement.

60 Prozent versiegelt

An immer mehr Orten in der Schweiz setzen die Fachleute deshalb auf das Prinzip der sogenannten Schwammstadt, die aufgrund von städtebaulichen Massnahmen sowie genug Grünflächen viel mehr Wasser aufnehmen und bei Bedarf auch wieder abgeben kann. «Es gibt dort temporär flutbare Freiflächen wie Skater- oder Sportanlagen, viele bepflanzte Dächer und Parks, aber auch unterirdische Auffangbecken für Starkniederschläge», sagt die Landschaftsarchitektin Cordula Weber.

Weber hat die im Auftrag des Bundesamts für Umwelt (Bafu) mit weiteren Experten den vor kurzem veröffentlichten Bericht «Regenwasser im Siedlungsraum» erstellt und stellt darin das Konzept der Schwammstadt mit Beispielen im In- und Ausland vor. Mit einer gezielten intensiven Begrünung zum Beispiel der Dächer und mit Wasser-rückhalt fördernde man den Kühl-effekt, indem die Vegetation Wasser verdunstet sowie grössere Pflanzen gleichzeitig auch Schatten spenden.

In der Schweiz sind insgesamt mehr als 60 Prozent der Siedlungsflächen versiegelt, was einen direkten Einfluss auf die Entwässerung und auf das dort herrschende Mikroklima hat. Zum einen kann das Wasser nicht versickern, sodass bei heftigen Regengüssen die Gefahr von überfluteten Strassen oder Kellern steigt. Zum anderen sorgen an heissen Sommertagen der Asphalt und der Beton für Hitzeinseln mit zum Teil gesundheits-



gefährdenden Rekordtemperaturen. Denn die Sonnenstrahlung wird dort stark absorbiert, und oft können zwischen den hohen Gebäuden in dicht verbauten Gebieten erfrischende Winde nur schlecht zirkulieren.

In Basel, Zürich, Bern, St. Gallen, Luzern, Winterthur, Zug, Freiburg, Lausanne, Sitten und auch in Genf werden nun immer häufiger auch Elemente der Schwammstadt umgesetzt. «Man muss vermehrt mit der Natur anstatt gegen sie arbeiten», sagt Peter Bach vom Wasserforschungsinstitut Eawag, der unter anderem bei der städtebaulichen Planung des neuen, nachhaltigen Berner Stadtquartiers Viererfeld/ Mittelfeld dabei ist. Er setzt sich dafür ein, dass beispielsweise das gesammelte Regenwasser für die Bewässerung oder den Alltagsgebrauch verwendet werden kann.

Wassertanks auf Dächern

In der australischen Stadt Melbourne, wo Bach früher mehrere Jahre geforscht hat, hatten viele bereits Wassertanks auf Dächern oder Regentonnen im Garten für Trockenperioden. Aber auch in anderen Ländern in

Auch der Schweiz droht bei Hitze und Dürre das Wasser auszugehen.

Europa wie etwa Griechenland werde dies seit Ewigkeiten praktiziert, fügt er hinzu. Für grössere Projekte in Schweizer Städten modelliert er, wie man durch naturbasierte Lösungen die enormen Mengen an Wasser nutzen kann, um Lebensqualität und Nachhaltigkeit zu steigern, anstatt wie gewohnt zu entwässern.

«Von China haben wir das erst seit 2013 existierende Konzept Schwammstadt kopiert, um beispielsweise dank den sogenann-

ten Urban Wetlands Wasser vorübergehend zu speichern und überschüssige Niederschläge aus Wohn- und Gewerbegebieten über Notwasserwege auf weniger sensible Flächen zu leiten», sagt Stefan Stevanovic von der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) in Wädenswil.

Als Vorbild dient Wuhan

Stevanovic ist in Luzern am Projekt für eine wassersensible Stadtentwicklung beteiligt. Wuhan, die chinesische Metropole der 100 Seen, gehöre zu den Pionieren, da sie zuvor aufgrund der sehr raschen Verstädterung noch viel stärker als früher unter Staunässe gelitten habe. Fast die ganze Stadt solle nun bis 2030 wassersensibel umgebaut werden. Dies bedeutet, dass das Regenwasser speziell während des Monsuns versickern oder verdunsten kann beziehungsweise gespeichert, zurückgehalten oder umgeleitet wird.

Solche Strategien werden in Städten wie Kopenhagen, Berlin, Hamburg, Rotterdam, Lyon und Wien bereits umgesetzt. «Das Problem bei uns ist, dass wir im Wasserschloss Europas zwar im

Durchschnitt vermutlich auch in Zukunft noch genug Wasser haben werden», sagt Weber. Doch aufgrund der schwindenden Gletscher und geringeren Schneemengen müsse man auch hierzulande damit rechnen, dass es während Hitze- und Trockenperioden im Sommer vorübergehend viel zu wenig davon habe und das Wasser insbesondere für die kühlenden Pflanzen somit fehle. Die Extreme nehmen zu.

Rationiertes Duschen

Auch in der Schweiz haben mehrere Gemeinden bereits zum Wassersparen aufgefordert. «Wir erleben die Folgen der Klimaerwärmung derzeit hautnah», sagt Bader. So sei dafür etwa die Häufung der Hitzeperioden, feststellbar durch simples Zählen, eines der ganz klaren Signale.

Im französischen Jura sei die Situation nochmals extremer als bei uns. Dort welken nicht nur die Blumen im Garten, weil sie nicht mehr gegossen werden dürfen. Das zuständige Departement diskutierte gerade, ob man das Wasser in den Haushalten rationieren solle. Dann könne man etwa nur noch zu bestimmten Zeiten duschen.

Kultur & Gesellschaft

Der Abriss gerät in Verruf –
die Schweiz entdeckt den Umbau

Essay Der Neubau galt lange als Königsweg zur Verdichtung. Doch 500 Kilo Bauschutt pro Sekunde passen schlecht zu Klimaschutz und Denkmalpflege. Nun denken Architektinnen und Architekten um.

Andres Herzog

Am Anfang der Limmatstrasse in Zürich werden zurzeit rund ein Dutzend Bauten dem Erdboden gleichgemacht und neu gebaut. Sobald sich der Staub gelegt hat und der Baulärm verstummt ist, fällt das aber den wenigsten auf. Entstanden sind keine Hochhäuser, sondern Blockrandbauten, die sich zum Teil kaum von ihren Vorgängern unterscheiden – abgesehen von den höheren Mietpreisen und den grösser geschnittenen Grundrissen.

Die Abbruchdebatte entzündet sich meistens an öffentlichen Wahrzeichen wie der Zentralbibliothek in Luzern oder dem Kongresshaus in Zürich, die in den letzten Jahren nach Protesten umgebaut statt rückgebaut wurden. Die meisten Häuser aber verschwinden sang- und klanglos. Niemand kettet sich an ihre Stützen, wenn die Abrisszange zubeisst. Dabei ist ihr Verschwinden häufig ein Verlust – und das in mehrfacher Hinsicht.

Vieles begünstigt den Rückbau

Das Bauen ist eine gewaltige Materialschlacht. 500 Kilogramm Baumaterial werden in der Schweiz jede Sekunde ausgebrochen, abgetragen oder weggesprengt. Am stärksten betroffen waren lange Zeit Häuser aus den 1920er-, 30er- und 40er-Jahren. Immer mehr rücken jedoch die Nachkriegsbauten in den Fokus. Und selbst bei den jüngeren Gebäuden, die noch keine 50 Jahre stehen, steigt die Abbruchquote kontinuierlich an.

Es gibt viele Gründe, die eine Bauherrschaft zum Ersatzneubau bewegen, allen voran die Ökonomie. Wenn die Sanierungskosten 70 Prozent eines Neubaus übersteigen, lohnt sich ein Ersatz, lautet eine Faustregel. Umso mehr, wenn es eine Nutzungsreserve gibt, man also mehr bauen darf, als bereits gebaut ist. Auch Energievorschriften, Komfortansprüche, Behindertengerechtigkeit oder das Verdichtungsgebot begünstigen den Rückbau.

Der Ersatzneubau setzt eine gute Portion Optimismus und ein wenig Arroganz voraus: Wir können das besser als damals. Einst wollte man deshalb sogar die Zürcher Altstadt abreißen. Vor allem aber ist ein Abbau die bequemere Lösung, weil man sich nicht mit den Unsicherheiten und Überraschungen eines Altbaus auseinandersetzen muss. Doch auch mit einem Umbau, einer Erweiterung oder einer Aufstockung lassen sich die Ziele oft erreichen.

Vor zehn Jahren war die Tabula-rasa-Lösung hoch im Kurs. Damals galt sie als Allheilmittel, um den Energieverbrauch zu reduzieren und das Bevölkerungswachstum aufzunehmen. «Das Stadtwachstum wurde zu einem grossen Teil mit Ersatzneubau bewältigt», heisst es in der Studie «Zürich baut sich neu» von 2015. Bereits damals wohnten 7 Prozent der Stadtbevölkerung in einem Ersatzneubau.

Heute haben sich die Vorzeichen umgekehrt, der Zeitgeist ge-



Niemand kettet sich an ein gewöhnliches Wohnhaus, wenn die Abrisszange zubeisst: Schweizergasse, Basel. Foto: Leon Faust (Countdown 2030)

dreht. Der Abbruch ist immer stärker negativ konnotiert, wie etwa die Auseinandersetzung um die Überbauung auf dem Maag-Areal in Zürich zeigt, für die im August das Bagesuch eingereicht wurde. Das liegt in erster Linie am Klimaschutz, der die Anforderungen an das Bauen verschoben hat. Weil Gebäude im Betrieb immer sparsamer werden, gewinnen die graue Energie und die Treibhausgase der Erstellung an Bedeutung. Wer ein Haus umbaut statt abreisst, spart viele CO₂-Emissionen ein, weil der grösste Teil davon in der Tragstruktur steckt.

Auch Fragen um Ressourcenknappheit und Kreislaufwirtschaft sprechen für den Umbau. Laut dem Bundesamt für Umwelt werden rund 70 Prozent der Rückbaumaterialien wiederverwertet. Der Rest wird auf Deponien gelagert oder verbrannt.

Wichtige Zeitzeugen gehen verloren

Die Bauwirtschaft hat Fortschritte gemacht, zum Beispiel beim Recycling-Beton. Bauteilbörsen bieten ganze Elemente wie Stützen, Fenster oder Toiletten zur Wiederverwendung an. Doch

der Weg zu einem kreislaufgerechten Bauen ist noch weit. Am sparsamsten ist es immer noch, umzubauen – oder gar nicht zu bauen.

Es gibt neben der Ökologie noch andere Gründe, die für den Umbau statt den Abbruch sprechen. Die Bauten der Boomjahre kommen langsam in ein Alter, in dem die Bauherrschaft entscheiden muss: Totalsanierung oder Ersatzneubau. Da diese Epoche oft noch nicht auf dem Radar der Denkmalpflege ist, gehen wichtige Zeitzeugen verloren. Doch selbst durchschnittliche Bauten

erzählen die Geschichte eines Ortes. Ein Abbruch löscht diese Erinnerungen aus.

Selbstverständlich gehört der Wandel zum Lauf der Zeit. Städte verändern sich und sollten nicht konserviert werden wie Ausstellungsobjekte in einem Museum. Der Abbruch ist Teil des Lebenslaufs des Bauwerks Schweiz.

Wer Neues schaffen will, muss Altes zerstören, wenn das Siedlungsgebiet nicht auf der grünen Wiese wuchern soll. Viele Bauten können nur schlecht weitergenutzt werden, weil ihre Struktur unflexibel oder marode ist. Und leer stehende Gammelhäuser bringen auch dem Klima nichts. Es braucht oft einen Neuanfang.

Eine Architektur mit mehr Tiefe

Doch Umbauen bedeutet nicht Stillstand. Immer mehr Bauherren und Architektinnen entdecken deshalb die Lust am Bestand, auch wenn dieser kein Denkmalobjekt ist. Früher machte die Architektin oder der Architekt Tabula rasa, um eigene Ideen zu verwirklichen. Heute kann man sein Prestige steigern, indem man sich in das Vorhandene eindeckt und den Faden weiterspinnt. Die französischen Architekten Anne Lacaton und Jean-Philippe Vassal haben sich einen Namen gemacht als Weiterbauer und dafür 2021 den renommierten Pritzker-Preis erhalten.

Auch die Schweiz entdeckt den Wert der Transformation. Es ist kein Zufall, dass die Zeitschrift «Hochparterre» letztes Jahr beim Architektur-Preis «Die Besten» allesamt Umbauten prämierte. Der Spielraum ist gross. Das Kurtheater in Baden wurde renoviert und angebaut, eine Schule in Cham aufgestockt und erweitert, die ein Kilometer lange Wohnsiedlung Le Lignon in Genf wieder fit gemacht für die Zukunft. In Winterthur wurde ein Industriegebäude mit alten Bauteilen aufgestockt. Und in Aarau eine ehemalige Reithalle in ein Konzert- und Theaterhaus transformiert.

Eine Umbaukultur führt zu vielschichtigeren Projekten, zu einer Architektur mit mehr Tiefe. Und sie begünstigt oft Lösungen und Räume, die bei einem Neubau nicht möglich wären. BHSF-Architekten haben in Bern ein Lagergebäude in ein Wohnhaus für die Genossenschaft Warmbächli umgebaut. So entstanden 4,5 Meter hohe Wohnräume, die sich zum Teil über 20 Meter durch das Gebäude erstrecken. Dabei war der Bestand kein Architekturjuwel. Doch nur schon seine Dimensionen haben neue Möglichkeitsräume eröffnet.

Künftig könnten auch die Baugesetze den Umbau begünstigen, zum Beispiel wenn für eine Baubewilligung auch die graue Energie des Bestandes mit einbezogen werden muss. So könnte nur noch abbauen, wer besonders schonend baut. Auch dann wird es keine einfache Antwort geben auf die Frage: Abbruch oder nicht Abbruch? Wie auch immer diese ausfällt, sie sollte gut begründet sein.

«Die Schweiz: Ein Abriss»: Ausstellung in Basel will Bevölkerung wachrütteln

Das Schweizerische Architekturmuseum in Basel zeigt bis zum 23. Oktober eine Abriss-Ausstellung, die den üblichen Rahmen sprengt. Organisiert hat sie der Verein «Countdown 2030», den Architektinnen und Architekten vor drei Jahren in Basel gegründet haben und der für eine klimabewusste Baukultur kämpft.

«Die Schweiz: Ein Abriss» lautet der Titel der Schau. Sie stellt keine Projekte oder Lösungen vor, sie will die Bevölkerung wachrütteln.

Videos zeigen, wie das Bauwerk Schweiz rückgebaut wird. Balken und Kurven stellen die Kennwerte zu CO₂ und Materialströmen dar. Am Schluss kann eine Petition unterzeichnet werden, die unter anderem den Abriss als Ausnahme fordert und die das Kuratorenteam in Bern einreichen will.

Das Team hat mehrere Begleitaktionen ins Leben gerufen. Auf der Website Abriss-atlas.ch kann jeder und jede ein Gebäude hochladen, dem der Abbruch

droht. Plakate sollen auf Baustellen auf die Vorzüge des Umbauens und Sanierens hinweisen, Spaziergänge an verschiedenen Orten zu den abbruchbedrohten Bauten führen. «Countdown 2030» baut eine partizipative, kollaborative, aktivistische Schau zwischen Internet, Museum und realer Welt. Damit spricht der Verein eine jüngere Generation an, die nicht Vorbilder und Lehrmeinungen sucht, sondern Debatten anstossen und die Umwelt verändern will. (ah)

In 15 Jahren müssen die Basler CO₂-neutral sein

Klimagerechtigkeitsinitiative Die Mehrheit des Grossen Rats unterstützt den Kompromiss «Netto null 2037».

Leif Simonsen

Wenn im Grossen Rat Weltuntergangsszenarien gewälzt werden, dann geht es entweder um Parkplätze, um Velofahrer – oder ums Klima. Gestern stand Letzteres auf dem Programm. Es ging darum, was der kleine Kanton Basel-Stadt gegen den Klimawandel tun kann. Und vor allem wie schnell. Die Initianten der Klimagerechtigkeitsinitiative sind der Meinung, wir dürften gar keine Zeit verlieren. Sie wollen, dass der Ausstoss an Treibhausgasemissionen auf dem Kantonsgebiet bis 2030 auf netto null gesenkt wird. Heisst: Es darf nicht mehr CO₂ ausgestossen werden, als durch natürliche und technische Speicher aufgenommen werden kann.

Das ist sehr ambitioniert. Gestützt auf Untersuchungen des Bundes verursacht ein Basler jährlich über 16 Tonnen CO₂, davon rund 13 Tonnen im Ausland. Etwa, indem er Kleider aus Vietnam kauft oder Tomaten aus Spanien. Indem seine Pensionskasse Investitionen in anderen Ländern tätigt oder er mit dem Flieger in die Ferien reist. Nur rund 3,5 Tonnen CO₂ werden pro Person auf dem Kantonsgebiet verursacht. Hier soll der Hebel angesetzt werden. In der Verfassung soll verankert werden, dass der Kanton «im Rahmen seiner Kompetenzen» dafür sorgt, dass der Ausstoss an Treibhausgasemissionen auf null gesenkt wird und dass die Verwaltung «verbindliche Absenkpfade» definiert.

Kanton als Geisterfahrer

Ein derart straffer Zeitplan ist in den Augen der SVP sowie einzelner Vertreter der LDP jenseits von Gut und Böse. SVP-Sprecher Beat Schaller beispielsweise ärgerte sich über die «Geisterfahrt» des Stadtkantons, der gleichzeitig das Gefühl habe, alle anderen befänden sich auf einer Geisterfahrt. «Schauen Sie sich um: Die ganze Welt baut Kernkraftwerke, aber bei uns herrscht ein Technologieverbot.» Mit der Initiative würden Zahlenspielerereien gemacht, aber das Klima würde dadurch nicht geändert. Und überhaupt



Der trockene Sommer hat einigen Politikern vor Augen geführt, wie schnell etwas gegen den Klimawandel getan werden muss. Foto: Dominik Plüss

könne er der überhitzten Debatte nichts abgewinnen. In den vergangenen 90 Jahren sei die Zahl der Klimatoten weltweit um 95 Prozent gesunken.

Und André Auderset behauptete, die Menschen hätten andere Sorgen als den Klimawandel. Eine Verankerung des Netto-null-Ziels in der Verfassung könne gar zur Folge haben, dass auf «undemokratischem Weg» Massnahmen ergriffen würden. «Wie man der

Eine Mehrheit bis hin zur FDP und der LDP unterstützten jedoch eine Verfassungsänderung. Uneinig war Mitte-links indes darüber, welches Tempo bei der Umsetzung der Netto-null-Vorgabe angestrebt werden sollte.

Bemerkenswert: Der selbst ernannte Klimaturbo, Regierungspräsident Beat Jans (SP), warb dafür, das Ziel um zehn Jahre nach hinten zu verschieben. Der Gegenvorschlag sieht zwar ebenfalls vor, dass die Verwaltung bis 2030 klimaneutral wird. Jans vertrat aber den Standpunkt, dass das Netto-null-Ziel für die gesamte Bevölkerung in den nächsten rund sieben Jahren nicht erreichbar sei. «Das kann man auf demokratischem Weg nicht sozialverträglich hinbekommen». Allein der Ausbau des Fernwärmenetzes brauche Zeit bis 2037. Auch sei davon auszugehen, dass

2030 «noch viele Autos mit Verbrennungsmotoren» herumfahren würden. Für die regierungsrätliche 2040er-Variante konnte Jans jedoch nur die FDP und die LDP gewinnen.

Schicksal der Dinosaurier

Der Mehrheit im Grossen Rat ist dieses Ziel zu wenig ambitioniert. Besonders die Grünen machten deutlich, was hier auf dem Spiel steht. Raffaella Hanauer sah, sollten keine Massnahmen ergriffen werden, das Ende der Menschheit vorher – analog zum Aussterben der Dinosaurier. Der Unterschied sei allerdings, dass die Klimaerwärmung menschengemacht sei und deshalb die Katastrophe noch abgewendet werden könne. Den Ernst der Lage betonte auch SP-Sprecher Daniel Sägesser. Seine Fraktion plädierte jedoch für die Variante «Netto null 2037». Es

handle sich vor dem Hintergrund des Energiegesetzes und dem Verbot der Ölheizungen in Basel-Stadt um ein «konsequentes» Ziel.

Die Mehrheit (54 zu 38 Stimmen) des Grossen Rats empfahl letztlich die Initiative zur Annahme. Noch deutlicher war die Empfehlung aber für den Gegenvorschlag, den die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission ausgearbeitet hatte. Bei einem doppelten Ja empfahlen die Parlamentarier grossmehrheitlich, das Ziel «Netto null 2037» in der Verfassung zu verankern.

Und nach einer über dreistündigen Debatte konnte auch Grossratspräsidentin Jo Vergeat endlich aufatmen. Sie sei tapfer gewesen, meinte Vergeat. Nicht etwa, weil die Diskussion so lange gedauert habe. Sondern weil sie am liebsten selbst mitgeredet hätte.



Grosser Rat

Berichterstattung aus dem Rathaus

Initiative nur im Ansatz zustimmen kann, kann ich nicht nachvollziehen», meinte der LDPlar, der entgegen der Mehrheit seiner Fraktion gar nichts in der Verfassung verankern wollte.

Basel Stadt Land Region

Darüber streiten die Klima-Initianten mit dem Basler Gewerbeverband

Haben wir genug Leute für netto null? Der Fachkräftemangel wird zum grossen Problem für die Basler Klimagerechtigkeitsinitiative. Die Befürworter glauben, mit einer Ausbildungsoffensive liesse es sich beheben.

Katrin Hauser

Wenn Basel-Stadt bis in sieben Jahren CO₂-neutral sein will, muss das lokale Handwerksge-
werbe ganz schön viele Häuser isolieren, Heizungen ersetzen und Solarpanels installieren. Ausgerechnet aus diesen Branchen hört man nun aber, dass die Klimagerechtigkeitsinitiative, über die wir Ende November abstimmen, sozusagen nicht umzusetzen sei.

In Anbetracht des Fachkräftemangels sei das Ziel, bis 2030 CO₂-neutral zu werden, «ein Ding der Unmöglichkeit», sagt Rosi Wohlgemuth, die Präsidentin von Suissetec Nordwestschweiz, gegenüber dieser Zeitung. Sie vertritt Firmen, die sich etwa um das Ersetzen von fossilen Wärmeanlagen oder das Erneuern und Isolieren von Dächern und Wänden kümmern. Ähnlich klingt es aus der Solarbranche.

Die Ausbildungsoffensive

Haben die Initianten den Fachkräftemangel unterschätzt, als sie ihre Initiative lancierten?

Nein, heisst es auf Anfrage. Man habe schon früh mit dem Gewerbeverband Gespräche geführt, «um eine Ausbildungsoffensive gegen den Fachkräftemangel zu lancieren», schreibt Agnes Jezler, Mediensprecherin der Initiative. Sie ist überrascht ob der Kritik des Gewerbes. Besonders, dass sich der Basler Gewerbeverband als lokaler Vertreter der Branche gegen die Initiative und den Gegenvorschlag («Netto null bis 2037») einsetzt, missfällt den Initianten. «Wir haben den Eindruck, dass der Basler Gewerbeverband mit seinem Stemma gegen Veränderungen gerade wichtige Chancen für das lokale und regionale Gewerbe verpasst.»



Der Fachverband Swissolar geht davon aus, dass die heute installierte Fotovoltaikleistung bis 2030 verzehnfacht werden müsste, um das Ziel der Initianten zu erreichen. Foto: Keystone

Die Initianten sind der Meinung, dass sich der Fachkräftemangel mit einer Ausbildungsoffensive in den betroffenen Branchen lösen liesse. Sie wollen Lehrlinge, «insbesondere mehr Mädchen», dazu motivieren, eine Ausbildung zur Gebäudetechnikerin oder Elektrikerin anzugehen. Auch brauche es dringend eine Ausbildungsoffensive für Quereinsteiger. Nur: Reicht das? Wie viele Fachkräfte verspricht man

sich von der geplanten Ausbildungsoffensive konkret? Dazu will Jezler noch nichts sagen. Man sei gerade in der Projektarbeit. Um Details zu nennen, sei es noch zu früh. Sie erhofft sich dabei die Unterstützung des lokalen Gewerbes. «Statt sich selbst kleinzumachen, sollte der Gewerbeverband mitziehen und etwa die Gebäudetechnik kreativ als Branche mit Zukunft positionieren.»

Dass nun Klimaaktivisten dem Gewerbe bei der Ausbildungsoffensive helfen wollen, stösst beim entsprechenden Verband auf wenig Begeisterung. «Die Ausbildungsoffensive wird nicht von den Initianten im Theoriesaal, sondern von den zahlreichen Unternehmen im Bauhaupt- und Baunebengewerbe sowie ihren Branchenverbänden in der Praxis vorangetrieben», schreibt dessen Mediensprecher Daniel Schindler.

Ihm sei überdies nichts bekannt von Gesprächen zwischen den Initianten und dem Verband.

Langsame Behörden

Eine rasche Lösung des Fachkräftemangels sei schlicht nicht möglich, so Schindler weiter. Die Ausbildung zum Solarspezialisten (Monteure von Solarpanels oder auch Bauleiter, die grössere Solarprojekte umsetzen) starte voraussichtlich 2024. «Die ersten

ausgebildeten Solarspezialisten werden also frühestens 2027 auf den Arbeitsmarkt kommen.»

Nicht alle Firmen und Verbände teilen die Einschätzung des Basler Gewerbeverbands. Der Präsident der Schweizer Sanitär- und Heizungsfachleute, Markus Ribi, etwa sagte gegenüber dieser Zeitung, dass es «nur 75 Monteure bräuchte», um alle fossilen Anlagen in Basel-Stadt bis 2030 zu ersetzen. Dafür würden die Fachkräfte im Kanton ausreichen.

Wo Ribi indes ebenfalls Schwierigkeiten sieht, ist bei den Lieferschwierigkeiten und den Behörden: Die Dauer bis zum Erhalt einer Bewilligung für den Einbau einer Wärmepumpe würde der Branche noch immer die Hände binden.

Die Initianten gehen mit ihm einig. Sie fordern, dass Gesuche für energetische Sanierungen oder einen Heizungsersatz bei den Bewilligungsbehörden priorisiert werden.

Zu den Lieferschwierigkeiten sagt Initiantin Jezler, dass es sich dabei wohl um ein temporäres Problem handle – unter anderem, weil immer mehr europäische und sogar einige Schweizer Unternehmen begonnen hätten, selbst Fotovoltaikpanels zu produzieren.

Den Klimagerechtigkeitsinitianten kann es nicht schnell genug gehen. Sie betonen, dass man sich «eine Politik des Abwartens» nicht länger leisten könne, weil man damit die «Zukunft unserer Kinder» verspiele. Unbeantwortet liessen sie die Frage, ob man im Dienste einer schnellen Umsetzung auch auf das Gewerbe im Umland ausweichen würde, falls die lokalen Unternehmen die Aufträge zur Energiewende nicht bewältigen könnten.

2030, 2037 oder gar kein Netto-null-Ziel für Basel-Stadt?

Klimavorlagen: Die Argumente Die Urheber der Klimagerechtigkeitsinitiative fordern rasches Handeln. Das Parlament ist für eine moderatere Variante. Die Bevölkerung entscheidet am 27. November.

Jan Amsler

Soll Basel-Stadt in der Verfassung verankern, bis wann die Treibhausgasemissionen im Kanton auf netto null gesenkt werden sollen? Darüber befinden die Stimmberechtigten am 27. November.

Mehrere Optionen stehen zur Auswahl: Die Klimagerechtigkeitsinitiative verlangt, dass Basel-Stadt bis 2030 klimaneutral ist. Der Grosse Rat hat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, der Klimaneutralität bis 2037 vorsieht. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger können bei der Abstimmung keines dieser Anliegen, eines davon oder beide unterstützen. Gefragt wird auf dem Stimmzettel mit einer Stichfrage auch, welche Variante umgesetzt werden soll, falls beide eine Mehrheit finden. Die heutige gesetzliche Zielsetzung lautet, 2050 nur noch eine Tonne CO₂ pro Einwohnerin oder Einwohner und Jahr auszustossen.

Die Vorlagen betreffen jenen Ausstoss von Treibhausgasen, der im Kanton verursacht wird. Ganz auf null zu kommen, ist in gewissen Bereichen wie etwa der Abfallverbrennung nicht möglich. Deshalb müssten die verbleibenden Emissionen kompensiert werden, etwa durch natürliche Massnahmen wie neue Bäume oder durch technische Lösungen zur CO₂-Bindung.

Realistisch oder nicht?

Wie genau die Ziele erreicht werden sollen, ist nicht vorgegeben. Dies zu bestimmen, obliegt dem Kanton. Er müsste verbindliche Absenkpfade definieren, in der Variante Gegenvorschlag muss er zudem Fünfjahresziele festlegen.

Ein grosser Streitpunkt ist, ob die Ziele überhaupt erreichbar sind. In den Branchen, die etwa mit nachhaltigen Heizungssystemen, Solarpanels oder Gebäudeisolationen zur erstrebten Klimaneutralität beitragen sollen, heisst es, angesichts des Fachkräfte- und Materialmangels sei es unrealistisch, bis 2030 CO₂-



Oktober 2020: 3700 Baslerinnen und Basler haben die Klimagerechtigkeitsinitiative unterzeichnet. Foto: Kostas Maros

Der Gegenvorschlag sei eine grosse Herausforderung, aber die Ziele seien erreichbar, sagt das Basler Parlament.

neutral zu sein. Auch der Gegenvorschlag erforderte einen massiven Effort.

Die Initiantinnen und Initianten kontern mit dem Argument, dem Fachkräftemangel müsse mit einer Ausbildungsoffensive begegnet werden.

Argumente im Überblick

Die Unterstützerinnen und Unterstützer der Klimagerechtigkeitsinitiative setzen in ihrer Kampagne auf folgende Argumente für netto null bis 2030:

— Basel habe das technische Know-how, die demokratischen Strukturen und auch die finanziellen Möglichkeiten, um wirksamen und sozial gerechten Klimaschutz voranzutreiben. Basel könne Vorreiterin im Klimaschutz werden und anderen Städten und Kantonen als Vorbild dienen.

— Die Energieversorgung würde unabhängig von Gas-, Öl-, Kohle- oder Atomstrom eingerichtet, was auch das Portemonnaie schone.

— Durch besseren ÖV und mehr Veloverkehr würden die Sicherheit gesteigert und die Luft sauberer.

— Ohne entschiedene Massnahmen in den kommenden Jahren würde die Erderwärmung gegenüber der vorindustriellen Zeit bis etwa 2030 gegen 1,5 Grad Celsius betragen. Damit würde die im Pariser Klimaabkommen vereinbarte Grenze bereits erreicht. Der Grosse Rat bevorzugt den Gegenvorschlag. Das Parlament brachte unter anderen folgende Argumente vor:

— Basel müsse seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dazu müsse man rasch, aber auch nachhaltig handeln. Das Zieljahr 2037 ermögliche eine gesellschaftlich tragbare und wirtschaftliche Umsetzung der notwendigen Massnahmen.

— Klimaneutralität bis 2037 sei auf die bereits beschlossenen Massnahmen zum Klimaschutz abgestimmt. So bauen etwa die Industriellen Werke Basel (IWB) bis dahin das Fernwärmenetz aus. Und das Parlament hat beschlossen, dass fossile Heizungen bis 2035 ersetzt werden müssen. Der Gegenvorschlag sei eine grosse Herausforderung, aber die Ziele seien erreichbar.

— Die zu definierenden Zwischenziele verschafften der Wirtschaft mehr Planungssicherheit. — Die Fortschritte könnten durch die Zwischenziele überprüft werden.

Verschiedene Branchen- und tendenziell bürgerliche Interessenverbände, die sich in einem Komitee zusammengeschlossen haben, vertreten die Position, sowohl Initiative wie auch Gegenvorschlag seien abzulehnen. Ihre Argumente:

— Basel-Stadt müsse sich für eine Senkung der Treibhausgasemissionen engagieren, doch übereifrige Klimaziele seien kontraproduktiv. Die Ressourcen würden für überstürzte und illusorische Massnahmen verschwendet.

— Klimaneutralität in diesen Zielrahmen sei unrealistisch und teuer. Die Initiative würde Basel jährlich 322 Millionen Franken, bis 2030 also total 2,3 Milliarden Franken kosten. Stattdessen sollen Effizienz, Innovation und Klimaforschung gefördert werden.

— Initiative und Gegenvorschlag setzten auf Konsumverzicht und staatliche Bevormundung, wodurch die Menschen gegen die Klimawende aufgebracht würden. — Klimaziele müssten koordiniert werden, ein Basler Alleingang würde eine Abwanderung von Unternehmen und Privaten provozieren.

Firmen setzen auf umstrittene Initiative

Freiwilliger Klimaschutz In der Schweiz haben es sich 100 Firmen zum Ziel gesetzt, ihren Treibhausgasausstoss bis 2050 auf netto null zu senken. Das Engagement steht aber in der Kritik – der Vorwurf lautet: Greenwashing.



Auch Nestlé hat sich im Rahmen der Science Based Targets Initiative zu einer Reduktion der Treibhausgase verpflichtet: Standort Orbe, Kanton Waadt. Foto: Jean-Christophe Bott (Keystone)

Stefan Häne und **Martin Läubli**

Alle kennen Starbucks. Doch nur wenige dürften wissen, dass die Kaffeemaschinen in den Filialen der US-Kette von Thermoplan stammen. Das Familienunternehmen mit Produktionsstandort im luzernischen Weggis beliefert weitere bekannte Firmen in mehr als achtzig Ländern, darunter Nestlé und Nespresso.

Wenig bekannt dürfte auch dies sein: Thermoplan gehört zu einem wachsenden Kreis von Firmen, die sich im Rahmen der sogenannten Science Based Targets Initiative (SBTI) dazu verpflichtet haben, ihren Treibhausgasausstoss bis 2050 auf netto null zu senken. In der Schweiz hat sich soeben das 100. Unternehmen dieser Klima-Initiative angeschlossen. Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse spricht von einem «Meilenstein»; heute informiert er darüber.

Hinter dem Programm stehen vier internationale Organisationen, darunter der WWF und das World Resources Institute. Sie haben eine Methode entwickelt, mit der jedes Unternehmen ermitteln kann, wie schnell es seine Emissionen senken muss, um bis 2050 klimaneutral zu werden. Die Berechnung erfolgt wissenschaftsbasiert. Der Bund verfolgt die Entwicklung genau. «Wir begrüßen es, wenn sich möglichst viele Firmen damit auseinandersetzen, wie ihre Emissionen auf netto null gesenkt werden können», schreibt das Bundesamt für Umwelt auf Anfrage. Die Initiative sei eine Möglichkeit dazu.

Seit der Klimawandel auf der politischen Agenda nach oben ge-

rückt ist, überbieten sich Firmen darin, Klimaziele auszurufen. Ob sie ihre Versprechen einlösen, steht jedoch auf einem anderen Blatt. Neue Daten des Net Zero Tracker der Monitoring-Plattform der Universität Oxford zeigen: Nur die Hälfte der Unternehmen, die sich das Ziel «Netto null» gesetzt haben, präsentiert einen nachvollziehbaren Plan dazu. Hier will die Initiative ansetzen. Transparenz wird zunehmend auch von Investoren eingefordert.

Mängel bei der Qualität und der Transparenz

Thermoplan will sein Versprechen einlösen, wie Firmenchef Adrian Steiner im Gespräch versichert. Das Unternehmen hat seine Emissionen in der gesamten Wertschöpfungskette berechnet und einen Reduktionsplan ausgearbeitet. Am Ende stand eine Zahl, an der sich Thermoplan von nun an orientiert: 820'000 Tonnen CO₂ – so hoch war der Ausstoss der Firma im Jahr 2019. Bis 2030 soll er um die Hälfte sinken. Ein Absenkpfad zeigt den Weg dorthin. In diesem Jahr ist die Firma auf Kurs, wie Firmenchef Steiner sagt.

Erste Massnahmen sind umgesetzt, so gibt es beispielsweise in der Logistik weniger Flugtransporte. Weitere sind geplant, bis Ende 2023 will das Unternehmen etwa die Fotovoltaik ausbauen und die Lampen mit LED nachrüsten. Die grössten Emissionen der Firma fallen aber in der Nutzungsphase der Maschinen an; hier sollen künftig mit neuen Technologien und Softwareoptimierungen Verbesserungen erzielt werden.

In Wirtschaftskreisen gilt das Programm als Erfolgsgeschichte. Seit der letzten Klimakonferenz in Glasgow hat sich die Zahl der SBTI-gelabelten Unternehmen verdoppelt. Heute gibt es 1800 Firmen, die sich ein geprüftes Klimaziel gesetzt haben, darunter grosse Unternehmen wie Ikea, Nestlé oder ABB. Nahezu 4000 Firmen haben vereinbart, sich ein Ziel zu setzen.

Die Methode hat jedoch Schwächen. Das New Climate Institute hat stichprobenmässig 18 multinationale Unternehmen untersucht und fand bei 11 umstrittene Zielsetzungen. Es mangelt bei Klimaplänen einzelner Unternehmen etwa an Transparenz und an der nötigen Qualität.

Die Mängel werfen die Frage auf, ob das Programm letztlich ein Instrument für Greenwashing ist. «Der Vorwurf sitzt heute bei einigen NGO etwas gar locker», sagt Alexander Keberle, Geschäftsleitungsmitglied bei Economiesuisse. Die Initiative sei vielmehr ein Instrument zur Vermeidung von Greenwashing.

Ähnlich tönt es von Christoph Kinsperger vom WWF Schweiz:

«Der Vorwurf des Greenwashing sitzt bei einigen NGO etwas gar locker.»

Alexander Keberle
Economiesuisse

«Die SBTI arbeitet konstant an der Verbesserung der Transparenz.» So würden zum Beispiel neu Unternehmen, die nach der Verpflichtung keine Ziele mehr einreichen, nicht einfach von der Liste entfernt, sondern auf dieser klar als solche deklariert.

Auch sei es heute so, dass der Reduktionsfortschritt nicht flächendeckend erfasst werde und dieser nicht zwingend der Initiative gemeldet werden müsse. Sie analysiere jährlich den Fortschritt. «Es besteht aber eine Datenlücke, weil etwa ein Viertel der Unternehmen weltweit keine verfügbaren Daten bereitstellen», räumt Kinsperger ein. Er versichert aber zugleich, das solle sich künftig ändern.

Initiative setzt weiterhin auf Selbstdeklaration

Das Beratungsunternehmen South Pole hält den Vorwurf des Greenwashing für unbegründet. «Natürlich kann jedes System verbessert werden», sagt South-Pole-Chef Renato Heuberger. Die von der Klima-Initiative geleistete Arbeit habe aber entscheidend dazu beigetragen, die notwendigen Schritte zur Erreichung von netto null Emissionen auf wissenschaftlich fundierte Weise zu klären. South Pole hilft Unternehmen, klimaneutral zu werden.

Das ändert freilich nichts daran, dass die Initiative zumindest bis auf weiteres auf dem Prinzip der Selbstdeklaration basiert – und damit anfällig auf Betrug bleibt. «Ja, dieses Risiko besteht», sagt Thermoplan-Chef Steiner. Seine Firma werde aber sicher keine Zahlen zurechtbiegen, um in der Öffentlichkeit besser dazustehen.

Klimaschutz, sagt Steiner, sei nicht zuletzt ein Geschäftsinteresse, von dem sie selber profitieren könnten, etwa mit der Senkung des eigenen Stromverbrauchs.

Dank der Initiative verstehe seine Firma nun die Herkunft ihrer Emissionen besser, sagt Steiner. Das helfe bei der angestrebten Transformation zum Netto-null-Unternehmen. Netto null heisst beim Programm: Die Emissionen müssen bis 2050 real um mindestens 90 Prozent sinken. Für den Rest müssen die Firmen Geld aufwerfen, damit im entsprechenden Umfang CO₂ aus der Atmosphäre entfernt wird.

Die 100 Schweizer Unternehmen, die Teil des Programms sind, stehen vor einer überaus schwierigen Aufgabe. Pro Jahr emittieren sie weltweit gerechnet 450 Millionen Tonnen CO₂. Das ist mehr, als die gesamte Schweiz ausstösst: Ihre Emissionen betragen jährlich etwa 50 Millionen Tonnen CO₂.

Erschwerend kommt hinzu: Die Netto-null-Verpflichtung, die diese Firmen eingegangen sind, umfassen nicht nur jene Emissionen, die sie direkt produzieren. Mit eingerechnet sind auch die Emissionen, die entlang der Wertschöpfungsketten entstehen, etwa wenn das fertige Produkt an einen Kunden im Ausland geliefert wird. Es ist fraglich, ob es die Firmen schaffen werden, ihre Zulieferer und Abnehmer davon zu überzeugen, das Netto-null-Ziel ernsthaft anzugehen.

Natürlich sei das kein Leichtes, sagt Thermoplan-Chef Steiner. «Aber wäre es deswegen besser, nichts zu tun?»

Das würde ein Ja zur Klimagerechtigkeit

Die grosse Basler CO₂-Reduktion Wir zeigen auf, wie sich Ihr Kreuzchen auf dem Abstimmungszettel am 27. November auf Sie als Mieter, als

Katrin Hauser

Klimagerecht: Was heisst das eigentlich?

Es geht ums Klima, so viel ist klar. Der Ausstoss von Kohlenstoffdioxid soll in Basel-Stadt auf ein Minimum zusammengeschrumpft werden, auf netto null. Aber bis wann muss das geschehen? Darüber entscheiden Sie als Stimmberechtigte am 27. November.

— Die Initiative fordert: bis 2030.

— Der Gegenvorschlag fordert: bis 2037.

— Wenn beides abgelehnt wird, bedeutet das: bis 2050.

Dieser Entscheid wirkt sich auch auf Sie persönlich aus. Denn das bedeutet die Klimagerechtigkeit für Sie als...

— **Hausbesitzerin**

Wenn die Initiative umgesetzt wird: Auch wenn Ihre Gasheizung und Ihre Fassade ohne Probleme noch zehn bis fünfzehn Jahre überdauern könnten, müssen sie in den nächsten sieben Jahren ersetzt und erneuert werden: Das kann Ihnen als Hausbesitzer im schlimmsten Fall passieren, wenn die Initiative angenommen wird. Wenn in Basel-Stadt plötzlich so viele Gebäudehüllen saniert werden müssten, würden die Preise für diese Leistungen natürlich steigen. Heisst: Es wird teuer – entweder für Sie, für den Kanton oder für beide. Experte Stefan Kessler vom Forschungsunternehmen Infras, das verschiedene Netto-Null-Szenarien für Basel-Stadt geprüft hat, sagt dazu: «Bis 2030 CO₂-neutral zu werden, wäre nur mit verstärkten regulatorischen Eingriffen wie etwa einer Nachrüstpflicht für Gebäudehüllen oder einer weiter beschleunigten Heizungsersatzpflicht möglich.» Wenn man so schnell so viele Gebäudehüllen sanieren müsste, würde das ausserdem zu «sehr vielen Baustellen in der Stadt» führen.

Natürlich kann (und wird) der Kanton Sie unterstützen. Der Förderbeitrag für eine Wärmedämmung liegt momentan gerade einmal bei fünf Prozent. Um wie viel dieser Betrag künftig erhöht wird, hängt vom Parlament ab. Das Initiativkomitee will sich nicht festlegen, ob es neue Pflichten für Hauseigentümer fordern wird, scheint aber nicht abgeneigt, solche zu unterstützen. «Wir sind offen für verschiedene Regulierungsansätze, solange sie sozialverträglich, umweltverträglich und zielführend ausgestaltet sind», schreibt Sprecher David Metzger. Ob solch drastische Massnahmen wie eine Nachrüstpflicht den demokratischen Prozess in Basel-Stadt überhaupt überleben würden, ist zumindest zweifelhaft. Wahrscheinlicher ist daher das Szenario, dass der Kanton den Hausbesitzern einfach einen grosszügigen Zustupf in Aussicht stellt, damit sie sich entscheiden, noch vor 2030 ihre Fassade zu sanieren oder ihre Gasheizung zu ersetzen.

Wenn der Gegenvorschlag angenommen wird: Wenn Sie ein schlecht isoliertes Haus besitzen und Ihre Fassade in den nächsten vierzehn Jahren dämmen, die

Fenster ersetzen und das Dach besser isolieren lassen, zahlt Ihnen der Kanton einen ordentlichen Betrag an diese Massnahmen. Der Gegenvorschlag setzt klar auf das System Zustupf als Anreiz. Beispielsweise könnte man sich eine Art temporären Rabatt für Hausbesitzer vorstellen, sagen die Grossräte Daniel Sägesser (SP) und Raphael Fuhrer (GAB). Sie haben den Gegenvorschlag zusammen mit elf Kollegen und Kolleginnen in der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) ausgearbeitet. «Wer seine Liegenschaft vor 2037 energetisch nachrüsten lässt, bekommt vom Kanton einen deutlich grösseren Zustupf als nach 2037», so die Idee. Da der Gegenvorschlag bis ins bürgerliche Lager Zustimmung findet, glauben sie, dass man sich bei einer Annahme gut auf hohe Zustüpfе für energetische Sanierungen einigen könnte. Eine Nachrüstpflicht könne aber «nicht vollständig ausgeschlossen werden. Das wäre unehrlich. Aber sie wird vor allem dann nicht nötig, wenn wir jetzt alle vorwärtsmachen.»

Bei zweimal Nein: In diesem Szenario ist es unwahrscheinlich, dass Sie als Basler, Riehener oder Bettinger Hausbesitzerin in den nächsten Jahren mit zusätzlichen kantonalen Pflichten rechnen müssen. Ausser: Es wird sehr wahrscheinlich eine Pflicht geben, Solaranlagen auf Dächern zu installieren, die dafür geeignet sind. Eine entsprechende Vorlage ist hängig und hat gute Chancen, umgesetzt zu werden.

— **Mieter**

Initiative: Wenn Sie in einem schlecht isolierten Haus wohnen, das noch mit Gas oder Öl beheizt wird, könnte Ihre Miete in den nächsten sieben Jahren etwas steigen. Im grossen Stil dürfen Hauseigentümer ihre Kosten nicht auf die Miete überwälzen wegen des neuen Basler Wohnschutzgesetzes. Aber gerade wenn energetisch saniert wird, ist es einfacher für den Vermieter, die Miete danach zu erhöhen. Gleichzeitig würde den Mietern eine klimagerechte Renovierung auch etwas bringen: Da sie weniger Energie beim Heizen verbrauchen, würden ihre Nebenkosten sinken. Die Basler Regierung erklärte kürzlich in einem öffentlichen Schreiben, dass der Mietzinsaufschlag wegen einer energetischen Sanierung momentan etwa dem entspreche, was man «bei energiebewusstem Verhalten» an Nebenkosten einsparen könne, sodass die Bruttomiete etwa gleich hoch bleibt.

Gegenvorschlag: Auch hier gilt: Wenn der Hausbesitzer zu Investitionen gezwungen wird, für die er kein Geld beiseitegelegt hat, wird er versuchen, seine Mehrkosten über die Miete wieder reinzuholen. Im Unterschied zur Initiative haben die Hausbesitzerinnen in diesem Szenario aber mehr Zeit. Gas- und Ölheizungen müssen in Basel-Stadt sowieso bis 2035 ersetzt werden. Das hat das Parlament im Sommer dieses Jahres beschlossen. Mit dieser Investition rechnen die Hausbesitzer also bereits. Auch ist es etwas wahrscheinlicher, dass eine



Grosses Einsparpotenzial: Gebäude und Verkehr stehen im Fokus der Energiewende, die Basel-Stadt schaffen will. Foto: Dominik Plüss

Ihre Miete könnte etwas steigen. Da Sie weniger Energie fürs Heizen brauchen, würden aber die Nebenkosten sinken.

Sanierung von Fassade und Dach für Ihren Vermieter in den nächsten vierzehn Jahren ohnehin ansteht, als dass sie dies in den nächsten sieben Jahren tut. Auch in diesem Szenario profitieren die Mieter, deren Zuhause energetisch saniert wird, wohl von sinkenden Nebenkosten.

Zweimal Nein: Das Risiko, dass die Miete wegen forcierter energetischer Sanierungen steigt, ist in diesem Szenario äusserst gering. Umgekehrt werden Sie in den nächsten Jahrzehnten wohl auch weniger von sinkenden Nebenkosten profitieren.

— **Klimawandel-Bekämpfer**

Initiative: Ein Ja wäre ein starkes Zeichen. Es wird jenen Kräften, die möglichst schnell etwas unternehmen möchten, Aufwind verschaffen. Die Infras-Experten gehen aber davon aus, dass das Szenario 2030 nicht umsetzbar ist und einiges an Restemissionen im Kanton zurücklassen würde. Sie rechnen mit rund einer Tonne CO₂ pro Kopf. Das CO₂ müsste man mittels Zertifikaten kompensieren. Um das zu verhindern, müsste man wie oben erwähnt zu drastischen Massnahmen greifen, die – so die Experten – gar kontraproduktiv enden könnten. «Je rascher das Vorgehen, desto mehr hat der Ersatz der fossilen Feuerungen

Priorität.» Wenn dieser erst einmal erledigt sei, wäre der Anreiz für eine «weiterhin sinnvolle, nachgelagerte Gebäudehüllensanierung» gering, so die Erklärung.

Gegenvorschlag: Wenn Sie sich auf Infras verlassen möchten, ist dies die wohl beste Wahl. Das Szenario 2037 sei zwar sehr ambitioniert, aber «grundsätzlich machbar», schreibt Kessler auf Nachfrage. Der CO₂-Ausstoss von Basel-Stadt liesse sich auf geschätzt eine halbe Tonne CO₂ pro Kopf verringern. 2020 lag der Ausstoss bei 3,1 Tonnen pro Jahr und Einwohner. Das heisst: Das CO₂ liesse sich um etwa 2,5 Tonnen pro Einwohner verringern. Dies ist für Sägesser auch der Grund, weshalb er den Gegenvorschlag der Initiative vorzieht.

Zweimal Nein: Das ist keine gute Wahl für Sie. Es dauert länger, bis der Kanton seinen CO₂-Ausstoss reduziert. Ausserdem zieht Basel in diesem Szenario nicht mit bei der Initiative der Städte, die den Kampf gegen den Klimawandel beschleunigen wollen.

— **Sparfreudige Steuerzahlerin**
Initiative: Wirtschaftlich betrachtet sei dies das schlechteste Szenario: Zu diesem Schluss kommt Infras, weil trotz Investitionskosten von 332 Millionen

pro Jahr im Zieljahr 2030 noch rund eine Tonne CO₂ pro Kopf übrig bleiben würde. Der Kanton müsste also weiterhin Geld in Massnahmen investieren. Gleichzeitig könnte man noch nicht so viel Energiekosten einsparen, dass es sich ausgleicht. Dazu kommt, dass Basel-Stadt die übrig gebliebenen Emissionen mit dem Kauf von CO₂-Zertifikation jedes Jahr kompensieren müsste, was etwa 20 Millionen Franken zusätzlich kosten dürfte. Das Initiativkomitee sagt dazu: «Der Kanton Basel-Stadt hatte in den letzten Jahren jeweils einen Überschuss von circa 200 bis 300 Millionen pro Jahr. Anstatt damit die Steuern zu senken, könnte das Geld in den Klimaschutz investiert werden.»

Gegenvorschlag: Infras rechnet in den nächsten vierzehn Jahren mit Investitionen von 180 bis 254 Millionen Franken pro Jahr. Wenn Hausbesitzerinnen vom Kanton überzeugt werden müssen, sich eine neue Fassade zuzutun, kostet das Geld. Wegen des grosszügigeren Zeithorizonts gehen Sägesser und Fuhrer allerdings davon aus, dass man 2037 unter dem Strich bereits wieder Geld einspart, weil erstens viel Energie eingespart werden kann und zweitens die verbrauchte Energie billiger ist (etwa, wenn sie von Solaranlagen komme).

für Sie bedeuten

Autofahrerin, als Klimawandel-Bekämpfer oder als sparfreudige Steuerzahlerin auswirken kann.



Sie werden weiter mit dem Auto herumfahren können. Sie werden aber wohl mehr für Ihren CO₂-Ausstoss zahlen müssen.

— Unternehmerin

Initiative: Alle Unternehmen, die fossile Brenn- und Treibstoffe verwenden, sind betroffen. Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) bezeichnet Unternehmen neben Autofahrern und Hausbesitzerinnen als Hauptbetroffene der Initiative. «Diejenigen, die mehr Emissionen verursacht haben, sollen auch mehr beitragen, um die internationalen Klimaziele zu erreichen», sagte Agnes Jezler vom Initiativkomitee im Berner Kulturradio Rabe. Im Blick habe sie dabei vor allem die Sektoren Verkehr, Wohnen, Gewerbe und Industrie. Man sehe «verschiedene Handlungsmöglichkeiten», heisst es sehr vage. Infras hingegen erklärt, dass die Industrie kaum von kantonalen Massnahmen betroffen sein wird, da dies in der Kompetenz des Bundes liegt. Was konkret auf Sie als Unternehmer zukommt, ist unklar. Gemäss einem Fragebogen, welchen das WSU ausgefüllt hat, dürften es vor allem Mehrkosten sein. Parkplätze fürs Gewerbe wollen die Klima-Initianten ausdrücklich nicht eliminieren.

Gegenvorschlag: Auch davon werden die Unternehmen betroffen sein, einfach mit einem etwas längeren Zeithorizont. Eine konkrete Entwicklung ist beispielsweise, dass alle Taxi- und Uber-Fahrer auf Elektroautos umsteigen müssen. Dies nicht wegen einer Pflicht, sondern weil der Kanton das Autofahren mit Benzin oder Diesel immer teurer machen wird, während beim Umstieg auch weiterhin mit Vergünstigungen (maximal 7000 Franken pro E-Taxi) zu rechnen sein dürfte.

Zweimal Nein: Dieses Resultat würde die Bestrebungen, Unternehmen mittels Bonus-Malus-System zum Umstieg zu bewegen, natürlich schwächen.

— Möglicher Quereinsteiger

Initiative: Für Sie gehen neue Türen auf. Sei dies im Strassenbau, in der Haustechnik oder als Elektroinstallateurin: Eine ganze Menge neuer Stellen entsteht im Kanton Basel-Stadt. Auch Jobs, die wir vor einigen Jahrzehnten noch nicht kannten wie etwa «Solarmonteure». Gemäss Initianten verdient ein Solarmonteure etwa 66'400 Franken im Jahr. Wenn die Initiative angenommen wird und Basel-Stadt so schnell so viele Leistungen braucht, können Sie sich als Quereinsteigerin wohl noch einen besseren Lohn aushandeln. Das Problem: Wenn in einem Kanton die Nachfrage plötzlich so gross ist, wird man auch auf Handwerksbetriebe aus dem Um- und Ausland zurückgreifen müssen.

Gegenvorschlag: Auch in diesem Fall entstehen viele neue Stellen und Jobs, wovon Sie profitieren. Die Baubranche dürfte allerdings auch in diesem Szenario Überhitzungserscheinungen zeigen.

Zweimal Nein: Die neuen Stellen und Jobs entstehen ebenfalls, wenn auch nicht so schnell, was Ihre Lohnverhandlungschancen wohl schmälert. Dafür kann das lokale Handwerks-gewerbe mehr Aufträge selbst abdecken.

Initianten legen keinen Plan vor

Wie viel kostet es die Steuerzahler, wenn die Klimagerechtigkeitsinitiative angenommen würde? Spart der Kanton dann woanders? Was erwartet die Unternehmen? Solche Fragen hätte die BaZ gerne mit der Fachstelle Klima beim Kanton besprochen. Diese Stelle wurde extra geschaffen, um die Arbeiten des Kantons in Sachen Klimaschutz zu koordinieren und zu verstärken.

Fachstellenleiter Till Berger teilt mit, dass es «mehrere Handlungsansätze» gebe und er nur «generelle Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen» könne. Das bereits vereinbarte Gespräch sagt er ab. Gerne stehe er aber «nach der Abstimmung für Fragen zur Verfügung». Später folgt die Begründung: Die Verwaltung könne keine hypothetischen Antworten auf Fragen geben, die eine bevorstehende Abstimmung betreffen. «Das wäre die Aufgabe eines Abstimmungskomitees.»

Aktivisten kritisieren Infras

Die Initianten äussern sich allerdings auch nur sehr vage. Fragen wie «Wo müsste der Kanton von der Bevölkerung konkret Verzicht einfordern?» oder «Was passiert mit Unternehmen, die nicht genügend schnell auf eine klimafreundliche Produktion umstellen?» wollte das Initiativkomitee nicht beantworten. Dies müsse «gesellschaftlich ausgehandelt werden», schrieb der Sprecher des Komitees, David Metzger. «Wir massen uns nicht an, zu bestimmen, was im Detail geschehen soll.» Nicht zuletzt sehe man hier die Regierung sowie die entsprechenden Behördenstellen (die sich ja eben auch nicht äussern wollten) in der Pflicht.

Was die Initianten indes vorbringen, ist Kritik an der Infras-Studie. Dort hätte man auch abbilden sollen, was es bräuhete, um 2030 auf netto null zu kommen, statt nur zu schreiben, dass dies nicht gehe. Ebenfalls kritisieren sie die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission für den Gegenvorschlag. Er basiere «zu sehr auf dem pragmatischen Möglichen».

Stefan Kessler, Mitautor der Infras-Studie, sagt zur Kritik der Initianten: «Unser Auftrag war, die technische Machbarkeit und die volkswirtschaftlichen Kosten einer raschestmöglichen Senkung der Emissionen bis 2030, 2035 und 2040 abzuschätzen.» Die Bekämpfung des Klimawandels sei extrem dringend. Das stehe ausser Frage. «Aber es gibt Grenzen der Machbarkeit und politischen Akzeptanz.» (*kha*)

Sie begründen das unter anderem damit, dass der Kanton ja bereits beschlossen hat, das Fernwärmenetz bis 2037 fertig auszubauen oder die BVB bis 2027 auf Elektrobusse umzurüsten. Infras schätzt, dass der Punkt, an dem Basel-Stadt mehr Energie- und Klimakosten einspart, als dass man Geld für die Wende ausgibt, irgendwo zwischen 2035 und 2040 liegt. Auf ein genaues Jahr legen sich die Autoren des Berichts nicht fest.

Zweimal Nein: In diesem Fall muss Basel-Stadt wie der Rest der Schweiz bis 2050 klimaneutral werden. Und auch das kostet viel Geld – 162 Millionen Franken pro Jahr für das nächs-

te Vierteljahrhundert, schätzt Infras. Es sei wirtschaftlich betrachtet dennoch das beste Szenario, weil ab 2050 wiederum 131 Millionen pro Jahr unter dem Strich eingespart werden könnten. Dies, weil die Energiepreise gemäss Infras stetig steigen dürften und beim Szenario 2050 im Gegensatz zu den anderen Szenarien nicht mit einer Überhitzung des Baugewerbes gerechnet werden müsse. Das Szenario würde weniger Steuergeld kosten, weil der Kanton Hausbesitzer, Autofahrerinnen und Unternehmen nicht mittels Fördergeldern zur Eile antreiben müsste.

— Autofahrerin

Initiative: Sie werden auch weiterhin im Kanton Basel-Stadt herumfahren können. Allerdings werden Sie künftig wohl mehr für Ihren CO₂-Ausstoss zahlen müssen. Und: Das Parkieren in Basel wird noch schwieriger. Künftig dürfte es nämlich vermehrt Parkplätze geben, die Sie als Fahrer eines Benzin- oder Dieselaautos nicht benutzen dürfen. Vermehrt sollen besagte Plätze für Sharing-Fahrzeuge und E-Autos reserviert werden, schlagen die Infras-Experten als Massnahmen vor. Wer ein Elektrofahrzeug nutzt, soll in den Genuss von Vergünstigungen kommen. Beispielsweise, indem

E-Auto-Fahrerinnen nur noch die Hälfte der Motorfahrzeugsteuer zahlen müssen.

Gegenvorschlag: Das Szenario ist ziemlich ähnlich wie bei der Initiative. «Es braucht schnell kantonale Massnahmen, damit sparsame Autos gekauft werden», sagen Säegger und Fuhrer. Das kantonale Parlament hat bereits 2000 öffentlich zugängliche Ladestationen für E-Autos beschlossen plus 2000 weitere in einem Förderprogramm, die Privaten zugutekommen sollen. Was es eher nicht geben wird, ist aber eine Art von Autokaufprämie, da auch die UVEK die Leute möglichst vom Auto wegholen möchte. Die Regierung führt in ihrem Bericht zur Initiative etwa Roadpricing, also Gebühren für die Strassennutzung, auf.

Zweimal Nein: Wenn Sie gern ein Auto besitzen, damit möglichst viel umherfahren und einen Parkplatz in Basel finden möchten, ist dies die beste Wahl. Allerdings hat die lokale Politik das Autofahren bisher auch ohne Klimagerechtigkeitsartikel in der Verfassung unattraktiver gemacht.

— ÖV-Nutzer und/oder Velofahrer

Initiative: Ihre Art, sich fortzubewegen, wird belohnt. Mehr Platz für den ÖV und Velos auf

Kosten der Autos ist ein grosser Teil der angedachten Verkehrs-wende in Basel-Stadt. Die Infras-Autoren schreiben dazu: «Das städtische Strassennetz soll sukzessive Flächen vom Individualverkehr an den Veloverkehr abgeben – bei gleichbleibendem Flächenanteil und Bevorzugung des ÖV.» David Metzger vom Initiativkomitee ergänzt, man wolle «Quartiere so gestalten, dass im Alltag weniger Autos benötigt werden». Vorbilder seien etwa Paris, Barcelona oder Utrecht. Als konkrete Massnahme bekämpft Metzger den geplanten Bau des Rheintunnels.

Gegenvorschlag: Auch in diesem Szenario sollen ÖV-Netz und Velowege auf Kosten der Autos stark ausgebaut werden. Als Beispiel, wie der Ausbau des öffentlichen Verkehrs aussehen kann, verweist Fuhrer auf eine Massnahme, die in diesem Winter in Basel-Stadt beginnen wird: «Ab Dezember fahren die Busse und Trams am Abend endlich häufiger.»

Zweimal Nein: In diesem Fall wird der Ausbau des ÖV wohl etwas weniger euphorisch angegangen. Verschiedene Massnahmen wie etwa die erwähnte Verstärkung des Angebots ab Dezember werden allerdings unabhängig vom Abstimmungsergebnis kommen.

Was ist die Infras-Studie?

Um zu beurteilen, bis wann Basel-Stadt tatsächlich CO₂-neutral werden kann, hat die Basler Regierung beim Schweizer Forschungs- und Beratungsunternehmen Infras eine Studie in Auftrag gegeben. Infras hat auch Zürich zum Netto-null-Ziel beraten. Geprüft wurden im 72-seitigen Bericht die Szenarien Netto null bis 2030, bis 2035, bis 2040 und 2050. Infras hat Basel-Stadt das Szenario 2040 empfohlen, was die Basler Regierung übernommen hat. (*kha*)

ANZEIGE

ZAHNARZT-ZWEITMEINUNG

ZAHNPROTHETISCHE BERATUNG

Theo Büttel, Zahntechnikermeister
Nicolas Gabutti, Zahnarzt, Oralchirurg

Schneidergasse 27, 4051 Basel

061 641 41 30
079 230 36 37

Volk soll über Autobahnen abstimmen

Verkehrspolitik des Bundesrates Vier Milliarden Franken will der Bund in neue Autobahnen investieren. Jetzt wird ein nationales Referendum wahrscheinlich. Dabei geht es auch um die Frage der Vereinbarkeit von Klimaschutz und Verkehrsprojekten.

Stefan Häne
und **Gregor Poletti**

Chronisch überlastete Autobahnen, tägliche Stauwarnungen: Die Situation rund um die grossen Städte ähnelt sich, ob in Bern, Basel, Schaffhausen oder St. Gallen. Der Bundesrat hat ein Rezept dagegen: die Nationalstrassen in diesen Gebieten ausbauen. Sonst drohe eine weitere Verschärfung der schon bestehenden Engpässe. Voraussichtliche Kosten: 4 Milliarden Franken. Realisierungshorizont: 2030.

In St. Gallen etwa soll eine dritte Röhre im Rosenbergtunnel und ein neuer direkter Zubringer mitten in die Stadt zum Güterbahnhof Abhilfe schaffen. Es handelt sich dabei um das letzte grosse freie Areal in der Stadt. «Die Stadtautobahn würde sich in Form einer Blechlawine direkt vor meinem Haus ergiessen», sagt Florim Sabani, parteilos. Er hat mit Mitstreitern von links bis in die Mitte den Verein «Gegen den Autobahnanschluss beim Güterbahnhof» gegründet. Der 35-jährige Forstingenieur kann nicht nachvollziehen, dass man überhaupt noch Autobahnanschlüsse mitten in die Stadt legen will. Und er ist nicht allein: Das St. Galler Stadtparlament fordert ebenfalls, vom Vorhaben Abstand zu nehmen.

Auch in Bern ist der Widerstand gross gegen den Plan des Bundesrats, die Autobahn im Bereich Grauholz auf acht Spuren auszubauen. Nicht nur linke Kreise sind dagegen. Die Bauern opponieren, weil ihnen ein Flächenverlust von gut 13 Hektaren droht. Selbst der bürgerlich dominierte Gemeinderat der betroffenen Agglomerationsgemeinde Zollikofen will nichts von diesem Projekt wissen. Gemeindepräsident Daniel Bichsel sagt im Onlineportal Hauptstadt.be: «Wir befürchten eine Mehrbelastung für Landwirtschaft und Natur, so etwa der Biodiversität.»

Ein Grundsatzentscheid

In Basel gibt es Kritik am geplanten Neubau eines Rheintunnels zwischen Muttenz/Birsfelden und dem Norden Basels. Morgen stimmen die Basler über die von linksgrünen Kreisen lancierte Klimagerechtigkeitsinitiative ab, die will, dass die Stadt bis 2030 klimaneutral wird, und einen Gegenvorschlag. Gibt es ein Ja, ist für die Grünen klar: Dann müsste sich der Kanton gegen «klimaschädliche» Verkehrsprojekte wie den 2,36 Milliarden teuren Rheintunnel zur Wehr setzen – was er heute nicht tut.

Ob die Schweizer Bevölkerung die Bedenken der Ausbaugegner teilt, dürfte sich in absehbarer Zeit zeigen. Zwar müssen nächstes Jahr noch National- und Ständerat darüber befinden. Sollten sie den Entscheid des Bundesrats aber «nicht grundsätzlich ändern», wird der Verein Umverkehr das Referendum ergreifen. Diesen Beschluss hat der Vorstand am Mittwoch gefasst, wie Geschäftsleiter Silas Hobi bestätigt.

Das Geschäft sollte voraussichtlich im Sommer die beiden Räte passiert haben. Ein Volksentscheid über fünf neue Autobahnteilstücke, gebündelt in einer Abstimmung, wäre eine Beson-



«Die Autobahn würde sich als Blechlawine vor meinem Haus ergiessen»: Florim Sabani kämpft in St. Gallen gegen den Ausbau. Foto: Daniel Ammann

Giezendanner wirft den Grünen vor, die Bahn gegen die Strasse auszuspielen.

derheit für die Schweiz. 1990 hatten Volk und Stände zwar schon mal über drei Ausbauprojekte befunden; allerdings galt jede der drei – schliesslich abgelehnten – Volksinitiativen damals einem separaten regionalen Projekt.

Und noch etwas ist speziell. Umverkehr will mit dem Referendum einen Grundsatzentscheid provozieren: Klimaschutz und Autobahnausbau – geht das zusammen? Für die Co-Präsidentin und grüne Nationalrätin Franziska Ryser ist klar: «Ein Autobahnausbau verunmöglicht es, das von Bundesrat und Parlament anvisierte Klimaziels netto null bis 2050 zu erreichen.» Es brauche eine konsequente Verlagerung auf den Fuss- und Veloverkehr sowie den ÖV. Dies gilt ihrer Ansicht nach selbst für den Fall, dass der Verkehr elektrifiziert wird.

Denn Elektroautos seien über den gesamten Lebenszyklus betrachtet nicht klimaneutral.

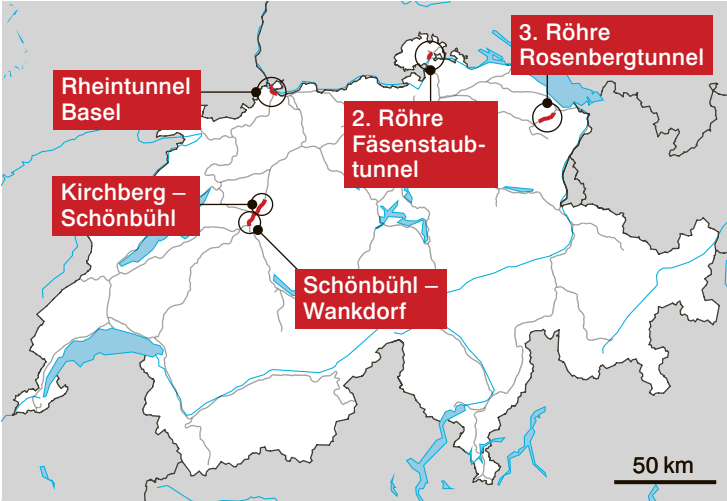
E-Autos verändern Debatte

Diese Sicht ist jedoch umstritten. Zwar sei Ryssers Befund korrekt, sagt SVP-Nationalrat Benjamin Giezendanner, der den Autobahnausbau befürwortet. Doch seien auch die Module von Fotovoltaikanlagen nicht CO₂-neutral. «Sie müssten also in dieser Logik auch verboten werden.» Giezendanner wirft den Grünen vor, die Bahn gegen die Strasse auszuspielen. Und er argumentiert mit einem Volksentscheid: 2017 hat das Stimmvolk bewilligt, dass die Strasseninfrastruktur ausgebaut und modernisiert werden soll.

Tatsache ist: Das Elektroauto ist daran, die politische Debatte über den motorisierten Individualverkehr zu verändern. «Wir sind überzeugt, dass Klimaneutralität mit Elektromobilität möglich wird», sagt Jürg Grossen, Chef der Grünliberalen, der den Elektromobilitätsverband Swiss E-Mobility präsidiert. «Der Individualverkehr wird auch in Zukunft seinen Platz haben.» Ein Ausbau von Autobahnengpässen könne jedoch höchstens punktuell Sinn

Diese Ausbauprojekte plant der Bund

Die fünf Autobahnabschnitte sollen bis 2030 realisiert werden



Grafik: mt / Quelle: Astra

machen. Es brauche in erster Linie ein Gesamtverkehrskonzept, damit der «Verkehr endlich mit mehr Intelligenz statt mit immer mehr Beton abgewickelt wird».

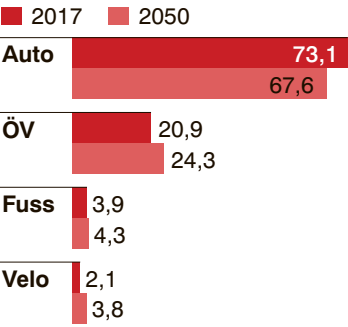
Doch die Frage bleibt: Verbie- tet es der Klimaschutz, Autobahnen auszubauen? Das Umwelt- und Verkehrsdepartement Uvek von Simonetta Sommaruga beantwortet die Frage nicht

direkt. Es hält nur fest, dass es eine Verkehrspolitik verfolge, «die darauf abzielt, die Auswirkungen des Verkehrs auf die Umwelt möglichst zu reduzieren».

Dezidiert äussern sich dagegen befragte Experten wie Anton Gunzinger. Der Unternehmer und emeritierte ETH-Professor hält es für unsinnig, den Autoverkehr mit neuen Autobahnen weiter zu för-

Der Anteil des Autoverkehrs wird zurückgehen

Entwicklung Personenverkehr 2017–2050, Anteil nach Verkehrsmittel in Prozent



Der Personenverkehr soll bis 2050 insgesamt um 11 Prozent wachsen – die Bevölkerung um 21 Prozent.

Quelle: Bundesamt für Raumentwicklung

dern, denn dieser sei punkto Flächenverbrauch das ungünstigste Transportmittel. Vielmehr brauche es ein Roadpricing, das die Anreize so setze, dass viel befahrene Routen zu den Stosszeiten preislich unattraktiv würden. Die Stauprobleme würden sich so von selber lösen. Im Idealfall, so Gunzinger, würden alle Verkehrsteilnehmer die Kosten, die sie verursachen, selber tragen. Das hiesse: Bahnfahren würde doppelt so teuer, Autofahren gar fünfmal.

Lösungen aus den 1960ern

Vorsichtiger äussert sich Kay Axhausen vom Institut für Verkehrsplanung und Transportsysteme der ETH Zürich. Beim heutigen Ausbau gehe es im Wesentlichen um die Erhaltung der Standards, sagt er. «Man kann fragen, ob das gerechtfertigt ist zu einer Zeit, da die Schäden des Klimawandels gefühlt für viele noch weit weg sind.» Eine schwierige Frage, findet Axhausen. Und sagt: «Will sich der Bund auf eine Verzichtsdebatte einlassen?»

Mehrheitsfähig wäre ein solches «Fair-Pricing», wie es Gunzinger nennt, wohl kaum. Davon zeugen bisherige Bemühungen, den Verkehr via Preis zu lenken: Sie versanden oder kreisen als geplantes Projekt in der Endloschleife von Politik und Verwaltung. Zudem wird das Auto gemäss Verkehrsprognosen des Bundes gegenüber dem öffentlichen sowie dem Langsamverkehr bis 2050 nur wenig an Terrain verlieren. Und: Die Zahl der Stau- stunden geht seit Jahren nach oben und hat nach einem Coronabedingten Einbruch 2020 letztes Jahr wieder ein ähnliches Niveau wie vor der Pandemie erreicht.

Darum stellt sich die Frage: Was geschähe, wenn die Strassen nicht mehr ausgebaut würden? Würde sich der Verkehr mehr stauen und die volkswirtschaftlichen Schäden weiter vergrössern?

Für den St. Galler Florim Sabani ist klar, dass es den Stau sowie so gäbe: «In erster Linie würde aber ohne Ausbau mehr Geld zur Verfügung stehen, das wir wiederum für eine soziale Verkehrswende einsetzen könnten und so einen Einfluss auf die Wahl der Verkehrsmittel hätten.» Wenn man immer wieder versuche, die heutigen Probleme mit Lösungen aus den 1960er-Jahren zu lösen, würden sich auch immer wieder die gleichen Probleme ergeben.

Basel Stadt Land Region

Bei der Umsetzung kommt es ausgerechnet auf die Gegner an

Nach dem Ja zur Klimagerechtigkeit Der Kanton Basel-Stadt muss bis 2037 CO₂-neutral werden. Regierungspräsident Beat Jans (SP) liegt besonders viel daran, den Gewerbeverband mit ins Boot zu holen, um das zu schaffen. Nur: Der war ja dagegen.



Jubel bei den Befürworterinnen und Befürwortern der Klimagerechtigkeitsinitiative: Sie wissen eine Mehrheit der Stimmbevölkerung hinter sich. Foto: Katrin Hauser

Katrin Hauser

Eine Gruppe in roten Westen zieht am gestrigen Abstimmungssonntag im Basler Rathaus die Blicke auf sich. Es sind nicht etwa SP oder Unia, die die Farbe Rot sonst für sich beanspruchen, sondern die Klimagerechtigkeit-Initianten. Viele davon sind zum ersten Mal im Grossratssaal. Sie sitzen dort, wo sonst meist die Bürgerlichen die Abstimmungsergebnisse verfolgen. SVP-Grossrat Beat K. Schaller, der sich dort schon auf seinem angestammten Platz niedergelassen hat, setzt sich kurzerhand um – nicht dass noch jemand auf die Idee kommt, er könnte zum Initiativkomitee gehören. Für ebendieses Initiativkomitee wird der Tag allerdings besser weitergehen als für ihn.

Als Staatsschreiberin Barbara Schüpbach um 12 Uhr verkündet, dass die Bevölkerung die Klimagerechtigkeitsinitiative angenommen hat, bricht die in rote Westen gewandete Gruppe in Jubel aus. Weniger laut, aber doch sichtbar freut sich eine Gruppe von Grossräten und Parteipolitikerinnen, als Schüpbach einige Sekunden später mitteilt, dass der im Grossen Rat entstandene Gegenvorschlag einen beeindruckenden Ja-Stimmen-Anteil von

über 60 Prozent erreicht hat. Darunter sind etwa die glücklichen Gesichter von SP-Co-Präsidentin Lisa Mathys, GLP-Nationalrätin Katja Christ oder Mitte-Grossrat Franz-Xaver Leonhardt auszumachen.

Und dann schreitet Schüpbach zur entscheidenden Frage: Was



«Das Abstimmungsergebnis ist ein klarer Auftrag, der uns mit Respekt erfüllt und auch beeindruckt. Ich habe nicht damit gerechnet, dass diese Initiative so deutlich angenommen wird. Wir haben als Basler Regierung sehr deutlich gesagt, dass wir 2030 nicht schaffen. Dass dennoch eine Mehrheit dafür gestimmt hat, muss man als Zeichen interpretieren: Die Bevölkerung möchte wirklich, dass wir möglichst schnell vorwärtsgehen.»

– **Beat Jans, Regierungspräsident**

wird denn nun umgesetzt – Initiative oder Gegenvorschlag? Wie hat sich die Stimmbevölkerung in der Stichfrage entschieden? Sie liest das Ergebnis vor: Über 60 Prozent der brieflich eingegangenen Stimmen geben dem Gegenvorschlag den Vorrang.

In langen Sitzungen der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission hat der Grossrat und Solarunternehmer Daniel Säggerer den Gegenvorschlag mitgeprägt. Er hat seine Partei, die SP, gegen jungsozialistische Kräfte, die aufs Tempo drückten, die auf «klimaneutral bis 2030» drängten, davon überzeugt, sich in der Stichfrage für den Gegenvorschlag zu entscheiden.

Viele Herausforderungen für das lokale Gewerbe

Weniger euphorisch sieht die Gruppe des Nein-Komitees, unter anderem bestehend aus LDP-Nationalrätin Patricia von Falkenstein, dem geflüchteten Beat K. Schaller und dem Direktor des Basler Gewerbeverbands, Gabriel Barell, aus. Die Leute, deren Interessen sie vertreten, dürften am meisten unter den Massnahmen leiden: Hausbesitzerinnen, Autofahrer und nicht zuletzt Basler Unternehmen. Schon früh machten mehrere Verbän-

So hat Basel-Stadt abgestimmt

Die Stimmbevölkerung von Basel-Stadt hat die Klimagerechtigkeitsinitiative mit 25'228 (56,7%) Ja- gegenüber 19'247 (43,3%) Nein-Stimmen angenommen. Noch deutlicher angenommen wurde der Gegenvorschlag mit 28'293 (64,1%) Ja- gegenüber 15'844 (35,9%) Nein-Stimmen. In der Stichfrage triumphiert der Gegenvorschlag mit einer Zustimmung von 61,9 Prozent. Die Stimmbeteiligung betrug durchschnittlich 43,5 Prozent. (kha)

de darauf aufmerksam, dass das ambitionierte Klimaziel nicht zu schaffen sei.

Es ist wieder einer jener Abstimmungssonntage, an denen Barell fürchtet, dass weitere Unternehmen den Stadtkanton verlassen könnten. Einer jener Abstimmungssonntage, an denen er sich fragt, weshalb es nicht besser gelingt, die Stimmbevölkerung im linken Stadtkanton für die Probleme der Klein- und Mittelunternehmen zu sensibilisieren. Aufstürzt Barell deshalb aber nicht. Er werde sich mit den Politikerinnen und Politikern zusammensetzen, um über jene Mass-

nahmen, die in den nächsten fünfzehn Jahren auf die Bevölkerung zukommen, zu sprechen.

Darüber ist einer besonders froh: Regierungspräsident Beat Jans (SP). Er hat die Verkündung der Abstimmungsergebnisse ebenfalls im Rathaus verfolgt. Obwohl die Regierung zu Initiative und Gegenvorschlag die Nein-Parole herausgegeben hat, wirkt Jans, der den Ausdruck der «Basler Klimaloki» geprägt hat, nicht besonders traurig. Eher wirkt er überrascht, dass selbst die Initiative auf so viel Zuspruch gestossen ist. Als besonders wichtig erachtet es Jans, das Gewerbe mit an Bord zu haben. «Wir möchten dieses Ziel, netto null bis 2037, nicht auf Kosten des Gewerbes erreichen.» Es liege ihm viel daran, mit dem Gewerbeverband zusammen nach Lösungen zu suchen.

Auf das lokale Gewerbe dürfte in den nächsten fünfzehn Jahren viel zukommen. Nicht nur, was die Verkehrswende betrifft. Es ist auch gefordert, Solaranlagen zu installieren, Heizungen zu ersetzen oder Gebäudehüllen zu sanieren. Es ist fast ein bisschen ironisch, dass es nun ausgerechnet die Gegner der beiden Vorlagen sind, auf denen die Hoffnung ruht, diese Energiewende zu schaffen.



«Es ist unrealistisch, bis 2037 klimaneutral zu sein. Wenn man weiterhin darauf beharrt, dieses Ziel zu erreichen, werden drastische Massnahmen wie Verbote notwendig. Wir werden sehen, ob der Rückhalt aus der Bevölkerung in diesem Fall bestehen bleibt. Unternehmen, die flexibel sind, werden Basel-Stadt je nach Ausgestaltung der Massnahmen, die jetzt kommen, verlassen. Deshalb ist es wichtig, dass man nicht allzu radikal vorgeht.»

– **Gabriel Barell, Gewerbeverband**



«Das ist ein Traumresultat, ich bin überglücklich. Ich habe sehr viel Herzblut in diesen Gegenvorschlag gesteckt. Wir müssen jetzt vorwärtsmachen und das politische Signal ernst nehmen. In der Uvek haben wir uns ja auch darauf geeinigt, dass wir uns in den ersten fünf Jahren eine besonders steile Absenkkurve der CO₂-Emissionen wünschen. In den nächsten paar Monaten wird die Regierung mitteilen, wie sie den Ausbau der E-Ladeinfrastruktur genau angehen möchte. Auch den Ausbau der Fotovoltaikanlagen können wir nun so ausgestalten, dass es dort so richtig kracht.»

– **Daniel Säggerer, SP-Grossrat**



«Das Ergebnis ist ein deutliches Ja zu ambitionierten Klimamassnahmen. Wir anerkennen, dass die Umweltkommission ebenfalls sehr gute Arbeit geleistet und einen starken Gegenvorschlag hervorgebracht hat. Da die Initiative und der Gegenvorschlag einen solch grossen Zuspruch erhalten haben, heisst das für uns, dass 2037 das Mindestziel ist und dass gewiss niemand etwas dagegen hätte, wenn man es übertreffen würde.»

– **Agnes Jezler, Initiativkomitee**

Das Prinzip Hoffnung

Der Gegenvorschlag siegt: Basel-Stadt muss bis 2037 klimaneutral werden – wie genau, das weiss noch niemand.

Benjamin Wieland

Die Resultate sind da. Jubel zuerst auf der einen Seite des Grossratssaals. Dann in der Mitte. Nur in einer Ecke bleibt es still. Dort, wo sich die Doppel-Nein-Fraktion eingefunden hat – also jene, die beides zur Ablehnung empfohlen haben: Initiative und Gegenvorschlag.

Doch das Basler Stimmvolk sagt Ja im Doppelpack: Ja zur Klimagerechtigkeits-Initiative 2030, Ja zum Gegenvorschlag, mit dem die Klimaneutralität bis 2037 erreicht werden soll. Und auch wenn sich der Gegenvorschlag in der Stichfrage klar durchsetzt gegen die Initiative, sind gestern bei den Mitgliedern des Initiativ-Komitees im Abstimmungsforum im Grossratssaal ebenfalls nur zufriedene Gesichter zu sehen.

Das klare Ja zur Initiative zeige, dass sich die Stimmbevölkerung des Stadtkantons eine forschere Gangart wünsche, lautet der Grundtenor. Oder wie es Agnes Jezler, Mediensprecherin des Komitees, ausdrückt: «Die Baslerinnen und Basler hätten nichts dagegen, wenn das Zieljahr 2037 übertroffen wird.»

Beat Jans appelliert an Gewerbe und Bevölkerung

Das wird kaum geschehen. Auch mit der nun um sieben Jahre verlängerten Gnadenfrist wartet auf Regierung und Parlament ein grosser Brocken Arbeit. Regierungspräsident Beat Jans (SP) sagt, der Regierungsrat sei zwar beeindruckt vom Abstimmungsergebnis. Er habe aber auch grossen Respekt vor der schweren Aufgabe, die nun auf Regierung und Parlament zukomme.

«Die Bevölkerung will zwar, dass wir möglichst schnell vorwärts machen mit dem Klimaschutz», sagt Jans. «Aber wir wissen auch, dass wir mit den Kompetenzen, die wir als Kanton haben, das Tempo nur beschränkt bestimmen können.» Sicher sei: «Bevölkerung und Gewerbe müssen mitmachen. Sonst schaffen wir das nicht.»

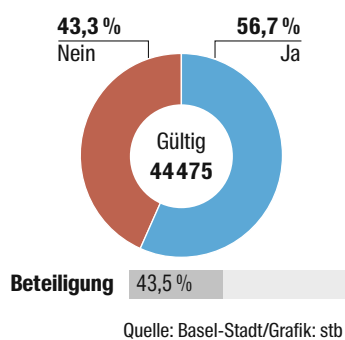
Wie stark gerade das Gewerbe mitzieht, ist unklar. Fest steht



Freude im Grossratssaal beim Lager, das den Gegenvorschlag zur Annahme empfohlen hat.

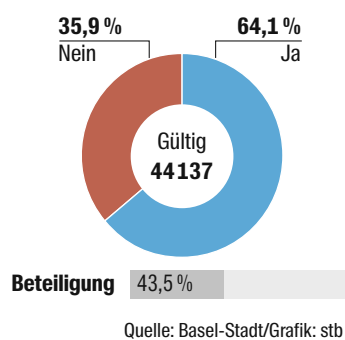
Bild: Juri Junkov (27. November 2022)

Klimagerechtigkeits-Initiative



für Gabriel Barell, Direktor des Gewerbeverbands Basel-Stadt und Mitglied des Komitees «für eine realistische Klimapolitik», das zweimal ein Nein empfahl: «Aus unserer Sicht ist eine Umsetzung der Klimaneutralität bis 2037 nach wie vor unrealistisch.» Barell warnte vor radikalen Schritten. Dann könne der Goodwill schmelzen, den das Vorhaben geniesse. «Wir haben

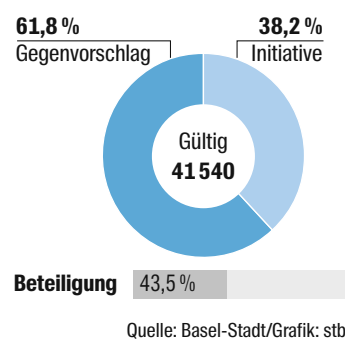
Klimagerechtigkeit Gegenvorschlag



immer gesagt: Die Massnahmen sollten nicht kontraproduktiv sein. Sonst wird die Unterstützung für das Anliegen sehr schnell sinken.»

In das gleiche Horn stösst das Nein-Komitee. In einer ersten Reaktion bedauert es das Ja zum «Basler Klima-Alleingang». Die Umsetzung sei wohl nicht ohne Verbote möglich. Von den im Grossen Rat vertretenen

Klimagerechtigkeit Stichfrage



Parteien hatten LDP und SVP Initiative und Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen. Für ein Ja zur Initiative bei der Stichfrage sprachen sich wiederum nur Grüne und Basta aus. Die übrigen Parteien unterstützten den Gegenvorschlag.

Der Bund gibt bei der Klimaneutralität 2050 vor – jenes Datum, das am Pariser Klimagipfel beschlossen wurde. Basel-

Stadt hat mit 2037 das höchste Tempo aller Kantone angeschlagen. Das ist bemerkenswert, weil der Stadtkanton kaum Emissionen via Aufforstung binden kann. Technische Speichermöglichkeiten stehen noch nicht im grossen Stil zur Verfügung.

Mit Fernwärme und Wärmepumpen zum Ziel

Beat Jans sieht beim Gebäudepark grosses Potenzial. Zwar sei die Sanierungsquote kaum noch steigerbar. «Was wir aber machen können, ist, alle Gebäude künftig an eine erneuerbare Heizung anschliessen, sei es Fernwärme, Wärmepumpe oder andere Lösungen.»

Es gäbe noch einen dritten Weg: CO₂-Zertifikate. Jans will aber möglichst keine Zertifikate kaufen. Falls doch, wäre mit politischem Widerstand zu rechnen. Initiativkomitee-Sprecherin Agnes Jezler: «Zertifikate sind nicht in unserem Sinn.»

Kommentar

Im Zweifel für die Machbarkeit

Das Basler Stimmvolk will, dass der Stadtkanton bis 2037 seine CO₂-Emissionen auf Netto-Null senkt und klimaneutral wird. 2037, das ist sieben Jahre später, als es die Klimagerechtigkeits-Initiative verlangt hätte, die ebenfalls angenommen wurde. Aber 2037 ist auch dreizehn Jahre früher, als es die Pariser Klimaziele vorschreiben. Indem er zweimal Ja sagt, dem Gegenvorschlag aber den Vorzug gibt, beweist der Basler Souverän Weitsicht.

Es handelt sich um einen gutbaslerischen Kompromiss zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Dass Netto-Null 2030 kaum realistisch wäre, hätten wohl selbst die Initiantinnen und Initianten nicht bestritten. Es hiess aber, man müsse den Druck auf Regierung und Parlament hochhalten. Verzögerungen gebe es sowieso. Doch der Tritt aufs Gaspedal hätte Goodwill verheizt. Unter dem Zwang, auf Teufel komm raus CO₂ einzusparen, wären Massnahmen notwendig geworden, die kontraproduktiv sind. Etwa die Entsorgung von noch funktionstüchtigen Heizungen und Autos. Dem Klima wäre, unter Berücksichtigung der Vernichtung von grauer Energie, ein Bärendienst erwiesen worden. Vom modernen Ablasshandel mit Zertifikaten wollen wir gar nicht erst reden.

Mit 2037 gibt es nun eine Zeitreserve, die Raum bietet für gut vorbereitete, breit abgestützte, mehrheitsfähige Massnahmen. Gestern fielte das Stimmvolk einen Entscheid im Sinne von: Tun wir das Machbare, statt das Unmögliche zu wollen.



Benjamin Wieland
benjamin.wieland@chmedia.ch

«Man könnte jedem 35 Quadratmeter

Gespräch mit Basler Klimaaktivist Axel Schubert, einer der führenden Köpfe hinter der Klimagerechtigkeitsinitiative, fordert radikale Veränderungen – und wirft der Basler SVP vor, sie habe ihn mundtot machen wollen.

Katrin Hauser und
Alexander Müller

Herr Schubert, Sie haben massgeblich an der Basler Klimagerechtigkeitsinitiative mitgearbeitet. Persönlich fordern Sie ein radikales Handeln, um den Klimawandel zu bremsen. Was genau möchten Sie in Basel-Stadt radikal ändern?

Ich möchte die Dringlichkeit in den Fokus stellen. Einem grossen Teil der Bevölkerung ist es noch nicht klar, wie dringlich die Krise ist. Die Klimaerhitzung wird zwar kaum noch geleugnet, die Dringlichkeit aber schon. Wir wissen, dass Null-Emissionen bis 2050 viel zu spät sind. Wollen wir sie früher, braucht es ganz andere Massnahmen.

Welche Massnahmen?

Bevor wir diese diskutieren, muss zuerst das Bewusstsein für die Dringlichkeit geschaffen werden. Ansonsten wird jede Massnahme umgehend abgeschossen, weil sie zu radikal erscheint.

Sie wollen also zuerst darüber sprechen, dass wir darüber sprechen müssen?

Ja. Aber auch anhand von konkreten Projekten. Beispielsweise: Wie kann ein Rheintunnel (Anm. der Red.: Gemeint ist der neu geplante Autobahntunnel unter dem Rhein bei Basel) von einer Regierung völlig unabhängig von der Dringlichkeit der Klimakrise gepusht werden?

Klimaauswirkungen von grösseren Projekten müssen in Basel-Stadt künftig ausgewiesen werden. Das wurde bereits beschlossen. Die Bevölkerung aber hat ein Anrecht darauf, zu erfahren, welche radikalen Massnahmen auf sie zukommen könnten.

Radikal meint im Wortsinn, an die Wurzel von Problemen zu gehen, Dinge anders zu machen, nicht nur an der Oberfläche zu kratzen. Ein Beispiel zur Umgestaltung des Stadtraums: An einem typischen Strassenabschnitt in einem Blockrand, an dem 200 bis 300 Menschen wohnen, stehen 10 bis 12 Autos. Da beanspruchen ganz wenige den öffentlichen Raum für sich. Wir können durch Car-sharing die Anzahl der Autos reduzieren und Mobilität sicherstellen. Die verbleibenden Autos parkieren in bestehenden Einstellhallen, von denen gibt es genug. Zwei Parkfelder werden für das Gewerbe reserviert. Der Stadtraum stünde dann allen zur Verfügung. So was ist natürlich mit den Menschen vor Ort umzusetzen.

In Ihrer Zukunft gibt es also noch Autos?

Ja. Wir müssen die Mobilität aber differenzierter betrachten. In der Stadt reichen für Anlieferungen meistens Cargo-Velos. Manchmal braucht es vielleicht auch einen Kleinlaster. Und die dürfen dann auch fahren, weil sie einen anderen Stellenwert für unser Zusammenleben haben als privater Autoverkehr. Der Rheintunnel hingegen ist eine Ausbaumassnahme, die viele Milliarden kostet, aber Mehrverkehr generiert.



Die Schweizerinnen und Schweizer würden für ihren Wohnraum pro Kopf zu viel Platz verbrauchen, kritisiert Axel Schubert. Foto: Lucia Hunziker

«Würden Flughäfen zurückgebaut, würde weniger geflogen.»

Eine beliebte Behauptung von Klimaaktivisten. Tatsache ist: Die Bevölkerung der Schweiz ist dieses Jahr um circa jene des Kantons Basel-Stadt gewachsen. Das gibt auch mehr Verkehr. Deswegen müssen wir die Infrastruktur ausbauen. Die Befürworter rechtfertigen Strassenbau damit, dass es danach weniger Stau gibt. Weil die Leute Reisezeit einsparen, habe das einen volkswirtschaftlichen Nutzen. In der Realität wird diese sogenannte eingesparte Reisezeit aber immer wieder in weitere Verkehrsleistung reinvestiert. Das heisst, die Leute nehmen noch längere Wege in Kauf, weil sie danach gleich lange fürs Pendeln benötigen wie zuvor.

Die Zersiedelung wird aber genauso durch den Ausbau des ÖV-Angebots gefördert. Ja. Die jeweilige Infrastruktur generiert auch den jeweiligen Verkehr. Wir haben durch das extrem gut ausgebaute Eisen-

bahnnetz wahnsinnig hohe Anteile von Fernverkehrspendlern im Zug. Das Gleiche gilt für das Auto oder das Flugzeug. Würden Flughäfen zurückgebaut, würde weniger geflogen. Die Infrastruktur ist die Voraussetzung für den Verkehr.

Also sollte man auch das GA und das U-Abo abschaffen? Da muss man unterscheiden. Der Fernverkehr ist ein Luxusgut. Der soll sicher weiterhin etwas kosten. Der Nahverkehr kann aber auch kostenlos angeboten werden, um vor Ort auf das Auto verzichten zu können.

Plädieren Sie als Architekt für eine Konzentration auf die Stadt? Soll Basel zur Hochhaus-City werden? Auch bei der Verdichtung müssen wir genauer hinschauen. Ein beliebiges bauliches Verdichten lehne ich ab. Basel hatte in den 70er-Jahren 240'000 Einwohner mit einem viel geringeren baulichen Bestand. Heute denken wir, dass wir grenzenlos wachsen können. Das ist aber eine völlig irrationale Annahme, für die die physischen Grundlagen fehlen. Wenn wir pro Kopf circa acht Quadratmeter weniger Wohnfläche hätten, müsste in der Schweiz mit zehn Millionen Einwohnern kein einziger Neubau erstellt werden.

Das ist sehr theoretisch. Nein, ist es nicht. Wir müssen erst mal die Frage stellen: Wollen wir baulich weiterwachsen, obwohl jede Bautätigkeit CO₂-Emissionen verursacht? Oder können wir das Bedürfnis, ein Dach über dem Kopf zu haben, auch anders befriedigen?

Sie fordern eine gesetzliche Regelung für die erlaubte Wohnfläche pro Kopf? Es sind verschiedene Modelle denkbar, etwa ein Bonus-Malus-System oder Lenkungsabgaben im Bereich Wohnen. Jedem Menschen könnte man zum Beispiel 35 Quadratmeter Wohnfläche zugestehen. Benötigt jemand mehr Fläche, zahlt er in einen Topf ein. Kommt er mit weniger aus, erhält er Geld zurück.

35 Quadratmeter? Wir haben in der Schweiz derzeit gut 45 Quadratmeter pro Kopf. In südlichen Ländern Afrikas sind es 10. Wie kann es sein, dass wir weiterwachsen wollen, während Entwicklungsszenarien des Weltklimarates in diesen Ländern weiter von 10 Quadratmetern ausgehen? Das ist wahnsinnig arrogant. Wir verteidigen unseren Luxus. Das können wir aber nur, wenn wir die Dringlichkeit der Klimakrise ignorieren.

Angenommen, wir schaffen es, weitestgehend CO₂-neutral Auto zu fahren, zu fliegen, zu heizen und zu produzieren. Wieso sollten wir dennoch auf 35 Quadratmetern wohnen? Weil wir so weit noch nicht sind. Weil wir das Bauen noch nicht CO₂-neutral hinkriegen.

Das heisst, Sie fordern eine Art von Übergangsverzicht? In dem Sinne kann man das so sagen, ja. Ich fordere eine Beweislastumkehr. Wenn wir so weit sind, dass wir klimaneutral bauen oder fliegen können, können wir das durchaus machen.

Was Sie ausklammern, ist die Frage der Umsetzbarkeit. Eine Wohnflächenbeschränkung auf 35 Quadratmeter ist komplett unrealistisch. Wenn wir bloss das Realistische als Massstab für unser Handeln

nehmen und das klimapolitisch Gebotene komplett ausser Acht lassen, ist auch das Dringlichkeitsleugnung. Wenn uns das Herz blutet, weil wir die Dramatik der Situation begriffen haben, sind wir auch für andere Lösungen bereit.

Wir leben nun einmal in einer Demokratie, und was Sie fordern, ist schlicht nicht mehrheitsfähig. Unter den jetzigen Bedingungen ist es nicht mehrheitsfähig. Solange der Regierungsrat von Basel-Stadt signalisiert, in einer Krise Autobahnen zu bauen, sei völlig normal, wird eine Normalität in den Köpfen der Menschen produziert, die absolut nicht krisenadäquat ist. Wo sind die Regierungsräte und Chefbeamten, die sagen: «Wir haben eine riesengrosse Krise»? Wenn Menschen Zeitungen aufschlagen

Er fliegt seit 1998 nicht mehr

Axel Schubert (50) hat massgeblich an der Basler Klimagerechtigkeitsinitiative wie auch am Klima-Aktionsplan Schweiz mitgearbeitet. Er leitet den Fachbereich nachhaltige Raumentwicklung an der Fachhochschule Nordwestschweiz. Vor seiner Tätigkeit als Hochschuldozent war er während 12 Jahren Projektleiter

beim Bau- und Verkehrsdepartement von Basel-Stadt. Schubert ist nach eigenen Angaben seit 1998 nicht mehr geflogen. Seit den 80ern verzichtet er weitgehend auf Fleisch. Derzeit wohnt er auf 65 Quadratmetern im Kanton Basel-Stadt. Seine Wohnung sei gleichzeitig auch Arbeitsplatz. (kha/amu)

Wohnfläche zugestehen»



tatsächlich den Produktionsmix des Stroms gemeint, der gemäss den Angaben des Bundesamts für Energie zu 61,5 Prozent aus Wasserkraft besteht.) Und auch da muss man genau hinschauen, wie das Wasser in die Stauseen gekommen ist. Oft wird es mit Atomstrom hineingepumpt. Auch der Stromanteil durch Wind- und Solarenergie ist relativ gering. Die Schweiz hat dafür in Europa einen der höchsten Anteile an Häusern, die noch mit Öl und Gas beheizt werden.

Das beheben wir ja nun in Basel-Stadt bis 2035. Aber einmal angenommen, wir würden Ihrem Zeithorizont folgen. Was müssten wir tun? Was ist Ihr konkreter Plan?

Wenn wir am Punkt sind, an dem die Krise als dringlich wahrgenommen wird, könnten wir handeln wie bei Corona. Auf Wissenschaft, Expertinnen und Experten hören, Krisenstäbe einrichten, mit Routinen brechen, Handeln repriorisieren. Bezüglich des Bauens könnten wir ein temporäres Baumoratorium diskutieren, wie im Klimaaktionsplan des Klimastreiks vorgeschlagen. Wir würden nur noch für die Gesellschaft absolut notwendige Infrastrukturen wie Krankenhäuser und Schulen oder aber Infrastrukturen für erneuerbare Energien wie beispielsweise Windräder bauen. Beschäftigte im Bau werden für Gebäudesanierungen umgeschult. Viele ältere Menschen, die in zu grossen Wohnungen leben, denen ein Umzug aber zu aufwendig ist, könnten wir beim Umzug in eine kleinere Wohnung sofort unterstützen.

Ein Baumoratorium hiesse für die Stadt Basel, dass sie sich auf all ihren Entwicklungsarealen – Klybeck, Dreispitz, Wolf – einfach nicht mehr weiterentwickeln kann.

Wir haben eine Krise und müssen nach gesellschaftlichen Prioritäten fragen. Ich möchte darum die Klimaverträglichkeitsprüfungen dieser Planungen sehen. Wenn diejenigen, die solche Areale zusammen mit Investoren planen, zugleich neue Autobahnen bauen wollen, haben sie eben die Krise noch nicht auf dem Schirm. Dann hat eine Bewegung auch das Recht, den Fuss in die Tür zu stellen.

Im Klybeck soll ein autoarmes Quartier mit Superblocks nach dem Vorbild von Barcelona entstehen – etwas, das Sie selbst loben.

Autoarm, mit etlichen unterirdischen, zementintensiven Einstellhallen. Zugleich geht es um Entwicklungen mit Hochhäusern, die vom Typus her nicht nachhaltig sind. Von der Erschliessungs- und Tragstruktureffizienz her haben sie einen sehr hohen Ressourcenaufwand. Ob das angemessene Antworten auf die Klimakrise sind, wage ich zu bezweifeln, aber da wurde vor Jahren, bei der Planung, eben noch nicht darauf geachtet.

Die von Ihnen kritisierten Regierungsräte müssen sich überlegen, was umsetzbar ist. Viele Basler Hausbesitzer –

gerade solche, die geringe Mieten verlangen – können es sich beispielsweise nicht leisten, jetzt ihre Gasheizung herauszureissen und noch die Gebäudehülle zu sanieren.

Ich glaube, viele Hausbesitzer könnten es grundsätzlich schon. Eine Studie vom Bundesamt für Energie zeigt, dass die Finanzierungsfrage in der Regel nicht das Hindernis ist. Wenn Leute es finanziell gesehen aber tatsächlich nicht können, stellt sich genau die Frage, wie wir mit gesellschaftlichen Ressourcen umgehen: Verbuddeln wir lieber drei Milliarden in der Region im Strassenbau oder subventionieren wir damit vielleicht besser Gebäudesanierungen?

«Demokratien haben ein totalitäres Moment.»

Was tun Sie persönlich, um Menschen, die politisch andere Haltungen als Sie haben, ins Boot zu holen?

Ich versuche, mit ihnen ins Gespräch zu gehen. Welche Positionen teilen wir, wenn es um das Einhalten des 1,5-Grad-Limits geht? Wichtig ist, dass es nicht nur um Einschränkungen geht. Eine andere Gesellschaft kann eine viel lustvollere, eine viel achtsamere sein. Eine, die viel weniger auf Konkurrenz setzt, die lebenswerter ist, mit weniger Lärm und mehr Grün in den Quartieren.

In den sozialen Medien fallen Sie nicht gerade dadurch auf, dass Sie das Gespräch suchen. Sie haben kürzlich getwittert, dass Ihre Vorlesungszeit für das Diskutieren von SVP-Positionen ohnehin viel zu wertvoll sei.

Ich suche das Gespräch und verlange aber auch eine Position zum 1,5-Grad-Limit, gerade von Politikerinnen und Politikern. Hier verweigert sich die SVP regelmässig. Und mit rein besitzstandwahrenden Positionen setze ich mich in meinen Vorlesungen nicht auseinander. Dass der Basler SVP-Präsident dabei versucht hat, mich beim Direktor meiner Hochschule und beim Direktionspräsidenten der FHNW mundtot zu machen, macht es nicht besser. (Anm. der Red.: Pascal Messerli, Präsident der Basler SVP, hat die FHNW-Direktion im November 2022 angeschrieben und sich über die Tweets des Dozenten Axel Schubert in der Debatte um die Klimagerechtigkeitsinitiative beschwert.)

Das ist arrogant. Die SVP ist die grösste Partei in der Schweiz. Und Sie sagen, mit all diesen Leuten muss man sich gar nicht erst auseinandersetzen.

Nein, das habe ich nicht gesagt. Mit Vertretern, die nicht daran interessiert sind, krisenadäquate Massnahmen auszuarbeiten, will ich mich nicht weiter auseinandersetzen. Wenn eine SVP CO₂-Gesetze torpediert und die Qualität meiner Lehre anzweifelt, obwohl sie nie in meiner Vorlesung gesessen hat, kann ich sagen: Sorry, das ist kein produktiver Beitrag.

Haben Sie ein Problem mit anderen Meinungen? Haben Sie ein Problem mit der Demokratie?

Nein. Ich habe ein Problem mit einer Demokratie, wenn sie besitzstandwährend ist. Ich fordere eine Demokratisierung der Demokratie.

Was heisst das?

Demokratien haben ein totalitäres Moment. Sie treffen immer Ausschlüsse: Entweder steht an Ort X ein Baum oder ein Auto. Das eine schliesst das andere aus. Das ist okay, das geht nicht anders. Die Frage ist, wie mit den Folgen von Ausschlüssen umgegangen wird. Eine reife Demo-

kratie zeichnet sich dadurch aus, dass sie Verantwortung für die Folgen ihrer Entscheide trägt.

Das tut sie doch. Wir investieren Geld in Start-ups, die CO₂ aus der Luft filtern.

Das ist ein Hoffen auf die technische Lösbarkeit der gesellschaftlichen Probleme.

Nein, es ist ein Vertrauen in die Wissenschaft.

Nein. Dann zitiere ich halt aus der Wissenschaft. Im IPCC-Bericht 2018 heisst es, es sei zu riskant, in grossem Massstab auf solche Techniken zu setzen. Sogar der Bundesrat sagt das. Wir müssen solche Technologien entwickeln. Aber sie reichen nicht aus, um ein Weiterwachsen überkompensieren zu können. Wir brauchen neben technischer Innovation auch gesellschaftliche Innovation – etwa zur Frage, wie wir künftig zusammenleben wollen.

Wie, denken Sie, wird die Welt 2050 aussehen, wenn wir nur den Weg der technischen Innovation gehen?

Sie wird ziemlich katastrophal aussehen. Wir haben in den letzten Jahren gesehen, wie es in Kalifornien und Australien gebrannt hat, wie es in Pakistan zu Überschwemmungen kam, wie Fische im Rhein oder Bäume im Hardwald sterben. Das wird sich massiv verschärfen – und zwar schon bei einem Limit von 1,5 Grad. 1,5 Grad als Ziel anzupreisen, ist Blasphemie. 1,5 Grad sind bereits eine Katastrophe. An ganz vieles können wir uns nicht anpassen.

Nun, doch. Die Leute werden migrieren.

Ja. Die Klimaerhitzung wird Gesellschaften in ganz hohem Masse in Stress versetzen. Es wird eine Klimamigration geben. Ich denke, wir müssen diese Migration kleiner halten, indem wir Klimaschutzmassnahmen treffen – und zwar jetzt.

Basler Verwaltung heizt wärmer als 19 Grad

Energiespar-Kampagne 19 Grad Celsius: Diese Heiz-Obergrenze hat die Basler Regierung Ende August für Verwaltung und Schulen festgelegt. Damit sollte die Energiespar-Kampagne des Bundes unterstützt und mit gutem Beispiel vorangegangen werden: «Der Regierungsrat erhofft sich, dass in vielen weiteren Gebäuden die Raumtemperatur freiwillig gesenkt wird.»

Doch wird die Obergrenze auch eingehalten? Mit einem Thermometer machen wir Stichproben. Die Aussentemperatur liegt an diesem Tag in Basel bei 15 Grad Celsius. Die erste Station ist das Bau- und Verkehrsdepartement am Münsterplatz. Wir messen 20,9 Grad. Im angrenzenden Bau- und Gastgewerbeinspektorat klettert die Anzeige auf 21,1 Grad. Danach setzen wir uns beim Einwohneramt in der Spiegelgasse zu den Wartenden. Ein Jackenreissverschluss nach dem anderen öffnet sich, das Thermometer steigt und steigt. 22,9 Grad stehen schliesslich auf dem Display.

«Temperatur kann variieren»

Wir konfrontieren die Behörden mit den Messwerten. Laut Sonja Körkel, Kommunikationsbeauftragte beim federführenden Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU), wurde der Beschluss des Regierungsrats zur Absenkung der Raumtemperatur in Gebäuden erfüllt. Dieser sei umgesetzt worden, indem die Heizkurven in den diversen Heizzentralen der Verwaltungsgebäude abgesenkt wurden.

«Generell wurden die Heizungen so eingestellt, dass in einer Mehrzahl der Räume in Gebäuden eine Temperatur von 19 Grad erreicht werden kann», argumentiert Körkel. «Je nach Grösse und Konstruktionsart des Hauses, Heizsystems, nach Lage und Belegung der Räume kann die Temperatur in den einzelnen Räumen aber um mehrere Grad variieren.» So komme es vor, dass die Temperatur in Teilen von Gebäuden über 19 Grad betrage. «Wir konnten aber auch feststellen, dass es verschiedentlich ebenfalls aus den soeben genannten Gründen kälter ist als 19 Grad.»

Auf Nachfrage kann das WSU keinen Raum nennen, in dem es nicht wärmer als 19 Grad ist. Es handle sich aber um die Mehrzahl, betont Körkel. Und: «In einigen Büros im dritten Stock des Blauen Hauses (am Rheinsprung 16) hatten wir im Dezember teilweise 16 Grad», so Körkel. «Hier wurden die Heizungen nachträglich noch so angepasst, dass mindestens 19 Grad erreicht werden konnten.» Ob das Ziel von gesparten sechs Prozent erreicht wurde, kann Körkel nicht sagen. Da die Heizperiode andauert, liege keine Auswertung zum Energieverbrauch vor. (ith)

ANZEIGE

Kostenlose Zahn-Implantat Beratung

Manchmal hört man „bei Ihnen gehen Implantate nicht, Sie haben zu wenig Knochen“. Dies trifft nicht immer zu. Dr. Marschall und Kollegen wissen wie man auch bei wenig Knochenangebot Implantate setzt. Profitieren Sie so lange es geht von der Kompetenz und Erfahrung der spezialisierte Zahnärzte und vom Eröffnungsangebot: 40 % Rabatt* auf Implantat-Kronen und übrige Kronen. Gilt bis zum 28.02.2023. Termine können vereinbart werden bei ABA Aeschenplatz Zahnklinik 061 226 60 00.



Plädiert für ein temporäres Baumoratorium: Axel Schubert. Foto: Pino Covino

und Autos mit zweieinhalb Tonnen in tollsten Worten beschrieben werden, wird auch Normalität produziert. Wie sollen Menschen, die das im Kopf haben, auf die Idee kommen, CO₂ zu sparen? Da ist unsere Gesellschaft völlig widersprüchlich. Direkte Demokratie kann durchaus auch reaktionär sein, wenn sie genutzt wird, um Besitzstände zu verteidigen. Das passiert umso mehr, je grösser unsere Verlustangst ist, je mehr wir diese Krise von uns fernhalten und denken, es sollen erst einmal die anderen anfangen. Wenn wir aber durch unsere Besitzstände die Zukunft von Kindern verscherzen, von künftigen Generationen und von den Leuten, die jetzt aufgrund von Dürren und Hunger migrieren, dann ist das nicht okay.

Aber wir tun ja was. Wir stellen die Mobilität auf Elektrizität um. Die Schweiz hat ausserdem einen relativ geringen CO₂-Ausstoss in der Energieproduktion. Nein, wir haben einen ganz geringen Anteil an Erneuerbaren in der Schweiz.

Das stimmt doch gar nicht. Wasserkraft hat einen Anteil von 60 Prozent am Energiemix der Schweiz. Nein, Sie meinen nur den Strommix. (Anm. der Red.: Wir haben

*Bei SSD-Tarif TPW 1.1 Fr., bei EL, KK, UVG gilt der SUVA-Tarifvertrag

Basel Stadt Land Region

Wie aktivistisch dürfen Hochschullehrer sein?

Aufregung nach BaZ-Interview Axel Schubert ist Dozent – und Klimawandelbekämpfer. Seine Äusserungen sorgen für viel Kritik.

Sebastian Briellmann

Für Axel Schubert, Basler Klimaaktivist und Leiter des Fachbereichs Nachhaltige Raumentwicklung an der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), ist Überlebenskampf eigentlich immer, wie er im Interview mit dieser Zeitung in klaren Worten darlegte. Lieblingsbegriff: «Dringlichkeit». Kurz: Die Welt stirbt. Was man diesem interessanten Mann aber lassen muss, ist, dass er nicht nur eine neue Gesellschaftsordnung, wie sie ihm vorschwebt, skizzieren kann – sondern gleichzeitig auch in der Lage ist, fast schon nonchalant nebenbei ein paar politische Botschaften zu platzieren.

Und, noch wichtiger: Er bringt ein Thema auf, das ebenfalls relevant ist. Wie politisch dürfen Hochschulprofessoren und -dozentinnen sein?

Die SVP ist oft der Trigger

Schubert, ein führender Kopf hinter der Klimagerechtigkeitsinitiative – die das Basler Stimmvolk mit 57 Prozent angenommen hat (und den Gegenvorschlag sogar mit 64 Prozent) –, ist für diese Debatte ein durchaus passendes Beispiel. Er twittert viel – und manchmal, da twittert er sich fast um Kopf und Kragen.

Die SVP ist oft der Trigger, an dem sich sein Ärger entlädt (Achtung, abgeänderter Lieblingsbegriff: «Dringlichkeitsleugnung»). Das äussert sich dann zum Beispiel so: «Speziell für die Diskussionen von SVP-Positionen wäre Vorlesungszeit eh viel zu wertvoll.» In der BaZ sagt Schubert sogar, dass die Volkspartei ihn beruflich diskreditieren wolle: «Dass der Basler SVP-Präsident dabei versucht hat, mich beim Direktor meiner Hochschule und beim Direktionspräsidenten der FHNW mundtot zu machen, macht es nicht besser.» Was ist geschehen?

Der Basler SVP-Präsident heisst Pascal Messerli, und dieser hat sich im letzten Jahr tatsächlich mit einem Schreiben an die FHNW gewandt (die E-Mail liegt dieser Zeitung vor). Er beschwert sich darin, dass Schubert mit «aufdringlichen, aggressiven und unsachlichen Tweets zur Klimagerechtigkeitsinitiative» auffalle: «Leute, welche bei dieser Initiative nicht seine Meinung vertreten, werden sofort als Klimaleugner beschimpft und als mitschuldig für gewisse Naturkatastrophen abgestempelt. Auch seine Aussagen gegenüber einzelnen Parteien verwundern, da man sich als Dozent in einer öffentlich-rechtlichen, mit Steu-

ergeldern finanzierten Hochschule doch etwas zurücknehmen sollte.» Selbstverständlich, so Messerli, dürfe man seine politische Meinung äussern, die penetrante Art auf Twitter und an Podiumsveranstaltungen überspanne den Bogen des Ertragbaren jedoch massiv. Schubert solle doch ein «paar Gänge herunterschalten».

Freiheit der Lehre

Auf Anfrage sagt der SVP-Präsident: «Wie Sie sehen, möchte ich niemand mundtot machen. Das Gespräch mit der FHNW war konstruktiv, sie hat mir in gewissen Punkten sogar recht gegeben. Es ist einfach wichtig, dass es einen Unterschied gibt zwischen der Meinung als Privatperson und jener als Dozent.»

Also, nochmals die Frage: Wo muss ein Hochschullehrer die Grenze ziehen zwischen seiner Funktion und seiner privaten Meinung? Oder muss man ganz anders fragen: Wollen Politiker hier vielleicht sogar einen Wissenschaftler mundtot machen? SP-Grossrat Pascal Pfister bringt Messerli in einem scharfen Tweet indirekt mit «Cancel-Culture» in Verbindung.

Die FHNW sagt auf Anfrage, sie sei nicht der Meinung, dass Schubert mundtot gemacht wor-



Er bewegt die Gemüter:
Axel Schubert. Foto: Pino Covino

Die FHNW schreibt, dass man die privaten Auftritte der Angestellten in den sozialen Medien nicht bewerte.

den sei. Man habe mit beiden Parteien gesprochen («konstruktiv») – und somit beide Positionen in Erfahrung gebracht. Grundsätzlich sei es so: Dozenten der FHNW gestalteten ihre Lehre auf der Grundlage der guten wissenschaftlichen Praxis. Es gelte für sie die Freiheit der Forschung und der Lehre. Und: Als Privatpersonen dürften sich FHNW-Angehörige politisch äussern.

Wo zieht man die Grenze?

So weit, so klar (und unbestritten). Nun wird es aber komplizierter. Wo zieht man die Grenze zwischen Privatperson und Hochschullehrer? Ist etwa Axel Schubert auf Twitter wirklich nur privat unterwegs?

Die FHNW schreibt: «Diese Grenze ist nicht einfach zu ziehen und muss primär von den jeweiligen Personen selbst verantwortungsvoll ausgehandelt werden.» Die Qualität der professionellen Auftritte von Experten im Rahmen ihrer Tätigkeit an der FHNW in den sozialen Medien schätze man als sehr hoch ein. Aber: Die privaten Auftritte der Angestellten bewerte man nicht.

Ganz ähnlich äussert sich auch die Universität Basel auf Anfrage: freies Denken, freie Meinungsäusserung, mit verschiedenen Meinungen reflektiert umgehen.

Dafür gebe es einen «Code of Conduct» und eine «Integritätsordnung».

Und: «Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass diese Rahmenbedingungen ausreichen, um die Glaubwürdigkeit der wissenschaftlichen Lehre und Forschung zu gewährleisten.»

Marcel Tanner, oberster Wissenschaftler der Schweiz, hat in einem Interview mit der «Basler Zeitung» aber auch gesagt: «Die Wissenskultur muss besser werden.» Man müsse als Wissenschaftler wieder mehr Möglichkeiten aufzeigen: «Das schafft Vertrauen. Und diese Kultur braucht es auch bei uns, damit der Dialog zwischen Wissenschaft und Politik gelingt – und vor allem: zwischen Wissenschaft und Gesellschaft.»

In der Krise versagt

Aber er hat auch Folgendes festgestellt bei den grossen Krisen, etwa bei Corona: «Diese Attitüde, nicht mehr aufs Gemeinsame zu schauen, sondern aufs Trennende: Das ist schon ein Versagen des wissenschaftlichen Vorgehens.»

Was ist erlaubt? Was ist zu viel? Die Grenze scheint sich zunehmend zu verschieben. Griffige Antworten lassen aber noch auf sich warten.

Region

«Für uns ist jetzt klar, dass wir ein Teil der Lösungen sein wollen»

Gewerbe spannt mit Regierung zusammen Obwohl der Verband der KMU sich gegen die Basler Klimaziele ausgesprochen hatte, arbeitet er nun an deren Einhaltung mit – und macht den Schulterschluss mit der Regierung.

Isabelle Thommen

CO₂-neutral bis 2037: Das ist das erklärte Ziel der Basler Stimmbevölkerung. Gleich nach der Abstimmung im vergangenen November betonte der Basler Regierungspräsident Beat Jans (SP), dass es gelte, die Vorgabe gemeinsam mit dem Gewerbe zu erreichen. Der Basler Gewerbeverband hatte sich im Vorfeld aber eigentlich gegen die Klimainitiative sowie deren Gegenvorschlag ausgesprochen.

Am Montag war es dennoch der Gewerbeverband, der in der Klimafrage den ersten Schritt auf die Regierung zuzug. Verbandspräsident Reto Baumgartner lud Kaspar Sutter (SP), Regierungsrat und Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, zum Besuch dreier KMU ein. Ganz oben auf der Traktandenliste: die Umsetzung der Klimagerechtigkeitsinitiative.

«Gemeinsamkeiten leben»

«Es ist kein Thema mehr: Das Stimmvolk hat entschieden», sagt Baumgartner. «Für uns ist jetzt klar, dass wir ein Teil der Lösungen sein wollen.» Es ist das erste Mal, dass der Verband mit einem Regierungsrat Betriebe besucht – bisher hatten beide Seiten solche Besuche einzeln abgehalten. «Ich finde es sehr toll, dass man gemeinsam jetzt zu den Betrieben geht», sagt Sutter. «Man sieht Herausforderungen und Probleme der Unternehmen gemeinsam.» Den Wandel weg von der fossilen Lebensweise könne man nur zusammen mit dem Gewerbe schaffen. «Ich bin froh, dass das Gewerbe auch dabei ist.»

Baumgartner erläutert, der gemeinsame Besuch habe gezeigt, dass Regierung und Verband in der Klimafrage gemeinsam an Lösungen arbeiten wollen. «Wir werden nicht bei allen politischen Geschäften Einigkeit



Auf Stippvisite: Kaspar Sutter (Mitte) und Reto Baumgartner im Gespräch mit Jacqueline Bader, Inhaberin der Centra-Garage. Foto: Nicole Pont

haben, aber wir werden uns sicher häufiger austauschen als bisher.» Ob das Ziel 2037 damit erreicht wird, werde sich zeigen. «Das ist als Verband nicht unser Problem. Aber die Gemeinsamkeiten zu finden und herauszustreichen, ist sicher etwas, das wir leben wollen.»

Im Klimaziel sieht er auch eine Chance für das Gewerbe. «Der heutige Besuch hat gezeigt, dass auch die KMU diese Chance nutzen wollen. Viele von ihnen hatten das vorher bereits auf dem Radar und nicht erst durch

die Abstimmung», sagt Baumgartner. Ein Beispiel dafür ist die Centra-Garage, deren Inhaberin FDP-Landrätin Jacqueline Bader ist. Seit rund acht Jahren hat das Unternehmen eine grosse Fotovoltaik-Anlage an der Geschäftsfassade in Betrieb. Damit nehme die Garage eine Pionierrolle ein, sind sich Sutter und Baumgartner einig. «Wir hatten lange die grösste Anlage hier», erinnert sich Bader.

Insgesamt drei Unternehmen besuchen Baumgartner und Sutter am Montag. Vor der Klima-

Abstimmung hatte der Gewerbeverband Seite an Seite mit den bürgerlichen Parteien gegen das Ziel gekämpft, das es jetzt umzusetzen gibt.

«Wir sind keine Partei»

Bedeutet die Annäherung an die Regierung eine politische Neupositionierung weg von einem bürgerlichen Umkreis? «Grundsätzlich arbeiten wir mit allen Parteien zusammen», sagt Baumgartner. «Es gibt mit allen Parteien irgendwelche Gemeinsamkeiten», so der Verbandspräsident. «Für uns ist

klar: Wir sind keine Partei, sondern das Sprachrohr der KMU, und das wollen wir auch so leben. Das steht im Vordergrund.»

Für seine KMU schlägt Baumgartner denn auch künftig die Werbetrommel. «Uns ist klar: Die Basler KMU sind innovativ und unternehmerisch.» Die Werner Druck & Medien AG darf ihre zukunftsweisende Technologie am Rundgang gleich vorführen: Hier steht der modernste Digitaldrucksaal der Schweiz – eines der Geräte darin ist das modernste in ganz Europa. Bei der

nächsten Station, der Rosenmund Haustechnik AG, macht der Verbandspräsident wie selbstverständlich auch gleich Werbung für das Druckunternehmen. «Wenn Sie mal etwas drucken müssen...», sagt er zu Rosenmund-COO Sacha Rumpel.

Die Firma Rosenmund ist gefordert, da sie einen Teil der gesteckten Ziele mit umsetzen muss. «Man sieht bei der Umstellung der Heizsysteme, wie sie bereit ist und einen Beitrag leistet», sagt Kaspar Sutter. «Sie sieht auch Möglichkeiten für sich.» So schätzen die Mitarbeitenden die neuen Herausforderungen, die etwa die Wärmepumpen mit sich bringen, weil sie die Technik fasziniere. Auch im Fotovoltaik-Bereich will das Unternehmen künftig Dienstleistungen bieten – und so einen ganz neuen Geschäftszweig eröffnen.

«Wir brauchen Leute»

Die Herausforderungen im Klimabereich sind aber nicht die einzigen Themenfelder, die bei den KMU zu Fragen und Problemen führen. Sowohl Sutter als auch Baumgartner erhalten viele Rückmeldungen betreffend den herrschenden Fachkräftemangel. «Wir sind dabei, eine Auslegeordnung zu machen. Hier können wir sicher das eine oder andere mehr beitragen», so Baumgartner.

«Schwierig ist es im ganzen Fotovoltaik-Bereich», sagt Sutter. «Dort ist der Kanton daran, mit dem Fachverband und dem Gewerbeverband Ausbildungsgänge zu schaffen, damit man dort genug Installateure hat», so der Regierungsrat. «Wenn wir die Energiewende schaffen wollen, brauchen wir genügend Leute, die das können. Dort braucht es noch Anstrengungen, damit wir die Solar-Offensive, die die Schweiz und Basel machen möchten, auch umsetzen können.»

Klimabewegung fordert mehr als 50 Massnahmen für netto null bis 2037

Aktion «Basel 2030» hat mit der sogenannten Klimagerechtigkeitsinitiative dafür gesorgt, dass sich der Kanton zur Klimaneutralität bis 2037 bekennt. Nun will die Bewegung bei der Umsetzung mithelfen.

Jan Amsler

Vor der Abstimmung über die Klimagerechtigkeitsinitiative im November 2022 wollte das Komitee noch nicht sagen, was die Netto-null-Ziele 2030 oder 2037 für den Kanton genau bedeuten könnten. «Wir massen uns nicht an, zu bestimmen, was in Basel im Detail geschehen soll», hiess es damals etwa. Nun, nachdem die Stimmbevölkerung das Begehren unterstützt und Klimaneutralität bis 2037 beschlossen hat, präsentiert die Bewegung Basel 2030 doch einen Forderungskatalog mit über 50 Massnahmen. «Zuerst musste das gemeinsame Ziel definiert werden», sagt Sprecherin Silvia Henke dazu.

Unter den «notwendigen Massnahmen für Klimagerechtigkeit und netto null bis 2037», wie das Dokument überschrieben ist, finden sich stark umstrittene Forderungen. Doch beim Kanton scheint die Bewegung offene Türen einzurennen. Als sie den Katalog gestern Nachmittag überreicht, sind Regierungspräsident Beat Jans (SP) und Till Berger, der Leiter der neuen Fachstelle Klima, begeistert. «Es ist das Schönste, was es gibt, wenn Menschen mitdenken und sich einbringen wollen», sagt Jans. Man wolle die Vorschläge «auf jeden Fall studieren» und beantworten. «Mich motiviert das enorm.» Auch Till Berger bedankt sich für die «Inspirationsquelle».

Flugverbot für Kantonsangestellte

Neben flächendeckendem Tempo 30 innerorts fordert die Bewegung etwa eine Höchstgeschwindigkeit von 60 Kilometern pro Stunde auf «städtischen Autobahnen». Das Umweltschutzabonnement soll für alle in Basel-Stadt gratis sein. Regierungsmitglieder und Angestellte der Kantonsverwaltung «treten ab sofort keine Flugreisen mehr an, Ausnahmen werden nicht akzeptiert». Es gebe keinen Grund, an Destinationen zu reisen, «die mit dem öffentlichen Verkehr nicht



Alles für ein besseres Klima: Blumen und eine lange Liste werden dem Basler Regierungspräsidenten Beat Jans übergeben. Foto: Jan Amsler

«Mich motiviert es, wenn Menschen mitdenken und sich einbringen wollen.»

Beat Jans
Regierungspräsident

sinnvoll erreichbar sind». Auf die Strassenprojekte Rheintunnel und Zubringer Bachgraben-Allschwil (Zuba) sei zu verzichten. Das waren Beispiele aus dem Themenbereich Verkehr. Bei den Gebäuden umfasst der Katalog etwa, dass Abbrüche und und Ersatzneubauten nur noch dann zulässig sein sollen, wenn eine Sanierung oder Umnutzung zu

mehr Klimaemissionen führen würde. Bis 2037 sollen alle Gebäude «eine optimale Sanierung nach dem aktuellen Stand der Technik erhalten», ohne dass die Bruttomieten steigen. Weitere Forderungen: Lehrkräfte sollen eine zusätzliche Ausbildung bekommen, «um die Elemente zum Klima im Unterricht umzusetzen». Der Kanton soll sich aktiv dafür einsetzen, dass das Asylrecht auch für Klimaflüchtende anerkannt wird, und sich zur «Zufluchtsstadt» erklären. Ausserdem soll er Studien in Auftrag geben, «wie eine Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft für die Basler Wirtschaft aussehen könnte, die ökologische und soziale Aspekte in den Vordergrund stellt».

Die Bevölkerung soll dabei stärker eingebunden werden. «Die Partizipationsinstrumente sollen nicht nur konsultativen Charakter haben, sondern tatsächliche Entscheidungsmacht haben», heisst es im Katalog weiter. Silvia Henke spricht von «mentalem Klimawandel». Und David Metzger, ebenfalls von der Klimabewegung, sagt, dass es Instrumente wie einen «Bürger:innenrat» bereits gebe. Auf die Frage, ob sie die entsprechende Rechtsgrundlage in Basel-Stadt geprüft hätten, antworten sie ausweichend. Es zeigt sich aber auch, dass die Mitwirkung vor allem dort gewünscht wird, wo die Menschen direkt von den Massnahmen betroffen sind, also etwa bei der Gestaltung eines Platzes. Durch die Einbindung soll auch

die Angst vor den Massnahmen genommen werden.

Strategie soll noch im Sommer folgen

Dass viele Massnahmen für die Klimaneutralität ohnehin noch vom Grossen Rat und allenfalls der Stimmbevölkerung abgesegnet werden müssen, räumt auch Beat Jans ein. Entsprechend müssten sie breit abgestützt sein. Bereits sei eine Begleitgruppe installiert worden mit Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden und Interessengruppen. Diese werde am 20. April über den Entwurf der Klimastrategie informiert. Noch im Sommer soll die Strategie publiziert werden. Im Winter 2023/24 soll dann der Aktionsplan mit den konkretisierten Vorhaben folgen.

Was geschieht nun mit Faddamas Herz und Skelett?

Toter Zolli-Gorilla Am Freitag entdeckten Wärter das Gorilla-Weibchen tot im Gehege.

— **Was passiert, wenn ein Tier im Zolli stirbt?**
«Wenn der Tod von Tieren durch Krankheiten herbeigeführt wird oder dies vermutet wird, müssen entsprechende Hygienemassnahmen eingehalten werden», erklärt Fabienne Lauber, Mediensprecherin im Basler Zolli. «Die Körper müssen dann jeweils möglichst schnell in die Pathologie, damit sie so frisch wie möglich untersucht werden können.»

— **Wo wird der Körper von Faddama hingbracht?**
«Alle Tierkörper – ausser wir verfüttern sie – werden an der Vet-Suisse-Fakultät in Bern pathologisch untersucht», erklärt Lauber.

— **Was passiert mit dem Körper nach der Untersuchung?**
Einzelne Teile davon werden zu Forschungszwecken verwendet. So beispielsweise das Herz. «Andere Teile werden zu Ausbildungszwecken für Veterinärmedizin-Studentinnen und Studenten verwendet», sagt Lauber. Das Skelett gehe derweil in die Sammlung des Naturhistorischen Museums Basel. «Ob und was das Naturhistorische Museum übernimmt, hängt von seinen Bedürfnissen ab», erklärt Lauber. «Die Überreste von Faddama werden fachgerecht entsorgt.»

— **Werden alle Tiere nach ihrem Tod gleich behandelt?**



Ihr Tod war auch für das Zooteam emotional: Faddama, hier mit Nachwuchs. Foto: Zoo Basel

«Grundsätzlich ja», sagt Fabienne Lauber. «Wie oben genannt, gibt es Ausnahmen, wenn Tiere verfüttert werden.» Bei einem

natürlichen Tod, wie bei Faddama, sei dies aber nicht der Fall.

— **Wie trauern Gorillas, wenn ein Mitglied ihrer Gruppe stirbt?**
Wie die Menschen nehmen auch Gorillas Abschied von verstorbenen Gruppenmitgliedern. «Normalerweise passiert dies bereits kurz vor dem Tod und darüber hinaus», sagt Lauber. «Einzelne Mitglieder bleiben beim Körper, berühren ihn, untersuchen ihn und riechen daran.» Bei Tieren, die in engen Gruppen leben, lässt der Zolli den anderen Tieren Zeit, Abschied zu nehmen. Wenn die Gruppe nach der Verabschiedung so weit sei, werde sie abgetrennt

und die Zolli-Mitarbeitenden bergen den Körper. «Bevor wir den Körper bergen können, müssen die anderen Tiere der Gruppe zuerst ohne Aufregung die Gehege frei geben», erklärt Lauber.

— **Wie geht es den Pflegerinnen und Pflegern?**
«Es ist für das gesamte Team jeweils ein emotionaler Moment, wenn Tiere sterben», sagt Fabienne Lauber. «Wir sind uns alle aber bewusst, dass der Tod zum Leben dazugehört. Vor allem bei älteren und kranken Tieren wie Faddama. Trotzdem ist der Tod dann immer ein emotionaler Moment.»

Isabelle Thommen

Klimademo statt Klimaprominenz

Greta Thunberg nahm am Samstag überraschend an einer Kundgebung in Basel teil, hielt sich aber im Hintergrund.

Valerie Zeiser

Die Basler Klimastreikenden erhielten am Samstagnachmittag prominente Unterstützung: Die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg nahm an der bewilligten Demonstration teil. Diese zog zur Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) am Bahnhof SBB, wo eine Petition übergeben wurde.

Dass Thunberg an der Demonstration teilnehmen werde, gab sie erst am Freitag über Twitter bekannt. Sie werde die «People's Parade» begleiten und die Demonstrierenden in ihren Forderungen an die BIZ unterstützen, schrieb Thunberg. Warum nur kurzfristig über ihre Teilnahme informiert wurde, bleibt unklar. Weder die Basler Regierung noch die Veranstalter selbst wussten im Vorfeld von der Teilnahme der weltbekannten Aktivistin.

Greta Thunberg gibt keine Interviews

Trotz der Kurzfristigkeit nahmen an dieser Kundgebung mehr Menschen teil, als dies an anderen Klimademonstrationen in Basel jüngst der Fall war. Auch die Nationalrätinnen Sarah Wyss (SP) und Sibel Arslan (Basta) sowie diverse Basler Grossrätinnen und Grossräte waren vor Ort.

Greta Thunberg hielt sich während der Demonstration im Hintergrund. Sie gab keine Interviews und wurde von anderen Teilnehmenden vor Kameras abgeschirmt. Das liege daran, liess das Organisationskomitee verlauten, dass an dieser Demonstration die Vertretenden aus direkt vom Klimawandel betroffenen Ländern im Mittelpunkt stehen sollten. Die Demonstra-



Die Klimaaktivistin Greta Thunberg bei den Reden auf dem Kasernenareal im Vorfeld der Demonstration.

Bild: Peter Klaunzer/Keystone

tion startete um 13.30 Uhr bei der Kaserne. Rund 200 Personen versammelten sich dort, um den Reden zuzuhören. Gegen 14.20 Uhr setzte sich der Zug in Bewegung. Thunberg lief in der vorderen Gruppe mit.

Die Demonstration war der Abschluss des Basel Forums für Klimagerechtigkeit und Finanzregulierung, das in der Woche zuvor stattgefunden hatte. Zentrales Thema der Demonstration war demnach die BIZ. Der Zug ging von der Kaserne über den Theodorskirchplatz und die Wettsteinbrücke Richtung Bahn-

hof SBB. Entlang der Route gab es Aktionen und eine Schweigeminute für ermordete Klimaaktivistinnen und -aktivisten. Teilgenommen haben schliesslich rund 500 Personen. In der Innenstadt kam es zu Einschränkungen entlang des Streckennetzes der BVB. Die Polizei war mit Zivilpolizistinnen und -polizisten sowie der Streifenpolizei präsent. Sie hielt sich jedoch zurück.

Im Februar war es an einer unbewilligten Klimademonstration in Basel zu Zusammenstössen zwischen Demonstrierenden und der Polizei gekommen.

Die Demonstration vom Samstag verlief hingegen friedlich, es konnten keine Sachbeschädigungen oder Verstösse seitens der Demonstrierenden festgestellt werden, wie die Polizei am Abend bekannt gab.

Wegen Medienpräsenz kein Treffen mit Beat Jans

Das Routenziel der Demonstrierenden war die BIZ. Dieser wurde eine Petition mit über 50 000 Unterschriften übergeben, die das Ende der Finanzierung fossiler Brennstoffe fordert. Die Petition wurde als Abschluss des

Forums vom stellvertretenden Geschäftsführer der Bank, Luiz Awazu Pereira da Silva, entgegengenommen. Das Gelände um die BIZ war grossflächig abgesperrt. Passanten wurden gebeten, das Gebiet zu umgehen.

Im Anschluss hätte noch ein Treffen zwischen Thunberg und dem Basler Regierungspräsidenten Beat Jans stattfinden sollen. Aufgrund der Medienpräsenz vor Ort sagte Thunberg dieses aber ab. Offenbar fand das Treffen dann gestern Sonntag noch statt, wie die Organisierenden am Abend mitteilten.

Region

Stadtklima-Initiativen kommen vors Volk

Grosser Rat Eine Mehrheit hat die Alternativen zu den Stadtklima-Vorlagen versenkt. Die Volksbegehren kommen alleine an die Urne.

Oliver Sterchi

Am Ende war das Verdikt zwar knapp, aber eindeutig: Eine bürgerliche Mehrheit des Grossen Rats inklusive GLP will nichts wissen von den beiden «Stadtklima»-Initiativen und empfiehlt die Volksbegehren geradeheraus zur Ablehnung. Die «Zukunfts»-Initiative wurde mit 49 Nein- zu 47 Ja-Stimmen versenkt, die «Gute-Luft»-Initiative etwas deutlicher mit 49 zu 45. Die Abwesenheit von LDP-Grossrat André Auderset fiel damit nicht ins Gewicht. Das letzte Wort hat nun das Volk an der Urne. Abgestimmt wird voraussichtlich im November.

Bemerkenswert ist weniger das «Njet» des Grossen Rates zu den Volksinitiativen, sondern der Umstand, dass auch sämtliche Gegenvorschläge von der Ratsmehrheit abgeschmettert wurden. Die vorberatende Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Uvek) hatte zu jeder Initiative jeweils zwei Alternativen ausgearbeitet, einmal als Mehrheits- und einmal als Minderheitsposition. Das Doppelgeschäft war nämlich derart kontrovers, dass sich die Uvek jeweils nicht auf einen konsolidierten Gegenvorschlag einigen konnte.

Bürgerliche bauen auf das Stimmvolk

Das machte die Ausgangslage am Mittwoch und gestern, als das Gesamtparlament die Sache beriet, einigermassen kompliziert. Allerdings nur in der Detailberatung, denn bei den Schlussabstimmungen fielen die Verdikte wiederum eindeutig aus: Der Gegenvorschlag der Uvek-Mehrheit zur «Gute-Luft-Initiative» wurde mit 54 Nein- zu 38 Stimmen bei drei Enthaltungen rheinabwärts geschickt, derjenige zur «Zukunfts-Initiative» mit 56 zu 36 bei ebenfalls drei Enthaltungen. Die Anträge der Uvek-Minderheit wurden schon gar nicht berücksichtigt.

Aus einem umständlichen Doppelgeschäft mit ursprünglich sogar sechs (!) Gegenvorschlägen, wurde gestern Mittag nun eine



Weniger Asphalt-Wüsten und mehr grün in Basel: Das fordern die «Stadtklima»-Initiativen. Foto: Dominik Plüss

relativ einfache Sache: Die Basler Stimmbürger werden entweder Ja oder Nein sagen können zu den beiden Initiativen. Mehr Optionen gibt es nicht. Der

Grosse Rat hat hier insofern für Klarheit gesorgt. Dass letztlich dieses doch eher unerwartete Szenario eintraf, war ein Stück weit einer «unheiligen

Allianz» zwischen Bürgerlichen und Linken zu verdanken. Die Strategie von Mitte-Rechts ging in etwa so: Zuerst wurden den (aus Sicht der Bürgerlichen)

Darum geht es bei den Stadtklima-Initiativen

Die «Zukunfts-Initiative» fordert, während zehn Jahren jährlich 0,5 Prozent des bestehenden Strassenraums in Basel in Flächen für den Fuss- und Veloverkehr sowie den öffentlichen Verkehr umzuwandeln. Die «Gute-Luft-Initiative» fordert ihrerseits weitere 0,5 Prozent jährlich für mehr Grünräume und Bäume. Zusammen verlangen die Volksbegehren die Umwandlung von insgesamt

480'000 Quadratmetern bestehender Basler Strassenfläche. Mehr Langsamverkehr und Grünflächen, weniger Asphalt und Autos, lautet im Kern die Devise. Die Befürworter argumentieren mit dem erwarteten Kühlungseffekt im Sommer und führen die übergeordneten Klimaziele des Kantons an, die Gegner warnen vor einer Baustellenflut und Parkplatzvernichtung. (ost)

«weniger schlimmen» Gegenvorschlägen der Uvek-Mehrheit den Vorzug gegeben, um die Minderheitsanträge zu verhindern, die näher an den Forderungen der Initiativen waren.

Dann, in einem zweiten Schritt, wurden von einem Teil der Bürgerlichen auch diese Mehrheitsgegenvorschläge abgelehnt, damit die Initiativen ohne weitere Optionen an die Urne gelangen. Diese Bürgerlichen hoffen wohl darauf, dass die Stimmbürger «einsehen», dass die Inhalte der Volksbegehren zu weit gehen, zumal auch der Regierungsrat diese als schlichtweg nicht-umsetzbar erachtet (respektive nur mit einer massiven Zunahme von Baustellen über die nächsten zehn Jahre). Auch Kantonsingenieur Roger Reinauer äusserte sich kürzlich in der BaZ kritisch dazu. Ein moderaterer Gegenvorschlag hätte wohl grössere Chancen auf Zustimmung gehabt.

Hier kommen die Linken ins Spiel: Sie weibelten im Grossen Rat sowohl für die Initiativen als auch für die Minderheitsvorschläge aus der Uvek. Als letztere chancenlos blieben, veranlasste dies das Rot-Grüne Lager dazu, seinerseits die Mehrheitsvorschläge abzulehnen, da diese aus seiner Sicht wohl nicht weit genug gingen. SP und Grünes Bündnis stimmten fast ausnahmslos dagegen. Auf der Strecke blieb in diesem Fall die GLP-Fraktion, die sich aus Überzeugung für einen «gemässigten» Gegenvorschlag stark

gemacht hatte. Kurz vor der allerletzten Schlussabstimmung zur «Zukunfts-Initiative» wandte sich Fraktionschef David Wüest-Rudin mit einer emotionalen Ansprache ans Plenum, aus der eine grosse Portion Frust herauszuhören war: «Sie haben verhindert, dass der Bevölkerung eine Auswahl geboten wird», sagte der Grünliberale.

Nun lägen nur noch die «Extremvarianten», also die Initiativen, vor. Dabei habe die GLP für eine «mehrheitsfähige Lösung» plädiert. «Nun hat die Bevölkerung die Wahl zwischen den Extremen oder gar nichts. Das ist keine gute Situation», so Wüest-Rudin.

Linke plädiert für mehr Ambition

Auch Baudirektorin Esther Keller, ebenfalls von der GLP, zeigte sich am Ende der intensiven Debatten enttäuscht: «Der Regierungsrat hätte es gerne gesehen, wenn die Bevölkerung eine Auswahl gehabt hätte.»

Zuvor hatte die Linke noch vergeblich dafür plädiert, die Initiativen zur Annahme zu empfehlen. Sie beschworen die Klimakrise und die zunehmende Hitze in der Stadt, vor allem im Sommer, und plädierten für ein «ambitioniertes Vorgehen» Basels. «Weiter machen wie bisher ist keine Lösung», stellte etwa Basta-Grossrätin Tonja Zürcher klar. Ob Basel tatsächlich «wie bisher» weitermacht, darüber entscheidet nun die Stimmbevölkerung.

Zocken gegen das Klima

Bürgerliche bekämpfen die Basler Stadtklima-Initiativen ohne Gegenvorschlag

Maria-Elisa Schrade

«Es ist die Wahl zwischen Pest und Cholera», sagte FDP-Grossrat Luca Urgese bereits in der Grossratsdebatte am Mittwochnachmittag. Gemeint war die Entscheidung zwischen den beiden Stadtklimainitiativen einerseits und den Gegenvorschlägen einer Mehrheit der vorberatenden Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (Uvek) andererseits.

Sowohl die Gute-Luft-Initiative als auch die Zukunftsinitiative des Vereins Umverkehr sind im Grossen Rat umstritten, so dass es im Vorfeld zu ganzen sechs Gegenvorschlägen kam: jeweils einen pro Initiative vom Regierungsrat und nochmals jeweils zwei pro Initiative von der Uvek. Denn selbst innerhalb der vorberatenden Kommission des Grossen Rats waren die Mitglieder so uneinig, dass sie zu beiden Volksbegehren je einen Mehrheits- und einen Minderheitsvorschlag präsentierten.

Strassenfläche sollen umgewandelt werden

Entsprechend hitzig gestaltete sich die Debatte zwischen Bürgerlichen und Linken im restlichen Parlament, das über zwei

Tage hinweg intensiv über diverse Details der verschiedenen Vorschläge stritt. Und das alles nur, um letztlich die Gegenvorschläge zu versenken und die Stimmbevölkerung alternativlos mit den Initiativen zu konfrontieren. Die offizielle Abstimmungsempfehlung: verwerfen. Doch das Ergebnis fiel äusserst knapp aus.

Im Kern geht es bei dem Streit darum, wie viel der Kanton angesichts des Klimawandels gegen eine zunehmende Erhitzung der Stadt unternehmen möchte und in welchem Tempo. Die Initiativen verlangen, dass in

«Es ist die Wahl zwischen Pest und Cholera.»

Luca Urgese
FDP-Grossrat

den kommenden zehn Jahren fünf Prozent der Strassenfläche für den öffentlichen Verkehr sowie Fuss- oder Velowege umgewidmet werden. Zudem sollen im selben Zeitraum fünf Prozent der Strassen in Grünflächen umgewandelt werden.

Doch das ist sowohl den Bürgerlichen im Grossen Rat als auch der Basler Regierung zu radikal. «Umverkehr» wolle dem motorisierten Individualverkehr insgesamt 480 000 Quadratmeter entziehen, rechneten die Gegnerinnen und Gegner der beiden Initiativen schon letzten Sommer vor. Das entspreche fast der gesamten Fläche des Gotthelf-Quartiers oder 68 Fussballfeldern.

Bei einer Umsetzung der Initiativen drohe eine Gefährdung des Verkehrsflusses, warnte der Regierungsrat. Problematisch sei das auch im Hinblick auf Wirtschaftsverkehr, Infrastrukturversorgung und Blaulichtorganisationen. Ausserdem fürchten die Gegnerinnen und Gegner eine starke Zunahme der Baustellen bei gleichzeitigem Parkplatzabbau – wogegen es aus der Bevölkerung Einsprachen hageln könnte. Das Ergebnis wären im schlimmsten Fall jahrelange Verzögerungen.

Die Bemühungen des Regierungsrats und der bürgerlichen Uvek-Mehrheit richteten sich vor allem darauf, die vorgeschlagenen Massnahmen so herunter zu köcheln, dass diese auch in der breiten Bevölkerung anschlussfähig werden. Das Rezept: Mehr Zeit und deutlich weniger umgewandelte Fläche. Die Gegenvorschläge, über die der Grosse Rat gestern abstimmen musste, sahen demnach nur noch eine Umwandlung von 168 000 Quadratmetern in ÖV-Streifen, Trottoirs und Velowege vor sowie von 65 000 Quadratmetern in Grünflächen.

Weder die Bürgerlichen noch die Linken konnte dieser Kompromiss befrieden. Nach hitzigen Diskussionen über vermeintliche Auto- und Gewerbe-feindlichkeit auf der einen Seite und Überhitzung und Artensterben auf der anderen, entschied sich eine überraschend deutliche Mehrheit des Grossen Rats dazu, die Gegenvorschläge abzulehnen – bei zeitgleicher Verwerfung der beiden Initiativen.

Bürgerliche hoffen auf Ablehnung der Initiativen

Baudirektorin Esther Keller (GLP) war von diesem Vorgehen sichtlich irritiert. Sowohl ihre

Partei als auch die Regierung hatten auf eine Annahme der Gegenvorschläge gedrungen. Die Mehrheit der Bürgerlichen im Grossen Rat entschied sich hingegen für die heiklere Strategie. Nämlich darauf zu hoffen, dass die Stimmbevölkerung die beiden Volksbegehren auch ohne Gegenvorschläge ablehnen wird.

Basta-Grossrätin und Initiantin Tonja Zürcher ist davon nicht überzeugt. Sie rechnet sich aus, dass die Initiativen im links-grünen Basel eine reale Chance an der Urne haben werden. «Ich bin über das Abstimmungsergebnis im Grossen Rat sehr erfreut», sagt Zürcher. «Der Gegenvorschlag war ein mutloses Angebot, das kaum etwas verändert hätte.»

Wie verhärtet die Fronten in dieser Angelegenheit sind, zeigten auch die vorangegangenen Abstimmungen zu den Detailfragen. Da lehnten die Bürgerlichen jeden einzelnen linken Änderungsantrag zum Mehrheitsvorschlag der Uvek ab, obwohl sie diesen – wie sich später herausstellte – ohnehin begraben wollten. Das Abstimmungsergebnis: stets 49 Ja-Stimmen zu 46-Neinstimmen. Also gegen mehr Grünfläche, gegen mehr Bäume, gegen Zwischenstandsberichte.

Region

Sonnenschirme, grüne Inseln und Baumtöpfe

Stadtklima-Konzept Der Basler Regierungsrat hat ein umfangreiches Massnahmenpaket zum Schutz der Bevölkerung an Hitzetagen verabschiedet. Wie weit ist dessen Umsetzung?

Dorothea Gängel

Auch in Basel werden die Hitze- und Trockenperioden immer länger, die Starkregen häufiger. Daher wurde bereits 2019 eine Stadtklimaanalyse erarbeitet, die aufzeigt, wo es im Kanton besonders heiss ist. Darauf basierend wurde vom Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt ein Stadtklimakonzept erarbeitet mit dem Ziel, der zunehmenden Hitzebelastung entgegenzuwirken und auch an sehr heissen Tagen eine gute Lebens- und Aufenthaltsqualität zu gewährleisten.

Zum aktuellen Stand der Umsetzung sowie zu den nächsten Schritten hat Regierungsrätin Esther Keller gestern im Rahmen einer Medienorientierung berichtet. 9,4 Millionen Franken hat der Regierungsrat nun beim Grossen Rat beantragt, um an achtzig heissen und stark frequentierten Orten in Basel mobile Elemente als Hitzeschutz zu installieren und zu unterhalten. «Mobile Elemente kommen nur dann zum Einsatz, wenn wegen der Infrastruktur oder aufgrund regelmässig stattfindender Anlässe eine feste Bepflanzung nicht möglich ist», betonte Keller.

Kanton will Anreize für Begrünung schaffen

Konkret zählen zu den mobilen Elementen rund hundert Baumtöpfe mit Rundbänken, einige wurden probeweise bereits in der Lothringerstrasse installiert. Die Bäume sollen nach drei Jahren an einem festen Standort eingepflanzt werden. In der Planung sind ausserdem fünfzehn grüne Inseln, zweihundert Sonnenschirme und neun Sprühnebler, die dem einen oder anderen bereits von den Aktivitäten des Vereins Stadtkonzept Basel bekannt sein dürften. An besonders stark besuchten Orten wie Barfüsser-,



Die Sprühnebeldüsen waren bereits am Flâneur-Festival an manchen Plätzen im Einsatz. Foto: Stadtkonzept Basel

Markt- oder Claraplatz soll eine Kombination der mobilen Elemente zum Einsatz kommen.

Langfristig sollen dauerhafte Massnahmen die mobilen ergänzen. So läuft beispielsweise aktuell eine Untersuchung des Potenzials zur Fassadenbegrünung an kantonalen Gebäuden. Über Anreizsysteme und Förderprogramme sollen auch Private und

Unternehmen angeregt werden, vermehrt Bäume zu pflanzen, Fassaden zu begrünen und Flächen zu entsiegeln.

Bewässerung durch gespeichertes Regenwasser

Einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der Hitze in der Stadt und zum Umgang mit Starkregen könnte das Schwammstadt-Prin-

zip leisten. In einem Pilotprojekt wird derzeit im Quartier Volta-Nord erprobt, mit gesteigerter Begrünung und einer angepassten Bodenstruktur das Wasser oberflächlich zurückzuhalten und im Boden wie in einem Schwamm verstärkt zu speichern. So kommt Regenwasser den Stadtbäumen zugute, anstatt ungenutzt in die Kanalisation zu fließen. Ein



Am Wettsteinplatz sollen Baumtöpfe mit Bänken zum Einsatz kommen.



Am Badischen Bahnhof sind Sonnenschirme geplant. Visualisierungen: PD

vitaler Baumbestand verdunstet mehr Wasser und kühlt so das Stadtklima. Gleichzeitig wird die Kanalisation entlastet und die Gefahr von Überflutungen aufgrund zunehmender Starkregenereignisse reduziert.

Ein weiteres Pilotprojekt läuft bereits seit Oktober 2022 am Riehenring, wo insgesamt vierzehn Parkfelder entsiegelt wurden,

damit dort das Regenwasser in den Untergrund geleitet wird. Nun werden fünf verschiedene Untergründe getestet wie Rasenfugensteine mit begrünten Zwischenräumen oder ein waserdurchlässiger Stein ohne Stadtgrün. Ziel ist, in diesen rund zwei Jahren den für den Stadtraum am besten geeigneten Untergrund zu finden.

Mit 200 Sonnenschirmen und 100 Baumtöpfen gegen die Hitze

In Basel wird es immer heisser. Die Regierung legt nun ein Hitzeschutz-Paket vor. Kosten vorerst: 9,4 Millionen Franken.

Nora Bader

Genau zwei Jahre ist es her, seit der Basler Regierungsrat das Stadtklimakonzept beschlossen hat. Dieses zeigt etwa auf, in welchen Gebieten der Stadt die Hitze am grössten ist und wo Massnahmen notwendig sind. Fokusgebiete sind unter anderem St. Johann, Matthäus, Klybeck und Gundeldingen. Aber auch das Stadtzentrum und Gebiete in Riechen sind besonders belastet.

Nun beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat 9,4 Millionen Franken für den Hitzeschutz in der Stadt. In diesem Betrag inbegriffen sind Beschaffung, Unterhalt und das Personal für mobile und dauerhafte Massnahmen. 6,4 Millionen Franken sollen aus dem Mehrwertabgabefonds bestritten werden.

Für Orte, wo dauerhafte Begrünung unmöglich ist

Als Ergänzung zu bereits laufenden Entsiegelungen und Begrünungen sollen insgesamt 80 heisse und viel besuchte Plätze, wo Baumpflanzungen nicht oder nur bedingt möglich sind, mit mobilen Elementen beschattet und begrünt werden. Passend dazu fand die Medieninformation des Bau- und Verkehrsdepartements am Mittwoch auf dem Wettsteinplatz beim sogenannten mobilen grünen Zimmer statt. Dieses bot eine schöne Kulisse, der Schatten war allerdings überschaubar.

Baudirektorin Esther Keller (GLP) informierte über die geplanten Massnahmen. So sollen weiter vermehrt Fassaden von

kantonalen Gebäuden begrünt und mehr Flächen nach dem «Schwamm-Stadt-Prinzip» entsiegelt werden. Weiter will der Kanton Anreize entwickeln, «damit auch Private, Firmen und Institutionen ihre Grundstücke mehr bepflanzen und entsiegeln». Dieses Massnahmenpaket ist Teil der Umsetzung des beschlossenen Stadtklimakonzepts. Ausgewählt

worden für die angedachten mobilen Elemente seien Orte, an denen dauerhafte Begrünung und Beschattung mit Bäumen aufgrund von Infrastrukturen wie unterirdische Leitungen oder wegen regelmässig stattfindender Anlässe nicht oder nur beschränkt möglich ist, wie Keller erläuterte. Konkret werden 200 Sonnenschirme, 100 Baumtöpfe mit und ohne um-

laufende Sitzbank sowie 15 Sitzbänke mit Rabatten und Pergola und 9 Sprühnebelverdichter installiert.

Die Bäume bleiben für drei Jahre in den Töpfen

Diese sollen zwecks lukrativerer Bewässerung in der Nähe von bestehendem Grün platziert werden. Und: «Die Bäume bleiben für drei Jahre in den Töpfen,

danach werden sie an einen definitiven Standort gepflanzt», sagte Keller.

An vierzehn besonders stark besuchten Orten wie dem Barfüsserplatz, dem Marktplatz oder dem Claraplatz soll eine Kombination zum Einsatz kommen. Die Sonnenschirme und Baumtöpfe werden jeweils nach drei Jahren in andere Quartiere verschoben, damit möglichst

viele Orte profitieren. Vorgesehen sind Standorte vom Biozentrum über den St.-Johannis-Rheinweg bis zum Wiesenplatz. Während die jeweiligen Elemente in den Quartieren stehen, wird mittels Veranstaltungen der Dialog mit der Bevölkerung zwecks Sensibilisierung gesucht.

Nach zehn Jahren wird nochmals entschieden

Die angedachten dauerhaften Massnahmen wie Begrünungen würden mehr Zeit in Anspruch nehmen und sollen deshalb von den mobilen Massnahmen ergänzt werden, wie Susanne Fischer, Projektleiterin Städtebau und Architektur beim Bau- und Verkehrsdepartement, sagte.

Diese mobilen Projekte laufen während der nächsten zehn Jahre. Danach können Regierungsrat und Grosser Rat über eine Fortführung der aktuellen Massnahmen entscheiden. Weitere Massnahmen sollen dann laufend dazukommen. Die Gelder dafür müssten dann auch noch gesprochen werden.

Basel-Stadt stimmt zudem bald über zwei Stadtklima-Initiativen ab. Gegenvorschläge dazu wurden letzte Woche vom Grossen Rat abgelehnt. Die «Gute-Luft-Initiative» fordert, dass im Kanton jährlich 0,5 Prozent des Strassenraums in Flächen für Grünräume und Bäume umgewandelt wird. Während zehn Jahren sind das 240 000 Quadratmeter. Die «Zukunftsinitiative» will im gleichen Zeitraum eine ebenso grosse Fläche des Strassenraums für den Fuss- und Veloverkehr sowie den öffentlichen Verkehr umwandeln.



Susanne Fischer, Projektleiterin Städtebau und Architektur (links) und Regierungsrätin Esther Keller.

Bild: Kenneth Nars



Betonflächen in Basel sorgen dafür, dass sich die Stadt im Sommer schnell aufheizt. Daniel Baur's Stadtklima-Konzept visualisiert anhand des Claragrabens, wie man dem entgegenwirken kann.

«Wir müssen Basel entdichten»

Hitzetaugliche Stadt Von den Sonnenschirmen und Sprühnebelduschen, die das Baudepartement aufstellen will, hält Daniel Baur nichts. Der Fachhochschul-Professor über radikale Alternativen und die Stadt Bern als Vorbild.

Nina Jecker

Herr Baur, Sie sind Dozent für Landschaftsarchitektur mit Fokus nachhaltiges Bauen und Stadtklima. Wie beurteilen Sie die Klimamassnahmen, die der Kanton Basel-Stadt diese Woche präsentiert hat?
Man muss die beiden Schienen, die Sofortmassnahmen und die permanenten Massnahmen, separat beurteilen. Die angekündigten permanenten Massnahmen wie die Entsiegelung oder die Fassadenbegrünungen bergen ein grosses Potenzial. Die Sprühnebelduschen, Sonnenschirme und Blumenkübel, die jetzt aufgestellt werden sollen, erachte ich hingegen als wenig sinnvoll.

Weshalb?
Solche Massnahmen bringen einfach nichts fürs Stadtklima, das ist mittlerweile bekannt. Im Gegenteil: Wenn man den CO₂-Ausstoss bei der Produktion, den Transport und den Unterhalt dieser Pflanzkübel berücksichtigt, sind es sogar Klimaver-schlechterungsmassnahmen. In Zürich hat man den Effekt einer Wolke aus Sprühnebel evaluiert. Mit dem Ergebnis, dass der Boden zwar ein bisschen feucht war, aber die Hitze in der Umgebung nicht gemindert wurde. Die Pflanzkübel für Basel sind gemäss den Visualisierungen dann auch noch schwarz, was sogar für mehr Hitze sorgt.

Wieso macht man es denn überhaupt?
Es ist halt gut fürs Gemüt... und die Behörden gewinnen Zeit. Es ist in meinen Augen ein Hinhalten der Bevölkerung.

Was wäre Ihrer Meinung nach ehrlicher?
Offen zu sagen, dass man die Herausforderungen erkannt hat, aber noch nicht weiss, was jetzt

«Eine wirkliche Verbesserung ist nur möglich, wenn die ganze Stadt an Bord ist.»

zu tun ist. Aber auch, dass man das jetzt herausfinden will. So hat es die Stadt Bern gemacht – wo übrigens explizit auf Sofortmassnahmen verzichtet wird.

Und das ist gut angekommen?
Ja, tatsächlich wurde die Offenheit wohlwollend aufgenommen. Absurderweise gibt es jetzt aber in Bern Personen, die den Vorwurf erheben, die Stadt tue nichts, während beispielsweise Basel doch so tolle Kübel aufstelle.

Was will man in Bern stattdessen tun?
Die denken nachhaltiger. Zeitnah wird das Fernwärmenetz erweitert, wozu grossflächig Strassenräume aufgerissen werden. In diesem Zusammenhang hat das Tiefbauamt nicht ein Ingenieurbüro mit den Bauarbeiten beauftragt, sondern sechs Teams aus ganz unterschiedlichen Fachleuten mit dem Auftrag losgeschickt, die Strassenräume im Sinne der Klimafragen neu zu denken, von Fassade zu Fassade. Auch wir von Bryum sind dabei. Der Geist der Projektarbeit ist sehr offen, und Fragen wie beispielsweise, dass

Bäume auf Leitungen gepflanzt werden, gelten als zu lösende Tatsachen. Das Tiefbauamt ist bereit, auch abseits seiner Standards nach sinnvollen Lösungen zu suchen. Auch ist allen bewusst, dass wir die entwickelten Lösungen durch angewandtes Lernen ausprobieren müssen.

Die Leitungen sind in Basel häufig ein Argument gegen Baumpflanzungen...
Man muss berücksichtigen, dass die Stadtverwaltungen hoch professionalisierte Betriebe sind, in denen Fachleute in ihren Bereichen seit vielen Jahren spezialisierte Arbeit leisten. Dabei hat sich ein Nebeneinander und kein Miteinander entwickelt. Eine Welt aus Normen und Standards. Wir brauchen deshalb einen Kulturwandel in den Verwaltungen, der das Miteinander in den Vordergrund stellt. Nur so können wir die Lebensqualität im Kontext der Klimaveränderung sichern. Selbstverständlich kann ich je nach Gegebenheiten einen Baum auf einer Leitung pflanzen!

Aber was, wenn die Leitung ersetzt werden muss?
Durch den technologischen Fortschritt liegt der Abschreibungs-

horizont beispielsweise einer Kanalisationsleitung bei über 80 Jahren, konservativ gerechnet. Die Stadt Bern rechnet mit 133 Jahren. Ein Baum im urbanen Strassenraum wird hingegen im Schnitt nur rund 60 Jahre alt. Es ist also nicht so, als würde ein Baum eine Leitung über Jahrhunderte blockieren.

Gibt es weitere Kritik an den Basler Plänen?
Mir ist unverständlich, dass in Basel zuerst bei den Plätzen angesetzt wird. Natürlich halten sich dort viele Leute auf. Aber es sind gleichzeitig die schwierigsten Orte, um eine Änderung umzusetzen. Der Barfüsserplatz beispielsweise ist ein so wichtiger Knotenpunkt, dass man ihn nicht einfach mal kurz entsiegeln kann. Auch nach den 10 Jahren werden wohl kaum viele Plätze zu grünen Oasen.

Ihr Büro Bryum hat ein eigenes Stadtklima-Konzept für Basel erarbeitet. Wo würden Sie denn ansetzen?
In Quartier- und Wohnstrassen lässt sich relativ schnell eine Verbesserung erreichen, das haben Erfahrungen aus skandinavischen Städten gezeigt. Man könnte deshalb an wenigen Standorten

in Basel Pilotprojekte umsetzen. Wir zeigen anhand von vier Prinzipien, wie dies gelingen kann. Beispielsweise würde es eigentlich genug Trottoirflächen für Fussverkehr und Bäume geben. Weil sie aber beidseitig der Strasse hälftig in ihrer Breite getrennt sind, reicht es nicht aus. Würde man eines schmaler, das andere breiter vorsehen, gäbe es genug Raum für Bäume. Weiter bieten die Parkplatzflächen die Möglichkeit, Regenwasser einzustauen, womit durch die Verdunstung ganze Quartiere gekühlt werden könnten. Dazu müsste man Entwässerungsschächte etwas versetzen. Das muss man ausprobieren und prüfen, ob es zum gewünschten Erfolg führt.

Das würde zu aufwendigen Bauarbeiten führen. Denken Sie, die Basler Bevölkerung hätte dafür Verständnis?
Eine wirkliche Verbesserung ist nur möglich, wenn die ganze Stadt an Bord ist. Gerade deswegen ist es unsinnig, mit Sprühnebelduschen den Eindruck zu vermitteln, dass sich das Stadtklima ganz einfach verbessern lässt. Wenn wir hingegen solche Pilotstrassen hätten, könnte die Bevölkerung eingeladen werden, sich vor Ort eine Meinung zu bilden und Feedback zu geben. Stört es, wenn unter den Autos Wasser steht? Lassen es Gesetz und Gegebenheiten zu, auf einer Strassenseite ein schmaleres Trottoir zu planen?

Wo könnte man solche Strassen umsetzen?
In unserem Konzept haben wir Visualisierungen für den Claragraben und die Haltungenstrasse erstellt. Aber es gibt viele Strassen, die geeignet wären.

Und mit Ihrem Konzept wäre das Klima in Basel gerettet?

(Lacht) Ich spreche lieber von Lebensqualität als vom Klima. Das Klima hat ja kein Problem, nur wir mit ihm. Und nein, die Lebensqualität wäre nicht allein dadurch gerettet. Mich ärgert, dass wir immer über Verbesserungsmassnahmen diskutieren. Aber aus der Forschung wissen wir, dass wir eigentlich systemische Ansätze ändern müssen. Das beginnt beim Städtebau.

Wie wollen Sie das System ändern?
Freiräume sind die knappste Ressource in einer Stadt und gleichzeitig für die Lebensqualität extrem wichtig. Wir müssen Boden als Temperaturpuffer, Wasserkreislaufträger und CO₂-Lager grösstmöglich erhalten. Bei mir am Lehrstuhl Städtebau lehre ich deshalb nicht das Ver-, sondern das Entdichten der Stadt. Wir müssen Basel entdichten. Man soll in Zukunft nicht fragen, wo wir mehr Wohnraum schaffen, sondern wo wir mehr Wohnungen in den Bestand integrieren können.

Wie soll das möglich sein, wenn immer mehr Menschen in der Stadt leben wollen?
Das Bundesamt für Raumentwicklung hat berechnet, dass in der Schweiz kaum noch weitergebaut werden müsste, wenn wir von den heutigen Standards bei der Wohnfläche wegkommen würden. Das Ziel sind 35 Quadratmeter pro Person. Dafür ist es aber wichtig, dass wir im öffentlichen Raum nicht nur kleine entsiegelte Grünstreifen, sondern attraktive und grosszügige Aussenflächen haben. Das erlebe ich selber. Ich wohne mit meiner vierköpfigen Familie auf 70 Quadratmetern. Das ist möglich, weil wir eine grosse Grünanlage in der Nähe haben. Freiraum ermöglicht den Menschen erst, nachhaltiger zu wohnen.

Der Städtebauer

Daniel Baur ist Landschaftsarchitekt und Stadtentwickler. Nach Erfahrungen in Stadt- und Freiraumentwicklung in San Francisco gründete er in Basel das Büro Bryum, das ein Stadtklimakonzept für Basel präsentiert hat. Seit 2017 besetzt Daniel Baur den Lehrstuhl für Areal an der Berner Fachhochschule Abteilung Architektur und doziert im CAS Nachhaltiges Bauen Boden, integrale Freiraumentwicklung und digitale Planungsmethoden. (ni)



Foto: PD

Video- und Audiobeiträge



«Auf dem Weg zum dritten Klimastreik»

(Telebasel-Report, 27.02.2019, 13:49 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/9b8fdd75-e520-4fbf-9aea-8edcd8967ca6/media=b1a4827e-f253-40c1-b976-ca99c4da5780>



«Basel-Stadt erhält das ambitionierteste Klimaziel der Schweiz»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 27.11.2022, 11:24 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/9b8fdd75-e520-4fbf-9aea-8edcd8967ca6/media=cba75ee8-7d3f-4f90-9ec0-735c2b1584fc>



«Initiativkomitee Basel 2030 fordert mehr Massnahmen fürs Klima»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 04.04.2023, 03:41 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/9b8fdd75-e520-4fbf-9aea-8edcd8967ca6/media=8a0141ad-f359-4c24-8ba7-c17f022d9205>



«Mobiler Wald auf dem Basler Theaterplatz»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 03.05.2023, 03:14 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/9b8fdd75-e520-4fbf-9aea-8edcd8967ca6/media=3bf75ef3-4c89-4138-affb-561e4ded211c>



«Kommission will Gegenvorschläge zu Stadtklimainitiativen»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 02.06.2023, 03:52 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/9b8fdd75-e520-4fbf-9aea-8edcd8967ca6/media=4f496f31-c124-451e-8cc3-ef01c10c73ae>



«Kritik an Esther Kellers Konzept der Stadtbegrünung»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 24.06.2023, 06:05 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/9b8fdd75-e520-4fbf-9aea-8edcd8967ca6/media=fc91bdce-1a51-4e8e-9521-5218515f5f8e>



«Kein Gegenvorschlag zu Basler Stadtklima-Initiativen»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 29.06.2023, 09:19 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/9b8fdd75-e520-4fbf-9aea-8edcd8967ca6/media=85376992-316c-4402-af69-aa6268098704>

Impressum

Basler Stadtbuch, Dossier 2023:
Basel auf dem Weg zu Netto-Null

Redaktion: Christoph Merian Stiftung, Abteilung Kultur
Redaktionsschluss: Juli 2023
Lektorat und Korrektorat: Dr. Rosmarie Anzenberger
© 2022 Leitartikel (S. 2–8): Michelle Isler
© 2022 Abbildungen: siehe Bildlegenden
www.baslerstadtbuch.ch

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein kostenloser Service public der Christoph Merian Stiftung.
www.cms-basel.ch
www.baslerstadtbuch.ch